



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT UND
WEINBAU

BERICHT DER LANDESREGIERUNG

über die Umsetzung des Konversionsprogramms des Landes zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung
in den Jahren 2008 und 2009





Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT UND
WEINBAU

BERICHT DER LANDESREGIERUNG

über die Umsetzung des Konversionsprogramms des Landes zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung
in den Jahren 2008 und 2009





Grußwort des Ministerpräsidenten Kurt Beck

Wir freuen uns, Ihnen hiermit den Konversionsbericht für die Jahre 2008/2009 vorlegen zu können. Es ist ein besonderer Bericht geworden – in neuer Form zu einem besonderen Anlass. Denn im Jahr 2010 blicken wir in Rheinland-Pfalz auf 20 Jahre zivil-militärische Konversion zurück.

1990, am Anfang der rheinland-pfälzischen Konversionsgeschichte, war nicht sicher, ob die Bewältigung der größten finanziellen Herausforderung, vor die Rheinland-Pfalz seit dem II. Weltkrieg gestellt wurde, aus eigener Kraft gelingen würde.

Heute können wir feststellen: Landesweit wurden Projekte initiiert und erfolgreich durchgeführt, haben Beschäftigte, die vom Abzug der Stationierungstreitkräfte und von der Bundeswehrreform betroffen waren, neue berufliche Perspektiven gefunden. Frühere militärische Wohnsiedlungen wurden zu familienfreundlichem Wohnraum umgestaltet, Forschung und Lehre haben neue Standorte erhalten – das alles auf Flächen, die zuvor ausschließlich für militärische Zwecke verwendet worden waren.

Die Annäherung zwischen Ost und West, der Fall der Mauer, die Einheit Deutschlands – sie haben nicht nur das geopolitische Gesicht unserer Erde verändert, sie haben auch unser Land prägend und dauerhaft umgestaltet. Wir haben Konversion als Chance begriffen und als erstes Land ein Konversionsprogramm mit dem Ziel aufgelegt, den vielfältigen negativen Folgen zeitnah entgegenzuwirken. Wir wollten neue zukunftsorientierte Impulse für eine wirtschaftliche Kompensation in den betroffenen Gebieten auslösen. Wir haben 1,6 Mrd. Euro investiert und sehr viel mehr zivile Arbeitsplätze geschaffen als bei den

militärischen Arbeitgebern je bestanden hatten. Im Ergebnis haben Konversion und Konversionspolitik dazu beigetragen, unser Land zukunftsfester und krisensicherer zu machen. So konnte etwa das traditionelle Stellenangebot im verarbeitenden Gewerbe um zukunfts-trächtige Arbeitsplätze – z.B. in den Informations- und Kommunikationstechnologien – ergänzt und die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz weiter vorangebracht werden.

An dieser Stelle sei allen gedankt, die während zweier Jahrzehnte den Konversionsprozess mit Engagement, Zuversicht und Fachwissen begleitet haben. Die Erfahrungen, die wir aus dem Konversionsprozess gewinnen konnten und gewinnen, helfen dabei, weitere anstehende Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Der Strukturwandel, der sich auch als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ergibt, ist nur ein Feld, bei dem wir uns diese Erkenntnisse zu nutze machen können.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre dieses Konversionsberichts. Weitere Hintergrundinformation finden sie unter www.konversion.com.

Kurt Beck

Ministerpräsident

INHALTSVERZEICHNIS

I. Entwicklung ausgewählter Projekte im Berichtszeitraum	6
1. Bad Kreuznach – Hospital, Rose-Barracks und Housing-Bereiche I-III	7
2. Birkenfeld – Fachhochschule Trier Umwelt Campus Birkenfeld	7
3. Bitburg – Flugplatz	9
4. Dexheim – Anderson-Barracks	11
5. Diez – Wilhelm-von-Nassau-Park	11
6. Gernersheim	12
6.1 Stadtkaserne II	12
6.2 Theobaldkaserne und Weißenburger Tor	12
7. Hahn – Flughafen Frankfurt-Hahn	13
8. Hermeskeil	17
9. Idar-Oberstein – Gewerbepark Nahetal	17
10. Kaiserslautern	18
10.1 PRE-Park	18
10.2 PRE-Uni-Park	18
11. Koblenz	19
11.1 Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz	19
11.2 TechnologieZentrum Koblenz (TZK)	19
12. Landau	21
12.1 Kaserne Jeanne d’Arc	21
12.2 Kaserne Mangin (Quartier Vauban)	21
12.3 Kaserne Estienne et Foch	22
13. Mendig – Gunther-Plüschow-Kaserne / Flugplatz	24
14. Morbach – Morbacher Energielandschaft	25
15. Münchweiler – Gräfensteiner Park	25
16. Neustadt – Kaserne Edon	26
17. Pferdsfeld – Flugplatz Pferdsfeld	27
18. Pirmasens	27
18.1 Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Pirmasens	27
18.2 Husterhöh-Kaserne, Sportpark und Technopole „Bunker Hill“	29
19. Rheinböllen – Munitionsdepot	29
20. Saarburg	30
21. Speyer – Quartier Normand	31
22. Traben-Trarbach – Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr	32
23. Trier	33
23.1 Petrisberg	33
23.2 Universität Trier, André-Genet-Gebäude	33
24. Westerburg; Wäller-Kaserne und Standortübungsplatz	36
25. Worms	37
25.1 Prinz-Carl-Anlage	37
25.2 Liebenauer Feld	38
25.3 de-la-Police-Kaserne	38
26. Zweibrücken	40
26.1 Flugplatz	40
26.2 Kreuzberg-Kaserne	45
26.3 Fachhochschule Kaiserslautern – Standort Zweibrücken	45
II. Beschäftigungskonversion	46
1. Fortführung des bewährten Maßnahmenpakets für von Kündigung betroffene oder bedrohte Zivilbeschäftigte	50
2. Qualifizierungsprogramme für Zivilbeschäftigte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt und der Effektivität der Arbeitsplätze	51
3. Wirtschaftsnahe, zielgerichtete Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Konversionsregionen	53
4. Unterstützung der Beschäftigung von Zivilbeschäftigten und mittelbar Betroffenen bei Neuansiedlungen auf Konversionsliegenschaften	54
III. Besondere Konversionsbereiche	56
1. Altlasten	57
2. Wasserwirtschaft	57
3. Wohnraumkonversion	58
IV. Statistik 2008	60
Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konversionsprogramms zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung im Jahr 2008 (Statistikteil)	61
Anlagen 2008	65
V. Statistik 2009	82
Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konversionsprogramms zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung im Jahr 2009 (Statistikteil)	83
Anlagen 2009	87
Impressum	104

I. ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER PROJEKTE IM BERICHTSZEITRAUM



1. Bad Kreuznach

Hospital, Rose-Barracks und Housing-Bereiche I – III

Die Entwicklung des nordöstlichen Teils der Housing I zwischen Pfalzstraße, Alzeyer Straße und Mannheimer Straße (sog. French-Quarter) zum Wohnquartier durch die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Bad Kreuznach (GEWOBAU) konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden.

Bei den Liegenschaften Hospital, Housing II, Housing III und Rose Barracks, die Gegenstand des städtebaulichen Vertrages zwischen der Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH (BKEG), der Stadt Bad Kreuznach und dem Land Rheinland-Pfalz – vertreten durch das ISM – sind, stand im Berichtszeitraum die Durchführung von Ordnungs- und Erschließungsmaßnahmen im Vordergrund. Teilweise konnten bereits erste Vermarktungserfolge erzielt und mit Hochbaumaßnahmen begonnen werden. Der ehemals vorhandene Gebäudebestand auf dem Hospitalgelände wurde vollständig abgebrochen. Die Erschließung dieses Bereichs zum hochwertigen Wohngebiet „Rheingrafenblick“ befindet sich in der Umsetzung. Im Housingbereich II, der zum Wohnquartier „Musikerviertel“ entwickelt wird,

konnten bereits bedeutende Vermarktungserfolge erzielt werden. Der Bau eines Nahversorgungszentrums sowie erster Wohngebäude befindet sich in der Umsetzung. Im Vorfeld wurde mit der Fertigstellung des Verkehrskreisels an der Alzeyer Straße/Rheinstraße ein wichtiger Beitrag zur verkehrlichen Erschließung dieses neuen Wohngebietes geleistet. Auch im Zusammenhang mit der Entwicklung des Housingbereichs III zum Wohnquartier „Rheingaublick“ konnten bereits beachtliche Entwicklungserfolge erzielt werden. Die erhaltenswerten ehemaligen amerikanischen Wohnblocks in der Steubenstraße konnten in vollem Umfang an Bauträger veräußert werden. Ein Großteil der bereits sanierten Wohnungen konnte seitens der Bauträger bereits weiterveräußert werden und ist bezogen. Mit der Entscheidung zum Bau eines Justizzentrums und der Veräußerung von zwei Grundstücken an ein Softwareunternehmen sowie ein Heizungs- und Ofenbauunternehmen konnten schließlich auch in Bezug auf die Entwicklung der ehemaligen Rose Barracks zum „Gewerbepark General Rose“ wichtige Akzente gesetzt werden.

2. Birkenfeld

Fachhochschule Trier, Umweltcampus Birkenfeld

Im Juli 1995 wurde mit 35 ha von insgesamt 42 ha der größte Teil des Geländes des ehemaligen US-Reservelazaretts freigegeben. Neben dem Aufbau des Standortes Birkenfeld der Fachhochschule Trier wurden auf der Konversionsliegenschaft durch die UCB Umwelt-Campus Birkenfeld Entwicklungs- und Management GmbH (UCB GmbH) die notwendigen Kerninfrastrukturen (Studierendenwohnheime, Dienstleistungszentrum, Campusläden, Campus-Restaurant) geschaffen. Die UCB GmbH ist zwischenzeitlich in die

privatwirtschaftlich orientierte Campus-Company überführt worden.

Der Umwelt-Campus wird als einzige deutsche Hochschule ausschließlich mit erneuerbaren Energien versorgt und bietet schwerpunktmäßig auf das Thema Umwelt ausgerichtete Studiengänge an.

Die Neu- und Umbaumaßnahmen mit Gesamtkosten von rd. 55 Mio. € wurden in 2008 abge-

geschlossen. Während die zweigeschossige Krankenstation für Büroräume und Seminarräume umgenutzt werden konnte, wurden die ursprünglich speziell für medizinische Abläufe konzipierten Sondertrakte im Zentrum der Anlage, die den räumlichen und technischen Anforderungen für Hörsäle, Bibliotheken, Labore usw. nicht entsprachen, durch geeignete Neubauten ersetzt. Alle Bauten sind, damals wie heute, durch einen zweigeschossigen Verbindungsgang – die „Lernstrasse“ – verbunden. So wurden die alten Verbindungen der Räume erhalten. Damit konnten kurze Wege zu den Veranstaltungsräumen gewährleistet werden.

Der Studienbetrieb wurde zum Wintersemester 1996/1997 mit zunächst 556 Studierenden aufgenommen. Zwischenzeitlich wurde das Studienangebot erweitert und in das System der gestuften Studiengänge überführt. Derzeit werden neun Bachelor- und zehn Masterstudiengänge im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften, der Betriebswirtschaft und des Wirtschaftsrechts angeboten. Im Wintersemester 2009/2010 waren 2.262 Studierende eingeschrieben. Die Gesamtkosten für dieses Projekt (incl. Bauinvestitionen) betragen 116.424.600 €. Die Konversionsmaßnahme wurde in 2008 abgeschlossen.



Birkenfeld, Umweltcampus

3. Bitburg

Flugplatz Bitburg

Zur Vermarktung des im Jahr 1994 freigegebenen ehemaligen NATO-Flugplatzes Bitburg (rd. 480 ha) wurde 1995 ein städtebaulicher Vertrag zwischen dem Zweckverband Flugplatz Bitburg, dem Land sowie dem Bund geschlossen („Bitburger Modell“). Kern des Modells ist die gemeinsame Entwicklung der Konversionsfläche mittels bedarfsgerechter Investitionen in den Ausbau der Erschließungsinfrastruktur. Die vom Vertrag umfasste gewerbliche Fläche von 130 ha zuzüglich Straßen-, Grün- und Renaturierungsflächen ist zwischenzeitlich fast vollständig vermarktet, so dass ein Nachtragsvertrag die Gewerbe- und Industrieansiedlung auf der übrigen Fläche fortführt. Durch den Nachtragsvertrag wird der bisherige Gesamtbetrag für Erschließungsmaßnahmen von 18,76 Mio. € um 9,24 Mio. € auf

insgesamt 28 Mio. € zur Verausgabung bis 2010 aufgestockt, wobei der Bund und der Zweckverband wiederum jeweils die Hälfte tragen. Da dieser Vertrag zum 30. Juni 2010 ausläuft, wird zurzeit über einen weiteren Nachtragsvertrag (bis Dezember 2012) zum städtebaulichen Vertrag verhandelt, um die Erschließung der Restflächen bedarfsgerecht abzuschließen.

Die Entwicklung des Flugbetriebes mit dem Ziel der Errichtung eines Industrie-Flughafens wird durch die Flugplatz Bitburg GmbH (FBG) betrieben.

Bis Ende 2007 sind rd. 190 Unternehmen und Institutionen mit rd. 1.200 Arbeitsplätzen angesiedelt. Damit bestehen heute auf dem



Flugplatz Bitburg, Beispiel für Shelterumgestaltung



Flugplatz Bitburg, Tower

Flugplatz mehr Arbeitsplätze als durch den Truppenabzug verloren gegangen sind (1992: 620 zivile Arbeitskräfte bei den US-Streitkräften). Durch die erfolgreiche Konversion entstand zudem eine solche konjunkturelle Entwicklung, dass sich die Einwohnerzahl der Stadt Bitburg in den letzten Jahren von 12.000 auf ca. 15.000 erhöhte.

Im Bereich Flugbetrieb wurden 40,53 % der Stimmenanteile an einen Luxemburger Projektentwickler veräußert, der die Errichtung eines Industrieflughafens ohne öffentliche Zuschüsse anstrebt. Die Veräußerung der restlichen Anteile wurde daran geknüpft, dass bis spätestens Ende 2011 ein rechtlich und finanziell tragfähiges Konzept vorgelegt wird.

4. Dexheim

Anderson Barracks

Das Kasernenareal „Anderson Barracks Dexheim“ wurde im September 2009 von den US-Streitkräften freigegeben. Die ca. 75 ha große Liegenschaft befindet sich zu 100 Prozent auf der Gemarkungsfläche Nierstein und liegt im Außenbereich. Die Liegenschaft ist aufgeteilt in Kaserne (45 ha), Missile Facility (17 ha) sowie Wohnsiedlung (13 ha).

Der Teil Missile Facility wird – bis auf Weiteres – von den US-Streitkräften weiter genutzt, so dass zunächst von einer zu entwickelnden Fläche von 58 ha ausgegangen werden kann.

Bis August 2005 befanden sich 950 US-Soldaten, 50 US-Zivilbeschäftigte, 61 deutsche und ausländische Zivilbeschäftigte und rund 800 US-Familienangehörige auf dem Standort. Alle Zivilbeschäftigten konnten an Standorten in der näheren Umgebung weiterbeschäftigt werden.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) betont die große Bedeutung des Projektes und ist an einer gemeinsamen Planung und Entwicklung interessiert. Vor diesem Hintergrund wurde eine Konversionsarbeitsgruppe eingerichtet, deren Mitglieder sich aus der Orts- und Verbandsgemeinde, dem Kreis, dem Land und der BlmA rekrutieren.

Aufgrund der Größe und Lage der Liegenschaft wird bei den Planungsüberlegungen der Blick auf die Entwicklung der gesamten Region gerichtet.

Welche Nachnutzungen auf der Liegenschaft selbst denkbar und vor allem auch realisierbar sind, soll eine Machbarkeitsstudie ergeben, die noch im Jahr 2010 erstellt werden soll.

5. Diez

Wilhelm-von-Nassau-Park

Die Wilhelm-von-Nassau-Kaserne der Bundeswehr in Diez mit einer Fläche von rund 6 ha wurde 1993 aufgegeben. 1994 erwarb die Stadt Diez rund 55 % der Flächen der Kaserne vom Bund. Die übrige Fläche veräußerte der Bund an die „Optonia“ (Verein für audio-visuelle Fortbildung für Augenoptiker e.V.). Die Entwicklungsstrategie setzt auf Umbau und Modernisierung der vorhandenen Gebäude und zielt auf einen Nutzungs-Mix mit dem Schwerpunkt im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Zentraler Baustein war und ist die OPTONIA, die bundesweit führende private Fachschule für Augenoptik und Optometrie mit angegliedertem Schülerwohnheim.

Das Entwicklungskonzept wird ergänzt durch Einrichtungen wie Waldorfkindergarten, Waldorfschule, Erweiterung der Karl-von-Ibell Grundschule, Dependance der Nicolaus-August-Otto-Schule BBS Diez, verschiedene Gemeinbedarfseinrichtungen (Haus der Vereine, Jugendzentrum) und Büroräume für Existenzgründer. Auf der Grundlage eines preisgekrönten Entwurfs wurden 18 Reihenhäuser für Kosten sparendes, elementiertes Bauen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet. Seit 2005 wird ein Gebäude durch die Bundesagentur für Arbeit zur Betreuung von Arbeitssuchenden genutzt. Die Geschäftsstelle Diez der Agentur für Arbeit Montabaur und des Job-Centers Rhein-Lahn ist Anlaufstelle für Arbeit Suchende aus den Verbandsgemeinden Diez, Hahnstätten und Katzenelnbogen.

Eigentümer und Träger der unter der Bildungspark Diez GmbH firmierten privaten Schulen mit der Optonia als zentralem Baustein ist seit 2007 die Campus Company GmbH (früher UCB GmbH), die auch die Mehrheit an der Grundbesitzgesellschaft hält. Die vorhandenen Gebäude auf der Konversionsfläche sind belegt. Bisher konnten über 110 Arbeitsplätze geschaffen werden.

6. Germersheim

6.1 Stadtkaserne II

Die Stadtkaserne II ist eine am südlichen Innenstadtrand gelegene ca. 3,7 ha große Fläche. Zu den Bestandsgebäuden zählen insbesondere zwei Großgebäude der ehemaligen Bundesfestung, die Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet wurden. Dies ist zum einen das am Paradeplatz gelegene ehemalige Lazarettgebäude mit einer Nutzfläche von ca. 5.200 m² sowie das ehemalige Proviantamt. Beide Gebäude sind nicht förmlich denkmalgeschützt.

Aufgrund der Architektur, der Größe und denkmalpflegerischer Aspekte des die Fläche dominierenden Lazarettgebäudes ist eine Folgenutzung der Stadtkaserne II nur mit einem hohen städtebaulichen Aufwand möglich. So wurden in der Vergangenheit unterschiedliche Nutzungsalternativen diskutiert. Am 27.09.2007 wurde durch den Stadtrat ein Rahmenplan verabschiedet, der für die Liegenschaft eine großflächige Einzelhandlungsnutzung mit ergänzenden Dienstleistungen vorsieht.

Mit Kaufvertrag vom 16.12.2009 hat die Stadt Germersheim die Stadtkaserne II vom Bund erworben. Gemeinsam mit dem Bund, der Stadt und dem Land soll die Liegenschaft in einem kooperativen Verwertungsverfahren durch die Vergabe einer Baukonzession mit Entwicklungsverpflichtung einer zivilen Nachnutzung zugeführt werden. Derzeit werden die planerischen und rechtlichen Voraussetzungen für dieses Verwertungsmodell erarbeitet.

Eine Realisierung würde nicht nur die Nachnutzung dieses äußerst komplexen Baukörpers bedeuten, sondern könnte lage- und nutzungsbedingt in erheblichem Maße auch zur Attraktivierung der Innenstadt von Germersheim beitragen und weiterer Flächeninanspruchnahme am Stadtrand auf der grünen Wiese entgegenwirken.

6.2 Theobaldkaserne und Weißenburger Tor

Das Bundeswehr-Depot Theobaldkaserne unmittelbar südöstlich von der Kernstadt mit einer Fläche von ca. 7,6 ha wurde 1996 fast vollständig freigegeben. Die Stadt Germersheim hat 1998 das Gelände vom Bund erworben. Die Entwicklung erfolgt über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme. Im Vordergrund stehen Nutzungen wie innerstädtisches Wohnen, Wohnen für ältere Menschen, Gemeinbedarfseinrichtungen, nicht störendes Gewerbe und Dienstleistungen sowie eine großzügige Grünanlage, die der Nah- und Feierabenderholung der Bevölkerung dient. Die Sanierung des überwiegenden Teils der Theobaldkaserne ist weitgehend abgeschlossen.

Das Weißenburger Tor ist eines der beiden früheren Festungstore der ehemaligen Bundesfestung, 1839 erbaut durch den bekannten Münchener Architekten Friedrich von Gärtner. Das Weißenburger Tor ist eines der Wahrzeichen der Stadt Germersheim.

Der sich dort befindliche Parkplatz wird bereits heute als zentraler Ausgangspunkt für Stadt- und Festungsführungen genutzt. Aus diesem Grund plant die Stadt, im Erdgeschoss des Tores die Stadtinformation und das Tourismusbüro unterzubringen. Darüber hinaus ist eine Nutzung als „Festungsstandesamt“ vorgesehen, um den vermehrt auftretenden Anfragen nach einer standesamtlichen Trauung innerhalb der Festungsräume gerecht zu werden.

Zur Verwirklichung der beabsichtigten Nutzungen und als Voraussetzung für die künftige Verwertung hat die Stadt Germersheim mit Unterstützung des Landes in einem ersten Schritt das Weißenburger Tor in 2009 vom Bund erworben und mit ersten Modernisierungsarbeiten begonnen.

7. Hahn

Flughafen Frankfurt-Hahn

Allgemein

Die ehemalige NATO-Basis Hahn wurde im Jahr 1993 freigegeben und sukzessive zum ersten internationalen Verkehrsflughafen von Rheinland-Pfalz entwickelt. Mit diversen Verträgen in den 90er Jahren zur gesellschaftsrechtlichen Neustrukturierung des Konversionsprojekts war es zunächst bundesweit erstmals gelungen, den privaten Investor und Betreiber Fraport AG für den Erwerb eines ehemaligen Militärflughafens und die Errichtung eines Verkehrsflughafens in privater Trägerschaft zu gewinnen. Diese öffentlich-private Partnerschaft hat national wie auch international ein sehr positives Echo gefunden. Seitdem haben sich die gesellschaftsrechtlichen Zusammenhänge weiter verändert. Seit 1. März 2009 hat das Land Rheinland-Pfalz die Mehrheitsanteile am Flughafen wieder übernommen. Beteiligt sind somit

aktuell als Gesellschafter das Land Rheinland-Pfalz mit 82,5 % und das Land Hessen mit 17,5 % an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH (FFHG), die den Flughafen weiterhin betreibt.

Passage

Die Passagierzahlen haben sich von knapp 21.000 im Jahr 1997 auf rund 3,8 Millionen in 2009 entwickelt. Damit rangiert der Flughafen Frankfurt-Hahn auf Rang 11 der 36 größten deutschen Flughäfen. Die Fluggesellschaft Ryanair, europäischer Marktführer unter den Niedrigpreisgesellschaften, hat auf dem Hahn ihr größtes Drehkreuz auf dem europäischen Festland aufgebaut. Wizz Air und Iceland Express ergänzen das Angebot nach Osteuropa und Island. Darüber hinaus starten Charterflüge mehrerer große Reiseveranstalter zu vielen Urlaubszielen.



Flughafen Frankfurt-Hahn, Abfertigung eines Frachtflugzeugs



Flughafen Frankfurt-Hahn

Fracht

Als Wachstumsmotor erweist sich besonders der Frachtverkehr. Im Jahr 2009 wurden inklusive des Luftfrachtersatzverkehrs 322.170 Tonnen umgeschlagen. Damit hat sich der Flughafen im bundesdeutschen Ranking als fünftgrößter deutscher Frachtflughafen nach Frankfurt, Köln, Leipzig und München etabliert.

Ausbau der flugbetrieblichen Infrastruktur

Im Berichtszeitraum wurde der Ausbau der flugbetrieblichen Infrastruktur weiter vorangetrieben. So wurden beispielsweise Vorfelderweiterungsmaßnahmen des Frachtbereiches sowie die Ertüchtigung eines Parallelrollweges zur Start- und Landebahn inkl. mehrerer Abrollwege durchgeführt. Durch die Inbetriebnahme der verlängerten Start- und Landebahn im Sommer 2007 wurden insbesondere die Voraussetzungen geschaffen, die Nachfrage im Marktsegment der Lang- und Mittelstrecken-Frachtverkehre bedienen zu können.

Straßenanbindung

Zusammen mit der weiterführenden A 60 ab Wittlich wird mit dem Neubau der B 50 zwischen der A 1/A 48 und Longkamp sowie dem vierstreifigen Ausbau der bestehenden B 50 zwischen Longkamp und Rheinböllen eine leistungsfähige Straßenverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Rhein-Main-Gebiet sowie Lüttich/Brüssel und Antwerpen/Rotterdam/Amsterdam (ARA-Häfen) geschaffen. Vom verbesserten Zugang in diese Räume sowie zum Flughafen Frankfurt-Hahn profitieren insbesondere der Eifel-Hunsrück-Raum, das Moseltal und die Region Rheinhessen-Nahe sowie der gesamte Raum Rhein-Main in wirtschaftlicher wie auch touristischer Hinsicht.

Bedingt durch die rasante Entwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn wird die B 50 zwischen der Bundesautobahn A 61 bei Rheinböllen und dem Flughafen durchgehend vierstreifig ausgebaut. Die durchgehende Vierstreifigkeit wird aller Voraussicht nach im Jahr 2011 realisiert

sein. Kernstück in der Verbindung Rhein/Main-Nordsee, sowie zur Erschließung des Flughafens Frankfurt-Hahn in westlicher Richtung, ist der Neubau der B 50 mit dem Hochmoselübergang. Der Neubau erstreckt sich als Lückenschluss über eine Gesamtlänge von 25 km vom Autobahnkreuz Wittlich am Kreuzungspunkt der A 1 mit der neuen A 60 bis nach Longkamp. Der Lückenschluss ist in der Umsetzung bis 2016 vorgesehen.

Des Weiteren werden die unmittelbaren Straßenanbindungen des Flughafens weiter ausgebaut. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Verkehrsentwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn muss die Hauptzufahrtsverbindung von der Bundesstraße 50 weiter ertüchtigt werden. Um die Leistungsfähigkeit der K 2 sowie die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes sicherzustellen, wird derzeit auf Grundlage von Verkehrsuntersuchungen ein neues Verkehrskonzept entwickelt. Auch die nordöstliche Zufahrt zum Frachtbereich des Flughafens soll zukünftig neu gestaltet werden. Die Planung für eine neue Ortsumgehung Bärenbach im Zuge der L 194 ist erstellt; das Planfeststellungsverfahren mit dem Ziel des Baurechts läuft.

Schiienenanbindung – Wiederaufnahme des Betriebs auf der Hunsrückbahn

Eine leistungsfähige Schienenanbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn ist eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des Flughafens. Auf der Grundlage der im Juli 2007 zwischen Land und DB Netz AG abgeschlossenen Planungsvereinbarung werden die für die Wiederinbetriebnahme notwendigen Verfahren gegenwärtig betrieben.

Der Inbetriebnahmetermin wird ganz wesentlich vom Zeitbedarf der planrechtlichen Verfahren abhängen, die insbesondere für die zweigleisigen Ausbauabschnitte notwendig sind.

Arbeitsmarktpolitische Effekte

Vom Flughafen Frankfurt-Hahn gehen erhebliche arbeitsmarktpolitische Effekte aus. Auf dem

Flughafen waren Ende 2009 113 Unternehmen angesiedelt, die rd. 3.132 Arbeitnehmer beschäftigen. Zum Vergleich: Zu Zeiten der amerikanischen Nutzung waren lediglich rd. 800 deutsche zivile Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften beschäftigt. Nach der im Jahr 2009 veröffentlichten dritten Auflage der Studie des Zentrums für



Flughafen Frankfurt-Hahn, Blick auf Großfrachter

Recht und Wirtschaft des Luftverkehrs der Fachhochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld, war der Flughafen im Jahr 2008 bundesweit insgesamt für 11.000 Arbeitsplätze verantwortlich. Hieraus konnten für 2008 eine Bruttowertschöpfung von rd. 399 Mio. € und Löhne und Gehälter von rund 205 Mio. € abgeleitet werden. Das durch den Flugbetrieb insgesamt erwirtschaftete Steueraufkommen betrug im Jahr 2008 etwa 93,5 Mio. €.

Entwicklungsgesellschaft Hahn

Ergänzend zum seit 2000 tätigen Zweckverband der Umlandgemeinden wurde im Mai 2009 die Entwicklungsgesellschaft Hahn (EGH) gegründet. Sie hat die Aufgabe, die ökonomische, technologische und soziale Entwicklung im Bereich des internationalen Flughafens Frankfurt-Hahn durch Erschließung des Verbandsgebietes zu fördern. Zweckverband und EGH werden ausschließlich im landseitigen Bereich des Flughafens tätig, der luftseitige Bereich wird vom Betreiber, der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH ausgebaut. Zu den landseitigen Infrastrukturmaßnahmen zählen grundlegende Ordnungsmaßnahmen, der Aus- und Neubau von Straßen sowie die Herstellung und Erneuerung von Ver- und Entsorgungsleitungen. Darüber hinaus soll die EGH das immobilienwirtschaftliche Potenzial der Landseite heben, indem sie die Flächenvermarktung forciert und weitere Projektentwicklungen und Firmenansiedlungen anstößt. Die Grundlagen der Projektorganisation und -finanzierung unter den Partnern werden in einem städtebaulichen Vertrag niedergelegt, der einen Entwicklungszeitraum bis 2018 umfasst.

Incoming-Tourismus

Die rheinland-pfälzische Tourismusstrategie 2015 aus dem Jahr 2008 legt ein besonderes Augenmerk auf das Wachstum auf Auslandsmärkten, da hier noch Potential für eine weitere Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen gesehen wird.

In der strategischen Tourismusplanung des Landes Rheinland-Pfalz hat der Flughafen Frankfurt-Hahn

als Eingangstor nach Rheinland-Pfalz damit eine wichtige Funktion für die weitere Entwicklung des Incoming-Tourismus. Der Anteil der Incoming-Gäste am Flughafen hat sich mit den steigenden Fluggastzahlen in den vergangenen Jahren – mit leicht rückläufigen Tendenzen infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 – grundsätzlich positiv entwickelt und damit zum Rekordergebnis bei den Gäste- und Übernachtungszahlen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 und zum vergleichsweise guten Ergebnis im Jahr 2009 beigetragen.

Der Flughafen mit seinem touristischen Umfeld muss im Bewusstsein der ausländischen Quellmärkte noch stärker verankert werden. In ausgewählten Ländern werden daher mit finanzieller Unterstützung des Landes von der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH verstärkt Marketingmaßnahmen durchgeführt. Die Aktivitäten konzentrieren sich derzeit auf Schweden, Großbritannien, Irland, Spanien und Italien. Diese Maßnahmen werden auch während der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung weiter geführt, um eine kontinuierliche Marktpräsenz zu erreichen und den Bekanntheitsgrad der rheinland-pfälzischen Tourismusregionen langfristig zu steigern.

Mittel- und Osteuropazentrum

Als wesentliche Einrichtung der Außenwirtschaftsförderung hat sich seit 2006 das Mittel- und Osteuropazentrum Rheinland-Pfalz (MOEZ) als GmbH am Flughafen Frankfurt-Hahn etabliert. Es wird gemeinsam vom Land Rheinland-Pfalz und der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH getragen und soll zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas beitragen. Dies geschieht u. a. durch die Beratung, Organisation und Durchführung von Messen und Ausstellungen, Wirtschaftsreisen, Wirtschaftstagen und Symposien sowie durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Repräsentanzen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Kombination eines Flughafens mit der Drehscheibe MOEZ ist für Wirtschaftskontakte ein herausragendes und wirksames Konzept.

8. Hermeskeil

Die Hochwaldkaserne in Hermeskeil, die 2007 freigegeben wurde, besteht aus einem bebauten Bereich mit ca. 39 ha und einem angegliederten Standortübungsplatz mit ca. 196 ha. Erste Untersuchungen zeigten, dass große Teile der baulichen Anlagen mittel bis stark sanierungsbedürftig sind und Umnutzungen unter Erhaltung der baulichen Struktur mit sehr hohen Investitionen verbunden sein werden. In einem Gutachten wurde festgestellt, dass alleine die Kosten einer Modernisierung und Anpassung der Infrastrukturen innerhalb des Kasernenbereichs – je nach Ausbaustandard – zwischen 2,5 und 6,3 Mio. € liegen werden. Verbunden mit einer vergleichsweise schwachen Nachfrage nach Gewerbeflächen in der Region stellt sich die Verwertung der Liegenschaft als äußerst anspruchsvolle Aufgabe dar.

Der regionalen Betroffenheit und der begrenzten Möglichkeiten einer Liegenschaftskonversion Rechnung tragend, wurde entschieden, die Konversionsfolgenbewältigung nicht ausschließlich auf die Liegenschaft zu beziehen, sondern auch Maßnahmen zur Aufwertung und Stärkung der Stadt Hermeskeil in ihrer Eigenschaft als Tourismus- und Fremdenverkehrsstandort verstärkt zu unterstützen. In diesem Sinne wurde beispielsweise die Sanierung des Freibades in Hermeskeil ausnahmsweise aus dem Strukturprogramm der Städtebaulichen Erneuerung mit überdurchschnittlicher Quote gefördert.

Auf dem ehemaligen Standortübungsplatz im Bereich der Standortschießanlage konnte als Auftakt einer gewerblichen Entwicklung zwischenzeitlich ein Energiepark für regenerative Energien mit Schwerpunkt im Bereich Holzwirtschaft angesiedelt werden. Derzeit stehen der Zweckverband und das Land in Verhandlung mit einem Investor, der beabsichtigt, die Gesamtliegenschaft einer teils touristischen, teils gewerblichen Nutzung zu zuführen.

9. Idar-Oberstein

Gewerbepark Nahetal

Die positive Entwicklung des Gewerbeparks Nahetal hat sich weiter fortgesetzt. Der Projektentwicklung liegt der „Nutzungs-Dreiklang“ aus Gewerbe, Handel und Freizeit bzw. kommunaler Infrastruktur zu Grunde. Im Gewerbe- und Handelsbereich konnten in den vergangenen Jahren bedeutende Ansiedlungserfolge erzielt werden. Der ergänzende Freizeitbereich befindet sich in der Entwicklung. Bislang konnten auf der Konversionsliegenschaft über 250 Arbeitsplätze geschaffen werden.

10. Kaiserslautern

10.1 PRE-Park

Die französische Holtzendorff-Kaserne in verkehrsgünstiger Lage am Stadtrand direkt an einer Autobahn mit einer Fläche von ca. 68,2 ha wurde 1992 aufgegeben. Realisiert wird ein hochmoderner Technologie- und Dienstleistungspark, eingebettet in ein Spektrum attraktiver Freizeitmöglichkeiten. Einkaufen, Wohnen, Dienstleistung und Naherholung sind nach dem Campus-Modell Elemente des Konzeptes, das Hightech mit Lebensqualität und lebendiger Zukunftsgestaltung verbindet.

Die Entwicklung der Liegenschaft erfolgt als städtebauliche Sanierungsmaßnahme im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Privater Partner ist die Pfälzische RegionalentwicklungsgmbH (PRE), die die Liegenschaft vom Bund erworben hat. 1997 wurde die Basis für die Entwicklung durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt, dem Land und der PRE geschaffen. Auf dieser Grundlage entwickelt und vermarktet die PRE die Flächen. Die PRE hat sich verpflichtet, innerhalb von 15 Jahren Investitionen von 200 Mio. € auszulösen.

10.2 PRE-Uni-Park

Im Jahr 2000 erwarb die Stadt Kaiserslautern von der Deutsche Bahn AG die Flächen eines ehemaligen Güter- und Rangierbahnhofes, welche für den Bahnbetrieb entbehrlich geworden waren. Aufgrund der besonderen Standortqualitäten, der günstigen verkehrlichen Anbindung, der prägnanten Lage am südlichen Stadteingang, aber insbesondere der unmittelbaren Nachbarschaft zur Universität konnte ein Konzept entwickelt und umgesetzt werden, in dessen Mittelpunkt Forschung und Lehre stehen. Die Projektstrategie setzt auf Kompetenz, Kooperation und Netzwerk. Der Wirtschaftsraum Kaiserslautern strebt den Strukturwandel von einer durch Militär und stagnierenden bzw. rückläufigen Branchen geprägten Region zu einem der

Wichtige Bausteine im Technologiebereich sind die Ansiedlung der Fraunhofer-Institute IESE und ITWM sowie die Einrichtung der SWA Software-Akademie AG. Weitere Ansiedlungen wie ein großes Möbeleinkaufszentrum oder ein Multiplex-Kino führen zu der angestrebten Nutzungsvielfalt. Das Freizeitbad „Monte Mare“ ist ein weiterer Baustein bei der Errichtung des Technologie- und Dienstleistungsparks.

Momentan wird ein Forschungszentrum des US-amerikanischen Landmaschinenherstellers John Deere errichtet.

Die Fertigstellung der A63, die am Autobahndreieck Kaiserslautern-Zentrum direkt auf den PRE-Park trifft und für eine schnelle Erreichbarkeit der Rhein-Main-Metropole sorgt, ist ein weiteres Qualitätsmerkmal für den PRE-Park.

Der PRE-Park gehört zu den erfolgreichsten Konversionsprojekten des Landes. Es sind über 2.500 Arbeitsplätze entstanden.

bundesweit führenden IKT-Standorte an. Grundlegender Baustein hierfür ist, dass die existierende Kompetenzkette im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (Hochschule – Institute – Unternehmen – Technologiestandort PRE-Park) sowie die erfolgreiche Umsetzung eines IKT-Park-Konzeptes über die Entwicklung des PRE-Parks hinaus weiter geführt wird.

Im Mittelpunkt steht ein Fraunhofer-Zentrum mit den beiden Einrichtungen „IESE“ (Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering) und „ITWM“ (Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik). Um diesen „Diamanten“ herum und in unmittelbarer

Nähe zum Inkubator Universität, konzipierte die PRE GmbH den PRE-Uni-Park, in dem neben dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) auch das Institut für Oberflächen- und Schichtanalytik (IFOS) seinen Platz gefunden hat. Schwerpunkte setzt die Konzeption im Bereich des Technologie-Transfers. Zielgruppe bilden Forschungs- und Lehreinrichtungen, Uni-Institute, sowie junge, innovative Technologie- und Dienstleistungsunternehmen, welche mit der Universität und den Fraunhofer-

Einrichtungen kooperieren wollen. Darüber hinaus komplettieren Angebote aus den Bereichen Facilities (Bank, Post, Nahversorgung, Kita), Support and Consulting (Lizenzierungsbüro, Gründerzentrum, Beraterteams „Steuer – Recht – Förderung“) und Wohnen/Lifestyle (attraktives Wohngebiet, Lofts, Boarding House, Gastronomie, Kunst- und Musiktreff) den ganzheitlichen Charakter des Parks. Im Pre-Park und Pre-Uni-Park verdienen insgesamt rund 3.000 Personen ihren Lebensunterhalt.

11. Koblenz

11.1 Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz

Das Land hat 1995 die Pionierkaserne im Stadtteil Metternich für den Campus Koblenz der Universität Koblenz-Landau erworben. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, Koblenz als Universitätsstandort langfristig zu sichern.

Der bisherige Standort der Universität auf dem Oberwerth wurde aufgegeben.

Nach der Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs wurde die Grundstruktur des neuen Standortes so festgelegt, dass durch den Erhalt von drei begrenzenden Altbauten an städtebaulich markanten Stellen die alt vertraute Kasernenstruktur ablesbar blieb und innerhalb der wesentlichen Flächen ein „Campus der kurzen Wege“ entstehen konnte. Die Gesamtmaßnahme wurde in zwei Bauabschnitten realisiert; im März 2002 konnte der Studienbetrieb vollständig aufgenommen werden. Bereits Ende 1998 hatte der Fachbereich Informatik die im Zuge des 1. Bauabschnittes hergerichteten Altbauten bezogen. Die Verwaltung mit rd. 900 m² Hauptnutzfläche, die Fachbereiche mit etwa 12.000 m² Hauptnutzfläche, die Bibliothek mit 2.850 m² Hauptnutzfläche und die Mensa mit rd. 800 m² Hauptnutzfläche gestatten in ihrer abgestimmten Gesamtheit einen umfassenden Studienbetrieb. Die Gesamtkosten für die Verlagerung des Campus Koblenz

in die Pionierkaserne betragen ca. 88 Mio. €. Die Konversionsmaßnahme ist abgeschlossen, ebenso die Ersteinrichtung der Gebäude.

In den vergangenen neun Jahren ist die Zahl der Studierenden allein am Campus Koblenz um ca. 45 % auf 6.341 Studierende nach den vorläufigen statistischen Erhebungen im Wintersemester 2009/2010 gestiegen (zum Vergleich: im Wintersemester 2000/2001 lag die Zahl der Studierenden bei 4.370). Das Studienangebot konnte in den letzten Jahren erweitert werden, u. a. um die Lehrämter an Gymnasien und Berufsbildenden Schulen in ausgewählten Fächern sowie die Kulturwissenschaften. Der Bereich der Technischen Chemie wurde ausgebaut und ist neben der Informatik ein wichtiger Drittmittelinwerber. Da auf dem Konversionsgelände Reserveflächen für weitere bauliche Maßnahmen vorgehalten wurden, war bereits früh der Grundstein für den jetzt – nach abgeschlossener Konversion – anstehenden Neubau für Chemie einschließlich Hörsäle, gelegt.

11.2 TechnologieZentrum Koblenz (TZK)

Die TZK GmbH ist eine Einrichtung des Landes, an der die Stadt Koblenz und der Landkreis beteiligt sind.

Das TZK hat die Aufgabe, junge, technologieorientierte und/oder innovative Unternehmen mit einer zeitlich befristeten Bereitstellung von Mietflächen, Vorhaltung umfassender Beratungsdienstleistungen und moderner Kommunikationsinfrastruktur zu unterstützen.

Bis zum Berichtszeitraum sind im Technologie-Zentrum (TZK) Koblenz rd. 57 neue Unternehmen gegründet worden. Diese haben allein während ihres Aufenthaltes im Zentrum rd. 330 Arbeitsplätze geschaffen.

Seit August 2008 ist das TZK auf einer Konversionsfläche in Koblenz-Metternich in unmittelbarer Nähe zur Universität mit dem Fachbereich Informatik angesiedelt und bietet eine vermietbare Fläche von rd. 2100 m². Für den ersten Bauabschnitt hat das Land rd. 1,7 Mio. € aus Konversionsmitteln bereitgestellt.

Aufgrund der großen Nachfrage aus dem Existenzgründerumfeld soll der neue Standort um einen zweiten Bauabschnitt mit weiteren 1000 m² erweitert werden. Der zweite Bauabschnitt soll noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden.

Die Neuausrichtung als regionales Innovationszentrum und der Umzug des TZK in unmittelbare Nähe zur Universität bündeln beispielhaft die regionalen Kompetenzen des Landes und der Informationswirtschaft. Hier werden Netzwerke geschaffen, Synergieeffekte ermöglicht und die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft optimiert.

Durch die Weiterentwicklung zu einem „regionalen Innovationszentrum“ erweitert sich das Aufgabengebiet und beinhaltet zukünftig auch die Vermittlung und Förderung von Kooperationsprojekten sowie die aktive Beteiligung an Kooperations- und Innovationsprojekten.



Koblenz Pionierkaserne / Neue Universität

12. Landau

12.1 Kaserne Jeanne d'Arc

Die Kaserne Jeanne d'Arc mit einer Fläche von ca. 11,5 ha wurde im Jahr 1995 freigegeben. Das Kasernengelände wird als gewerblicher Schwerpunkt in Zusammenarbeit mit der Stadt Landau entwickelt. Das Gebiet verfügt über eine Netto-baufläche von rund 6,1 ha, wovon knapp 0,6 ha als Sondergebiet für eine Messehalle ausgewiesen sind. Von den verbleibenden gewerblichen Bauflächen (rund 5,5 ha) wurden bis 2008 knapp 4 ha an Endansiedler veräußert. Dies entspricht einer Quote von gut 70 %. Auf dem Kasernenareal sind bisher rund 450 Arbeitsplätze entstanden.

12.2 Kaserne Mangin (Quartier Vauban)

Die ca. 15 ha Fläche umfassende Liegenschaft wurde bereits im Jahr 1994 freigegeben. Die Konversion der Kaserne Mangin zum Wohngebiet

„Quartier Vauban“ ist inzwischen kurz vor dem Abschluss. Das Areal wurde 1999 komplett freigelegt. Inzwischen ist das gesamte Gebiet erschlossen und bis auf wenige Restgrundstücke vollständig vermarktet. Mit Hilfe eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs wurde eine Baustruktur entwickelt, die sowohl die historisch wertvolle Bausubstanz erhält, als auch moderne Wohnformen unter dem Thema „Gartenbezogenes Wohnen“ mit hoher Freiraumqualität ermöglicht. Um die hohen Qualitätsansprüche des Wettbewerbsergebnisses auch in der Umsetzung zu sichern, wurde in Vorbereitung zur Entwicklung des 2. und 3. Bauabschnitts das „Landauer Architektenforum“ ins Leben gerufen. Architekten und Bau-träger entwickelten darin verschiedene qualitätvolle Haustypen, die bis heute die Grundlage für die Bebauung bilden. Aufgrund veränderter Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt überwiegt in den Bauabschnitten 4 und 5 eine aufgelockerte Bebauung mit Einzel- und Doppelhäusern, die



Landau, Quartier Vauban



Landau, Quartier Vauban

aber unverändert in einer klar ablesbaren, orthogonalen städtebaulichen Struktur eingebunden ist. Weitere Attraktivitätssteigerungen erlangte das Gebiet durch die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes, durch den Waldorfskindergarten und die Montessorischule, die für eine optimale Infrastrukturausstattung des neuen Wohngebietes sorgen. Nachdem Mitte 2010 die öffentlichen Flächen vollständig hergestellt sind, ist davon auszugehen, dass die Maßnahme im Laufe des Jahres 2011 mit der Bebauung der letzten Grundstücke zum Abschluss gebracht werden kann.

12.3 Kaserne Estienne et Foch

Die Konversion der Stadt Landau setzt mit der rund 24 ha großen ehemaligen Kasernenanlage „Estienne-Foch“ den letzten Baustein nach dem Abzug der französischen Streitkräfte. Die Flächen konnten nach zähen Verhandlungen vom Bund erworben werden und werden über einen

privaten Entwicklungsträger als Entwicklungsmaßnahme umgesetzt. Die Konversionsflächen der Kaserne, des ehemaligen Kohlelagers, wie auch angrenzender ehemaliger Bahnflächen bieten eine große Chance der städtischen Entwicklung im Süden der Stadt mit Verzahnung der angrenzenden Landschaftsräume des Naturparks „Ebenberg“, einem Flora-Fauna-Habitat (FFH) – Gebiet mit dem darin befindlichem Naherholungsbereich und des lokalen Segelflugvereins. Die Stadt Landau handelt nach dem Leitziel der „Innen- vor Außenentwicklung“ und hat über die Einreichung der Konzeption zur Landesgartenschau 2014 eine detaillierte Konzeption zur Umnutzung und Inwertsetzung des gesamten Stadtgebietes vorgelegt. Mit der Initialzündung der Veranstaltung Landesgartenschau 2014 kann das Gelände in zeitlichen Zusammenhang zu einem hochwertigen Wohnareal entwickelt werden, wobei die angrenzenden geschützten Landschaftsräume mit dem aufgewerteten Geländeareal und dem angren-

zenden städtischen Gebiet verzahnt werden. Neben der Modernisierung der vorhandenen denkmalgeschützten Bebauung werden hochwertige Neubaufächen für moderne städtische Wohnformen angeboten. Über die Umnutzung der ehemaligen Militärfächen könnte der Wohnraumbedarf der nächsten 10 – 15 Jahren unter der Berücksichtigung der demografischen und ökologischen Effekte für einen vielfältigen Nutzerkreis gedeckt werden. Neben der Schaffung eines neuen städtischen Lebensumfeldes mit dem ganzheitlichen Angebot an Funktionsbereichen für Arbeiten, Dienstleistung, Kreativberufe, und Forschung soll die soziale städtische

Infrastruktur über die Schaffung neuer Kommunikationszonen, städtischer Begegnungsräume und die Ansiedlung von Bildungs- und Instituts-einrichtungen an diesem Standort Schwerpunkte finden. Für zukünftig ca. 3.000 Bewohner/innen des „Wohnparks Am Ebenberg“, aber auch für die ca. 10.000 Bürger/innen im gesamten südlichen Stadtbereich werden in den angrenzenden Konversionsflächen Erholungsräume, Sport- und Freizeitflächen geschaffen. Zur Umsetzung der Entwicklung der Kaserne als auch zur Verzahnung mit den angrenzenden städtischen Bereichen in Landau-Süd werden direkte Investitionskosten von ca. 37,5 Mio. EURO erwartet.



Landau, Quartier Vauban

13. Mendig

Gunther-Plüschow-Kaserne



Flugplatz Mendig

Die Heeresflieger der Bundeswehr sind seit 1959 in der Gunther-Plüschow-Kaserne im nördlichen Rheinland-Pfalz stationiert. Zuvor wurde die Fläche bereits von Fliegereinheiten der Reichswehr und nach Ende des Zweiten Weltkrieges sowohl von amerikanischen als auch französischen Einheiten genutzt. Im Zuge der Bundeswehrstrukturreform 2004 wurde der Standort Mendig mit ca. 730 Dienstposten im Sommer 2008 geschlossen. Durch die Strukturreform 2001 waren bereits weitere 600 Dienstposten weggefallen. Da die Liegenschaft damals nicht freigegeben wurde, waren Kompensationsmaßnahmen auf der Liegenschaft zu diesem Zeitpunkt nicht durchführbar. Auf der Konversionsfläche mit einer Gesamtgröße von knapp 190 ha befinden sich neben weiten Grünflächen eine 1,6 km lange Start- und Landebahn sowie über 100

Gebäude unterschiedlicher Art und Größe. Die Liegenschaft zeichnet sich insbesondere durch eine hervorragende Anbindung an die vorhandene Verkehrsinfrastruktur sowie durch eine strategisch günstige Lage zwischen den Ballungsgebieten Rhein-Ruhr und Rhein-Main aus. Sowohl von kommunaler als auch von Landesseite wurde die hohe Bedeutung einer Entwicklung der Konversionsliegenschaft für die regionale Wirtschaft erkannt. Gemeinsam mit den Standortgemeinden, dem Landkreis und der Landesregierung wurde eine Entwicklungsstrategie erarbeitet, die auf einen Branchenmix aus gewerblicher, industrieller und touristischer Nutzung unter Beibehaltung des Flugplatzes mit dem Status Sonderlandeplatz zielt. Zur Findung eines privaten Projektentwicklers, dem als Gesamterwerber und Investor zentral die

Entwicklung der Liegenschaft im Rahmen einer städtebaulichen Vereinbarung übertragen werden soll, wurde ein Investorenwettbewerb durchgeführt. Parallel wurde vom Bund, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, ein Bieterverfahren über den Verkauf der Liegenschaft durchgeführt. Nach Abschluss der beiden Verfahren in 2008 wurde am 03.02.2009 ein städtebaulicher Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz, dem Zweckverband Konversion Mendig, der eigens zur Durchführung des Projektes von der kommunalen Seite gegründet wurde, und einem privaten Investor abgeschlossen.

Durch das gemeinsame Engagement der Vertragsparteien sollen in den nächsten zehn Jahren durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben mindestens 500 neue Arbeitsplätze geschaffen und private Investitionen von bis zu 140 Millionen EURO ausgelöst werden können. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich Rahmen dieses städtebaulichen Vertrages verpflichtet, das Projekt mit insgesamt 15,5 Mio. € Fördermitteln zu unterstützen.

Derzeit wurden am Standort im Rahmen von Mietverhältnissen ca. 70 Unternehmen angesiedelt. In Summe sind am Standort bis heute bereits ca. 100 Arbeitsplätze mit steigender Tendenz entstanden.

14. Morbach

Morbacher Energielandschaft

Die Morbacher Energielandschaft ist ein konversions- und energiepolitisches Modellprojekt des Landes. Das etwa 145 ha umfassende ehemalige Munitionsdepot der US-Luftwaffe wurde in 1995 freigegeben. Seit 2001 wird die Liegenschaft im Bereich alternativer Energieerzeugung und -nutzung entwickelt. Mittlerweile besteht eine beispielhafte Konzentration von Anlagen der Wind-, Sonnen- und Biomassenutzung. Im angeschlossenen Gewerbe- und Industriepark ist ein Informationszentrum mit angegliedertem Demonstrationsweg über die Liegenschaft in Umsetzung.

Betrachtet man den in kurzer Zeit zurückgelegten Entwicklungspfad und das zukünftige Potential, so gibt es im deutschen Raum kein vergleichbares Projekt, das die gegenwärtige Bandbreite alternativer Energieerzeugung und -nutzung geeigneter repräsentieren und „zum Anfassen“ erlebbar machen kann. Zum derzeitigen Ausbaustand wird das Projektgelände bereits jährlich von mehreren Tausend Interessierten in geführten Besuchergruppen und von in- und ausländischen Delegationen besucht.

15. Münchweiler

Gräfensteiner Park

Das US-Hospital am Ortsrand von Münchweiler mit einer Fläche von ca. 45 ha wurde 1993 aufgegeben. Trotz interessanter Entwicklungsansätze und intensiver Bemühungen von allen Seiten brachte die Verwertungsstrategie, das Konversionsprojekt im Rahmen eines PPP-Modells mit einem privaten Investor zu entwi-

ckeln, lange Zeit nicht den gewünschten Erfolg. 2004 konnte die Liegenschaft dann vom Bund an einen privaten Investor, die Bunkerhill Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (BHE), Pirmasens, veräußert werden. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben sich zu einem kommunalen Zweckverband zusammenge-

schlossen, der für die städtebauliche Entwicklung im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme verantwortlich ist. Zwischen dem Investor, dem Zweckverband und dem Land wurde 2004 ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. Im Vertrag hat sich der Privatinvestor verpflichtet, die Fläche entsprechend dem vereinbarten Konzept zu entwickeln und dabei innerhalb von 15 Jahren Investitionen in Höhe von 45 Mio. € auszulösen. Das Konzept sieht vor, das Gelände in zwei Teilen zu entwickeln. Direkt angrenzend an die örtliche Bebauung entstehen Bauflächen zur Deckung des örtlichen und überörtlichen Bedarfs an Wohngrundstücken und Flächen für Gewerbebetriebe. Weitere Teilflächen sollen als Sondergebiet Freizeit und Erholung entwickelt werden. Der Zweckverband wird mit Unterstützung des Landes Ordnungsmaßnahmen wie notwendige Abbrüche und die Grunderschließung sowie öffentliche Baumaßnahmen finanzieren. Die zur Baureifmachung der Wohn- und

16. Neustadt

Kaserne Edon

Das Areal ist durch die städtische Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Neustadt an der Weinstraße (W.E.G.) erworben worden und wird seit dem Abschluss der Eckwertvereinbarung im Jahr 2006 entwickelt. Die Flächen zwischen den Ortsteilen Speyerdorf und Lachen sowie ein Streifen entlang der Hasslocher Straße wurden in einen Entwicklungsbereich integriert. Mit den vorbereitenden Untersuchungen zur Entwicklung des ehemaligen französischen Militärgeländes in Stadtrandlage der Stadt Neustadt an der Weinstraße wurde im Jahr 2002 begonnen.

Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme ist in die Funktionsbereiche Gewerbe- und Mischgebiet mit Ortsmitte sowie eine Neuordnung des Ortsrandes zur Wohnnutzung aufgeteilt. Das Kernziel der Maßnahme wird die Verbindung der beiden Ortsteilgemeinden Lachen und Speyerdorf durch die Entwicklung einer neuen Ortsmitte

Gewerbegrundstücke erforderlichen Ordnungs- und Abbruchmaßnahmen konnten im Berichtszeitraum weitgehend abgeschlossen werden. Die Erschließung des Geländes ist in Umsetzung begriffen. Mit den erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen zur Herstellung der notwendigen Grünflächen wurde ebenfalls begonnen. Von den im Berichtszeitraum erschlossenen Baugrundstücken konnte etwa die Hälfte bereits vermarktet werden. Darüber hinaus waren weitere Grundstückreservierungen zu verzeichnen, so dass eine weitere positive Entwicklung des Vermarktungsprozesses zu erwarten ist. Mit ersten privaten Baumaßnahmen zur Errichtung von Wohngebäuden wurde bereits begonnen. Die ersten Gewerbegrundstücke konnten ebenfalls bereits veräußert werden. Bezüglich des Sondergebietes Freizeit und Erholung steht die BHE mit einem qualifizierten Betreiber über die Entwicklung dieses Liegenschaftsteils in Verhandlungen.

darstellen. Neben der Schaffung von Reserveflächen für Wohnen und Gewerbe wird ein wesentlicher Schwerpunkt im mittelfristigen Umsetzungszeitraum in der Umstrukturierung der Naherholungs- und Sportbereiche bestehen. Zur Entlastung der alten Ortskerne trägt die Umgehungsstraße „S-Trasse“ bei.

Der städtebauliche Rahmenplan „Entwicklung der ehemaligen Edon-Kaserne“ wird schrittweise umgesetzt. Im Bereich der im Ortsteil Lachen-Speyerdorf in Nachbarschaft zum Flugplatz Lilienthal gelegenen ehemaligen französischen Edon-Kaserne hat die Stadt Neustadt im Jahr 2000 mit der Projektierung eines Gewerbe- und Industrieparks für Solartechnik und regenerative Energien begonnen. Das Vorzeigeprojekt „Solarpark Flugplatz Lilienthal“ umfasst eine Bruttofläche von ca. 15 ha. Bereits im Jahr 2004 ist das damals größte Solarkraftwerk Deutschlands und

eines der größten der Welt ans Netz genommen worden. Mit dem Solarpark Lilienthal als Kompetenzzentrum für Solarenergie im Bereich der ehemaligen französischen Edon-Kaserne ist noch immer die größte Photovoltaik Anlage dieser Art in Rheinland-Pfalz realisiert. Auf der Fläche von ca. sieben Fußballfeldern werden ca. 2,1 Megawatt Leistung generiert. In der städtebaulichen Gesamtkonzeption ist die Anbindung an den Verkehrslandeplatz Flugplatz Lilienthal und die direkte Autobahnbindung an die A 65 für Firmen als ein wesentlicher Standortvorteil herausgearbeitet.

17. Pferdsfeld

Flugplatz Pferdsfeld

Der 320 ha große NATO-Fliegerhorst Pferdsfeld mit einer Landebahn von rund 2.500 m Länge und einer Vielzahl militärischer Zweckgebäude und Infrastrukturen wurde Ende 1997 vollständig freigegeben.

Ein regionaler Entwickler übernahm in 2003 im Wesentlichen das Flugplatzgelände von der damaligen Bundesvermögensverwaltung. Zur Entwicklung der Konversionsliegenschaft wurde in 2003 ein städtebaulicher Vertrag mit zehnjähriger Laufzeit geschlossen. Vertragspartner sind die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim, der Projektentwickler und das Land Rheinland-Pfalz.

Auf dem Teil der Liegenschaft, der die unmittelbare flugbetriebliche Infrastruktur umfasst, richtet die Adam Opel AG schrittweise ein Test- und

18. Pirmasens

18.1 Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Pirmasens

Der überwiegend als amerikanische Wohnsiedlung genutzte südliche Teil der Kasernenanlage mit einer Fläche von 20,5 ha wurde bis 1997 freigegeben. 2001 konnte die Liegenschaft vom

Die Vermarktung der Gewerbeflächen schreitet voran. Die städtische Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft übernimmt dabei neben den Aufgaben der Projektentwicklung die Beratung von Existenzgründern und das Standortmarketing. Die Stadt Neustadt beabsichtigt, durch die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz das Gewerbegebiet im Ortsbezirk Lachen-Speyerdorf zu einem städtebaulich anspruchsvollen Standort mit strukturpolitisch nachhaltigen Effekten zu entwickeln. Am gesetzten Schwerpunkt der regenerativen Energie als Leitziel der Gesamtentwicklung im Gewerbebereich soll festgehalten werden.

Eventzentrum ein. Es wurde im Sommer 2005 eröffnet. Auf der Testanlage sind gegenwärtig rund 30 Mitarbeiter beschäftigt; in der Endausbaustufe sind bis zu 200 Mitarbeiter vorgesehen.

Auf den weiteren Teilflächen des Flugplatzes wird ein Gewerbe- und Industriegebiet entwickelt. Das entsprechende Bebauungsplanverfahren erlangte im September 2004 Rechtskraft. Der erste Bauabschnitt des Industriegebiets Pferdsfeld mit einer Bruttofläche von etwa 35 ha wurde in junger Vergangenheit erschließungstechnisch durchgeführt.

Wesentliche Teilflächen der Großliegenschaft sollen im Zusammenhang mit der Erzeugung regenerativer Energien genutzt werden, die planungsrechtlichen Voraussetzungen liegen mittlerweile vor.

Bund an eine Investorengruppe, Projektentwicklung Pirmasens GmbH und Bunkerhill Entwicklungsgesellschaft mbH & Co KG, Pirmasens, veräußert werden. Zwischen der Investoren-



FH Kaiserslautern, Standort Pirmasens, Campus

gruppe, der Stadt und dem Land wurde 2001 ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. Im Vertrag hat sich die Investorengruppe verpflichtet, die Fläche entsprechend dem vereinbarten Konzept zu entwickeln und dabei innerhalb von 15 Jahren Investitionen in Höhe von 60 Mio. € auszulösen. Die Stadt unterstützt die Entwicklung über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme. Im Mittelpunkt der Entwicklung steht die Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Pirmasens, mit dem heutigen Fachbereich Angewandte Logistik- und Polymerwissenschaft-

ten. Durch die Schaffung der Studienrichtung Technische Logistik im Rahmen der Konversion konnte das Studienangebot des Standortes ausgeweitet werden. Im Wintersemester 2009/2010 waren am Standort Pirmasens insgesamt 578 Studierende eingeschrieben. Durch die Konversionsmaßnahmen wurden für den Standort Pirmasens der Fachhochschule Kaiserslautern modern ausgestattete Räume und ein attraktives Studiumfeld geschaffen. Insgesamt wurden für diesen Standort ca. 17 Mio. € aufgewandt.

18.2 Husterhöh-Kaserne, Sportpark und Technopole „Bunker Hill“

Der Großteil des nördlichen Areals der amerikanischen Husterhöh-Kaserne mit einer Fläche von ca. 63,5 ha wurde 1997 freigegeben. 1999 wurde zwischen Bund, Land und Stadt ein städtebaulicher Vertrag geschlossen, der nach dem „Bitburger Modell“ ausgestaltet wurde. Die Vertragsparteien erschließen gemeinsam die Fläche und der Bund vermarktet in Absprache mit der Stadt. Grundlage der Entwicklung sind ein städtebaulicher Rahmenplan und darauf aufbauend eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme und Bebauungspläne. Ziel ist ein Nutzungsmix mit dem Schwerpunkt Gewerbe.

Neben zwei Gewerbeparks im Norden und Osten ist im Südwesten an der B10 eine „Automeile“ entstanden. Der Bereich der Automeile ist weitgehend belegt. Die angesiedelten Betriebe stammen überwiegend aus der Region. Viele haben die Chance wahrgenommen, mit dem Standortwechsel auf die Husterhöhe zu expandieren.

Im Bereich der früheren Wohnsiedlung wurden im Nordwesten ein Wohnpark und im Norden der Sportpark Husterhöhe mit einer Fläche von ca. 90.000 m² geschaffen. Zu dem Sportpark gehören Schulsportplätze, das neue städtische Stadion und die neue MTV-Sportanlage mit einer Sporthalle mit Sportheim und zwei Sportplätzen. Hintergrund für den Ausbau des Sportparks Husterhöhe war die Notwendigkeit, unter anderem für die Firma Profine (Kömmerling) an der Zweibrücker Straße Erweiterungs-

flächen zu schaffen und den Bau der vierspurigen B 10 sicher zu stellen. Somit dient der Sportpark Husterhöhe auch ganz wesentlich der gewerblichen Entwicklung am Standort Pirmasens.

Der größte Teil der über 50 ha verwertbaren Fläche ist vermarktet. Bisher haben sich fast 70 Betriebe mit ca. 1.400 Beschäftigten niedergelassen.

Parallel zur Fachhochschule wurde das Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens e. V. (PFI) angesiedelt. Hinzu kommen ein Baukompetenzzentrum, das mit Fachplanern und Dienstleistern aus dem Baubereich belegt ist, und das Bürozentrum „Am Campus“.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Sicherung des Schuhstandortes Pirmasens und des Schuhstandortes Deutschland ist das 2008 errichtete Schuhkompetenzzentrum (ISC). Mit dem Projekt mit internationalem Anspruch können das vorhandene Wissen und die Fertigkeiten zur Verarbeitung von Leder und zur Herstellung von Schuhen in Pirmasens gebündelt, weiter entwickelt und der deutschen, der europäischen und der weltweiten Schuhindustrie zur Verfügung gestellt werden.

Inzwischen haben sich mehr als 40 Firmen und Einrichtungen mit über 430 Arbeitsplätzen angesiedelt.

19. Rheinböllen

Munitionsdepot

Das südlich der Stadt gelegene Munitionsdepot der Bundeswehr umfasst eine Fläche von 130 Hektar und wurde zum 1. April 2004 vom „Munitionshauptdepot“ zum „Depot/Lager“ herabgestuft. Im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr soll es bis Ende 2010 ganz geschlos-

sen werden. Auf der gesamten Liegenschaft befinden sich 78 Munitionsbunker, 9 Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, 10 Werkhallen, ca. 20 Lagergebäude, ein Gleisanschluss sowie ein ca. 19 km umfassendes befestigtes Wegenetz.

85 Hektar der Fläche, die früher im Besitz der Landesforstverwaltung RLP waren, befinden sich aktuell im Eigentum des Bundes, die übrigen Flächenanteile sind als Eigentum der Ortsgemeinden Rheinböllen und Ellern an den Bund unbefristet verpachtet. Das Depot liegt vollständig im Landschaftsschutzgebiet Soonwald und im neu gegründeten „Naturpark Soonwald-Nahe“.

Dem Standort kommt aufgrund der besonderen Lage an den großräumigen Entwicklungsachsen A 61 und B 50 / Flughafen Frankfurt-Hahn eine besondere Bedeutung zu.

Ziel der Standortentwicklung ist eine für alle Beteiligten nachhaltige Entwicklungsperspektive als Grundlage für einen kooperativen Entwicklungsansatz.

Nach Abzug der Bundeswehr geht die Liegenschaft in das Eigentum des Bundes über.

Von ursprünglich 120 Beschäftigten sind derzeit noch 28 Personen vor Ort tätig. Bis auf wenige Ausnahmen ist die Folgebeschäftigung der verbleibenden Personen bereits gesichert.

20. Saarburg

Der im Jahr 2010 stattfindende Abzug des französischen 16. Jägerbataillons aus Saarburg hat die Schließung des Militärstandortes Saarburg zur Folge. Diese Standortschließung, eine Maßnahme zur Einsparung von Personalkosten im Rahmen der „Révision Générale des Politiques Publiques (RGPP)“, wird vorhersehbare strukturelle Veränderungen für die Region mit sich bringen. Davon wird die Stadt Saarburg mit ihrer Funktion als Mittelzentrum vermutlich am stärksten betroffen sein.

Mit dem Abzug der letzten französischen Garnison in Deutschland werden rund 40 ha bebaute Fläche für eine zivile Nachnutzung frei. Betroffen von der Konversion sind das Kasernengelände mit angeschlossenem Standortübungsplatz sowie die

Im Hinblick auf die Nutzungseignung weist der Standort aufgrund der verkehrsgeografisch herausragenden Lage eine hohe Eignung für Gewerbe und Logistik auf.

Für die nicht baulich zu entwickelnden Teile der Liegenschaft ist eine Renaturierung vorgesehen. Die Flächen sollen für Freizeit- und Erholungszwecke bzw. als Ausgleichsfläche zur Verfügung gestellt werden. Interessant hierfür ist vor allem der eigentliche Bunkerteil, der ein hohes Entsiegelungspotential aufweist. Zur Rekultivierung ist eine Verfüllung und Anböschung der Anlagen vorgesehen sowie die Behebung der Zerschneidung durch Straßen und Wege. Die Wälder im Depot sind insgesamt als sehr naturnah einzustufen und umfassen hochwertige und bis zu 200 Jahre alte Eichenbestände. Der Bundesforst hat bereits Interesse an den Waldflächen bekundet.

Eine gemeinsame Entwicklung der Fläche „Fischlerbachtal“ durch Kommune und Bund ist vorgesehen.

benachbarten Wohnbereiche Cité Nord und Cité Sud, weitere Einzelgebäude wie das Maison de France und die französische Grundschule.

Ihre Hauptaufgabe sieht die Stadt Saarburg darin, den Konversionsprozess hin zu einer nachhaltigen zivilen Nutzung zu gestalten und auf die prognostizierte demografische Entwicklung in den kommenden Monaten angemessen zu reagieren. Um die mittelzentrale Funktion Saarburs zu stützen, ist die Stadt auf konstante Bevölkerungsgewinne angewiesen, wodurch der Wohnfunktion eine besondere Bedeutung zukommt. Saarburg weist einen engen räumlichen und funktionalen Bezug zur Stadt/Region Trier und zu Luxemburg auf. Dem Grenzraum Trier-Luxemburg und dem Entwicklungsbereich Trier/Luxemburg wird

gemäß LEP IV langfristig die Entwicklung zu einer polyzentrischen und grenzüberschreitenden Metropole in der Großregion zugeschrieben. Darüber hinaus ist zur Ausschöpfung der Potenti-

ale der deutsch-luxemburgischen Verflechtungsbeziehungen die Durchführung eines grenzübergreifenden Entwicklungskonzeptes Trier-Luxemburg geplant.

21. Speyer

Quartier Normand

Die Flächen der ehemaligen französischen „Kaserne Normand“ in Innenstadtlage weisen ein Entwicklungspotenzial von ca. 10 ha auf und wurden bereits 1997 durch die französischen Streitkräfte als ehemaligem Nutzer freigegeben. Die Stadt Speyer hat die Kaserne 1998 vom Bund erworben und entwickelt sie auf der planungsrechtlichen Grundlage einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme.

Neben der unterstützenden Funktion der städtischen Wohnungsbaugenossenschaft in Planungs- und Umsetzungsfragen konnten bereits frühzeitig Investoren für die Modernisierung der denkmalgeschützten Bestandsgebäude und für die Entwicklung der ehemaligen Exerzierflächen zu Wohn- und Gewerbeflächen gefunden werden. Entwicklungsziel ist eine Mischnutzung mit den Bereichen Wohnen, Gemeinbedarfseinrichtungen, Gewerbe, Dienstleistung und Handel.

Im Zusammenhang mit den städtebaulichen Planungen wurde auch ein regeneratives Energiekonzept erarbeitet, das mit EU-Mitteln gefördert wurde. Grundlage ist die Nutzung der Nahwärme auf Basis von Biomasse (Holzhackschnitzelheizung) und solarer Energie (Thermie), die Einhaltung des Niedrigstenergiestandards bei Neubauten sowie die energetische Sanierung der Altbauten.

Das ehemalige Kasernenareal ist geprägt durch eine denkmalgeschützte Anlage mit Gebäuden aus dem Jahre 1888, die den äußeren Rahmen der Bebauung bildet. Die vorliegende Planung sieht für diesen historischen Kernbereich einen modernen Stadtvillentyp in einer parkähnlichen Landschaft

vor. Der ehemalige Exerzierplatz soll zu einem grünen Quartiersplatz umgestaltet werden. Zur Sicherung der städtebaulichen Qualität wurde für den Neubaubereich ein städtebaulicher Wettbewerb „Wohnen im Quartier Normand Speyer“ durchgeführt. Die vier bestehenden denkmalwürdigen Kasernengebäude, mit einer Gesamtfläche von ca. 8.500 m² sind durch die Firma Osika GmbH umfassend energetisch und unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten saniert und bereits größtenteils neuen Nutzungen für Wohnen, Gesundheitsdienstleistungen und Arztpraxen zugeführt. Diese sanierten Bestandsgebäude wurden bereits in vorbildlicher Weise als „Best-Practice-Projekte“ der Energieagentur Speyer-Neustadt/Südpfalz saniert. Unter anderem konnte dieser Beitrag hochwertiger energetischer Bauweise im Bestand durch den Investor anlässlich der europäischen Konferenz in Warschau für nachhaltiges Bauen SB04 vorgestellt werden und wurde vom Komitee der Regionalkonferenz für Zentral- u. Osteuropa sowie dem Komitee der Weltkonferenz SB05 mit dem ersten Award ausgezeichnet. Neben der Wohnnutzung stehen Flächenangebote der sozialen Infrastruktur zur Verfügung.

Ein Alten- und Pflegeheim der Evangelischen Diakonissenanstalt, das Haus der Vereine und das Haus der Jugendförderung als städtische Gemeinbedarfseinrichtungen wurden in bestehenden Gebäudebereichen saniert und modernisiert. Ein Neubau der Lebenshilfe in hochwertiger energiesparender Bauweise beherbergt nunmehr 10 Wohngruppen behinderter Menschen und dient als Tagesförderstätte mit 1.300 m² Nutzfläche für ca. 30 Senioren sowie Schwerst- und Mehrfachbehinderte.

Zur Versorgung des neuen städtischen Wohngebietes konnte ein Lebensmittelmarkt im Bereich der Zufahrt der B39 angesiedelt werden. Dieser deckt nicht nur den Bedarf des Gebietes, sondern trägt auch darüber hinaus indirekt dazu bei, die

22. Traben-Trarbach

Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr

Nach der Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) vom 10.04.2007 soll das Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr (AGeoBw) in Traben-Trarbach geschlossen werden. Personal und Einrichtungsgegenstände werden aus militärisch-funktionalen und betriebswirtschaftlichen Gründen mit der Dienststelle in Euskirchen zusammengeführt. Nach aktueller Bundeswehrplanung soll die Liegenschaft Ende 2011 geräumt und der Standort gleichzeitig geschlossen werden. Dadurch fallen 373 überwiegend hochqualifizierte Dienstposten sowie 20 Stellen des Küchen- und Wachpersonals weg. Bereits seit 2001 wird das Personal sukzessive nach Euskirchen versetzt. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Beschäftigten – ggf. mit Familie – den Wohnsitz nach Euskirchen verlagert. Durch die Standortschließung werden schätzungsweise die regionalwirksame Nachfrage um 2,5 Mio. € zurückgehen und 20 indirekte Arbeitsplätze wegfallen.

Die Hauptliegenschaft des AGeoBw in Traben-Trarbach befindet sich oberhalb der Stadt auf dem sogenannten Mont Royal. Sie umfasst rund 15,2 ha und grenzt an ein bestehendes Gewerbegebiet. Auf dem Konversionsgelände befinden sich acht einzelne Gebäude mit rund 14.500 qm Nutzfläche. Eine besondere Immobilie bildet ein autarker Schutzbau mit fünf Stockwerken.

Eine zweite Bundeswehrliegenschaft ist die Wildsteinkaserne im Stadtteil Bad Wildstein mit insgesamt 5,3 ha Fläche. Davon wurden im Rahmen der Zusammenlegung des AGeoBw bereits 1997 4,3 ha und 2006 das restliche Areal

Verzahnung des ehemals abgeschlossenen Kasernenbereiches in das städtische Gefüge zu verstärken. Bisher konnten im Quartier direkt ca. 140 Arbeitsplätze geschaffen werden.

aufgegeben. Die 4,3 ha befinden sich seit März 2002 in Privatbesitz. Auf dem restlichen Teil der Liegenschaft stehen vier Gebäude. Deren Nutzfläche beträgt rund 4.000 qm.

Gemeinsam mit der örtlichen Projektgruppe der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach (VG) haben die Vertreter der Konversionsressorts der Landesregierung konversionsrelevante Handlungsansätze für das Gebiet der VG erarbeitet. Sie beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Raumkonversion, um frühzeitig, d. h. noch vor der eigentlichen Schließung, reagieren zu können. Die – empfohlenen – konversionsrelevanten Handlungsansätze sind:

- Positionierung als hochwertiger Wohnort für Beschäftigte des Flughafens Frankfurt-Hahn inkl. Umfeld,
- Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die bestehenden Gewerbegebiete,
- Verbesserung des touristischen Angebots und langfristige Qualitätssicherung,
- Prüfung geeigneter Optionen für die zukünftige Nutzung der beiden Liegenschaften,
- Sicherung der Kohärenz potenzieller Maßnahmen.

Darüber hinaus hat die örtliche Projektgruppe folgende weitere Maßnahmen vorgeschlagen:

- Stärkung des Dienstleistungsgewerbes,

- Nutzung der vorhandenen Thermalquellen im Bereich der Geothermie sowie des vorhandenen Potenzials im Bereich Wasserkraft,
- Stärkung und Sicherung der Funktionsfähigkeit von Traben-Trarbach als Mittelzentrum.

Zur Sicherung der Kohärenz der Empfehlungen wurden zwischen Land und Kommune folgende erste Maßnahmen vereinbart:

23. Trier

23.1 Petrisberg

Die größte Konversionsmaßnahme in Trier, das Schlüsselprojekt der Stadt, wird auf einer Fläche von ca. 56 ha östlich über der Innenstadt, in unmittelbarer Nähe zur Universität, seit dem Jahr 2002 verwirklicht. Die Stadt Trier hat zunächst die Flächen vom Bund erworben und um Flächen des Landes und Privater ergänzt. Eine von privaten Gesellschaftern und der Stadt Trier gegründete Entwicklungsgesellschaft (EGP) ist für die Umsetzung der städtebaulichen und Nutzungsziele zuständig. Das städtebauliche Rahmenkonzept verfolgt im Einzelnen vier Ziele: langfristig die weitere Entwicklung der Universität, daran angekoppelt die Entwicklung eines privatwirtschaftlich dominierten Wissenschaftsparks, der die innovativen und kreativen Unternehmen der Region bündeln soll, die Entwicklung hochwertiger Wohnflächen in Stadtnähe und in bester Lage sowie den Erhalt der im Rahmen der Landesgartenschau 2004 geschaffenen Daueranlagen.

Kernpunkt des Wissenschaftsparks sind die hochwertig und anspruchsvoll modernisierten ehemaligen Unterkunftsbauwerke der ehemaligen Kaserne Belvédère. Auf 22.000 m² Büro-, Labor- und Klinikflächen, die von der EGP erstellt wurden, sind über 100 Unternehmen aus den Branchenclustern IT und TK, Ingenieurdienstleistungen, Medien & Design, unternehmensnahe Dienstleistungen und der Gesundheitswirtschaft ansässig.

1. Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts für Traben-Trarbach und
2. Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die VG Traben-Trarbach.

Des Weiteren soll untersucht werden, ob die Standortschließung negative Effekte auf benachbarte Verbandsgemeinden bewirkt und gegebenenfalls wie diesen mit welchen geeigneten Maßnahmen wirksam begegnet werden kann.

Bislang konnten im Wissenschaftspark über 900 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Wohnbauflächen sind weitgehend vermarktet und größtenteils bebaut. Die durch einen städtebaulichen Beirat begleiteten Bauvorhaben haben aufgrund ihrer hohen qualitativen Standards überregional Anerkennung erfahren. Innovative Wohnkonzepte der EGP wurden von den privaten Nachfragern positiv aufgenommen und haben daher auch im Wohnbereich die schnelle Entwicklungsdynamik dieses Konversionsgeländes untermauert.

Der Standort Petrisberg hat sich aufgrund der infrastrukturellen Investitionen in die Schaffung eines vielfältigen und anspruchsvoll gestalteten Landschaftsraums mit integrierten Spiel- und Sporteinrichtungen zu einem sehr beliebten Ausflugsziel entwickelt. Die Konversionsziele konnten in relativ kurzer Zeit bereits weitgehend erreicht werden.

23.2 Universität Trier, Andre-Genet Gebäude

Das Land hat das Gelände mit einer Grundstücksfläche von rd. 11 ha 1997 erworben. Der Hoch- und Flachtrakt des ehemaligen französischen Militärhospitals Andre-Genet auf dem



Trier, Petrisberg



Trier, Petrisberg

Petrisberg wurden für die Universität Trier mit einem Gesamtkostenaufwand von ca. 52 Mio. € ausgebaut. Die genehmigte Hauptnutzfläche beträgt ca. 15.700 m². Baubeginn war im Frühjahr 2001, die Sanierungen im Hochtrakt des Gebäudes wurden im Laufe des Jahres 2003 abgeschlossen.

Die Baukosten für diese Teilbaumaßnahme betragen rd. 44,4 Mio. €. Die Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Flachtraktbereich des Gebäudes wurden im Jahre 2006 abgeschlossen: Hierfür hat das Land Haushaltsmittel in Höhe von rd. 8,4 Mio. € verausgabt.

Nach den Um- und Erweiterungsmaßnahmen werden der achtgeschossige Hoch- und der

Flachtrakt für die Fächer Informatik, Geowissenschaften, Geografie und für weitere wissenschaftliche Einrichtungen genutzt, darunter das renommierte Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft (IAAEG) sowie das Institut für Umwelt- und Technikrecht (IUTR), die beide zuvor an extern angemieteten Räumlichkeiten untergebracht waren. Die Universität Trier hat mit 7.000 flächenbezogenen Studienplätzen zwar ihr ursprüngliches Ausbauziel erreicht, wächst aber kontinuierlich weiter. Sie hat inzwischen ihr Studienangebot, beispielsweise im Lehramtsbereich, weiter arrondiert und mit nunmehr 14.320 Studierenden nach den vorläufigen statistischen Erhebungen im Wintersemester 2009/2010 ihren bisherigen Höchststand an Studierenden erreicht.



Trier, Petrisberg



Universität Trier, Campus

24. Westerburg

Wäller-Kaserne und Standortübungsplatz

Die Wäller-Kaserne (37 ha) und der Standortübungsplatz (232 ha) wurden Ende 2006 von der Bundeswehr geräumt. Westerburg wird täglich von rund 5.000 Schülern und Auszubildenden frequentiert und gilt damit als Schul- bzw. Berufsbildungsstandort im Westerwald. Vor diesem Hintergrund beinhalten die konzeptionellen Entwicklungsüberlegungen seitens Kommunen und Land für die Konversion der Wäller-Kaserne

den Schwerpunkt bildungsbezogener Gewerbe- und Dienstleistungspark. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die die Liegenschaft gegenwärtig verwaltet, hat das Gelände bundesweit ausgeschrieben. Nachdem sich kein Gesamtinvestor für das Kasernengelände gefunden hat, wurde 2010 ein Masterplan für die Wäller-Kaserne erarbeitet, der als Grundlage für die weitere Entwicklung dienen wird.

25. Worms

25.1 Prinz-Carl-Anlage



Worms, Prinz-Carl-Anlage

Die amerikanische Takkunen-Kaserne nördlich des Stadtzentrums mit einer Fläche von ca. 7,2 ha wurde 1996 aufgegeben. Die Kaserne wurde überwiegend (rd. 3 ha) von einem privaten Investor vom Bund erworben. Eine Teilfläche (ca. 2,4 ha) hat die Stadt Worms erworben, um neben der Anlage einer öffentlichen Grünfläche und der öffentlichen Erschließung auch zu gegebener Zeit eine städtische oder weitere private Nutzung zu verwirklichen. Angestrebt wurde eine Mischnutzung mit den Bereichen Kultur, Bildung, Technologie, Dienstleistung, Wohnen und soziale Einrichtungen. Die Entwicklung erfolgte über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme. Auf der Grundlage eines städtebaulichen Vertrages ist die Umnutzung zu einem Gewerbe- und Dienstleistungspark inzwischen vollzogen. Die historischen Gebäude wurden durchgreifend modernisiert und individuell für die künftige Nutzung hergerichtet.

Alle Gebäude sind vermarktet und werden ausgesprochen vielseitig und unterschiedlich genutzt, z.B. Parkhotel Prinz-Carl, Bildungseinrichtungen (CJW oder IBLA Germany GmbH – International Business And Language Academy), Reha-Zentrum Worms, Staatliches Ballettinstitut Rheinland-Pfalz, Kunsthaus mit 18 Künstlerateliers, IB Internationaler Bund sowie ein Ingenieur-Büro (Hydroplan Ingenieur-Gesellschaft mbH). Insgesamt sind etwa 40 verschiedene Mieter in die Gebäude eingezogen. Die Vielfalt der Nutzung macht auch den besonderen Reiz der Prinz-Carl-Anlage aus. Die innere Verkehrserschließung ist erfolgt. Die noch ungenutzte städtische Freifläche soll zur Stärkung der privaten Investitionen beitragen. Die erfolgreiche Konversionsmaßnahme ist weitgehend abgeschlossen. Bisher sind über 310 Arbeitsplätze geschaffen worden.

25.2 Liebenauer Feld

Die amerikanische Wohnsiedlung Thomas-Jefferson-Village mit einer Fläche von 14 ha wurde 1999 freigegeben. Die Anlage soll für öffentliche Zwecke und für Wohnzwecke genutzt werden. Die Entwicklung erfolgt als städtebauliche Sanierungsmaßnahme.

Die Stadt Worms hat das Schulgelände im Zentrum der Liegenschaft gekauft, die Gebäude wurden 2000 mit Förderung aus dem Investitionsstock renoviert und die Westend-Grundschule dorthin verlagert. Das familienfreundliche Konzept rundet in Zukunft noch eine Kindertagesstätte, die zur Zeit im Bau ist, ab.

2002 hat die Liebenauer Feld GmbH, bestehend aus einem Osthofener Bauunternehmen und der Wohnungsbau GmbH Worms, das restliche Areal mit rund 330 Wohnungen vom Bund erworben. Diese Verbindung von privaten Investoren und Stadt sowie Land, die so genannte Private-Public-Partnership (PPP-Modell), machte es möglich, dass die Sanierung und Entwicklung des Gebietes rasch vorangebracht werden konnte. Vorgesehen ist die Schaffung eines allgemeinen Wohngebiets mit einem vielfältigen Wohnungsangebot von Mehrgeschosswohnungsbau in modernisierten Gebäuden und Neubauten über so genannte Stadthäuser bis hin zu Reihen- und Doppelhäusern. Im Bereich der Liebenauer Straße ist eine stärkere Mischung mit Gewerbe und Einzelhandel etc. vorgesehen.

25.3 Fachhochschule Worms, De-La-Police-Kaserne

Das Land hat zur Erweiterung der Fachhochschule Worms das Gelände und die Gebäude der ehemaligen De-La-Police-Kaserne im Jahre 1997 zu einem Preis von 1.076.000 € erworben.

Im Zuge der Umbaumaßnahmen wurden das alte Verwaltungsgebäude und das ehemalige Lazarett so hergerichtet, dass in den beiden Altgebäuden

Nach Freiräumen eines Teils der Fläche wurde 2005 mit dem Bau der Lebenszyklushäuser in Reihen- und Doppelhausform, die ein attraktives Angebot für unterschiedliche Wohnformen und Nutzergruppen bieten, begonnen. Insgesamt wurden 14 Reihenhäuser gebaut und teilweise bereits bezogen. Ein erheblicher Teil der bestehenden Wohngebäude wird allerdings erhalten. Etwa 190 ehemalige Militärwohnungen sollen im Laufe der Jahre an selbstnutzende Eigentümer für Wohnzwecke veräußert werden. Bis Ende 2009 wurden zehn Gebäude mit insgesamt 148 Wohnungen mit einer Wohnfläche von rund 14.000 m² modernisiert. Davon wurden bereits 126 an Interessenten veräußert. Seit 2005 rundet ein Studentenheim das Wohnangebot ab. In der Von-Steuben-Straße wurde 2006 ein Blockheizkraftwerk mit regenerativen Energieformen errichtet. Es deckt 80 bis 90 Prozent des Energiebedarfs für ca. 2000 Haushalte sowie für 8000 m² Büro- und Ladenfläche der nächsten Umgebung.

Das Erschließungskonzept des Liebenauer Feldes baut auf dem vorhandenen Straßennetz auf, wobei die bestehenden Erschließungsanlagen vollständig erneuert werden müssen. 2005 wurde die neu gestaltete Von-Steuben-Straße fertig gestellt. Weitere neue Straßen und Wege werden das vorhandene Netz ergänzen. Der innere Bereich der Anlage wird zusätzlich durch großzügige Grünflächen ansprechend gestaltet.

eine Hauptnutzfläche von insgesamt 657 m² entstand. Auf dem gleichen Gelände entstand im März 2005 unter weitgehender Schonung des wertvollen Baumbestandes der Neubau N mit 3.396 m² Labor-, Seminar- und Hörsaalflächen. Das Gebäude O mit 1.164 m² Forschungsflächen folgte in 2006 und konnte bis zum Ende des Jahres 2007 fertig gestellt werden.

Die Baumaßnahmen auf dem Konversionsgelände sind abgeschlossen, nun folgt die Sanierung des vorhandenen Baubestandes der Fachhochschule Worms auf dem Stammgelände. Die dortigen Gebäude A, B, C und D werden schrittweise saniert, die errichteten Neubauf Flächen auf dem Konversionsgelände dienen insoweit zunächst als Ausweichflächen für Hochschuleinrichtungen.

Die Gesamtkosten der Maßnahmen betragen einschließlich Ersteinrichtungskosten ca. 40 Mio. €.

Durch die Fertigstellung der Bauvorhaben werden sich die Arbeitsbedingungen für die Studierenden und die Beschäftigten der Fachhochschule Worms weiter verbessern. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit des Standortes im zukünftig verstärkten Wettbewerb der Fachhochschulen gestärkt. Somit ist auch ein Stück Zukunftssicherung für diesen Standort betrieben worden. Die Hochschule wird vor allem durch spezielle betriebswirtschaftliche Studiengänge geprägt, bietet aber auch mathematisch-naturwissenschaftliche Studiengänge an.



Fachhochschule Worms, Campus

26. Zweibrücken

26.1 Flughafen

Allgemein

Der US-Luftwaffen-Stützpunkt Zweibrücken war das erste Konversionsprojekt in Rheinland-Pfalz. Hier begann der Abzug der amerikanischen Truppen 1990; Ende 1991 verließen die letzten Amerikaner und Zivilbeschäftigten den Flugplatz.

Zwischenzeitlich hat sich der Flughafen Zweibrücken nicht nur zu einer tragenden Säule, sondern zu einem Motor für die Wirtschaft der Region entwickelt. Während das Militär ehemals rd. 350 zivile Arbeitskräfte beschäftigte, ist die Zahl der Arbeitsplätze auf dem Flughafen Zweibrücken im Jahr 2009 auf über 2.600 gestiegen. Damit verdienen auf dem Flughafen heute fast achtmal so viele Menschen ihren Lebensunterhalt, wie dies in Zeiten der militärischen Nutzung der Fall

war. Dies ist gerade in einer Region, in der die Arbeitslosenquote¹ (Dez. 2009: 8,1%) deutlich über dem Landesdurchschnitt (Dez. 2009: 5,7%) liegt, von besonderer strukturpolitischer Bedeutung.

Berücksichtigt man die mittelbaren Beschäftigungseffekte, so beträgt die Gesamtzahl der am Flughafen und in der Region entstandenen Arbeitsplätze mehr als 4500. Dadurch ergeben sich allein Steuerzuflüsse und ersparte Sozialkosten von jährlich rd. 23 Mio. €. Die jährliche Bruttowertschöpfung liegt deutlich über 200 Mio. €.

¹ bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen



Flughafen Zweibrücken, Terminal



Flughafen Zweibrücken, Kletterpark Camp 4



Flughafen Zweibrücken, Eingang MIP



The Style Outlets, Zweibrücken

Vier-Säulen-Konzept als Modellbeispiel für erfolgreiche Konversion

In Zweibrücken ist das Vier-Säulen-Konzept aus Flugbetrieb, Style Outlet, Multimedia-Internet-Park und dem Freizeit- bzw. Tourismussektor aufgegangen und gilt zwischenzeitlich als Modellbeispiel für Konversion, bei dem ein ehemaliges Militärgelände über den zivilen Flugbetrieb hinaus in einer strukturschwachen Wirtschaftsregion als Gewerbestandort entwickelt wurde.

In der Säule Flugbetrieb verzeichnete der Flughafen mit 338.219 Passagieren (+ 3,4 %) einen neuen Passagierrekord, während der Flughafenverband 2009 einen Rückgang der Fluggäste (- 4,8 %) verzeichnete.

Damit hat sich die Zahl der Fluggäste seit 2006 mehr als verfünffacht. Wichtigste Stützpfeiler sind die Berlin-Verbindung der Germanwings nach Schönefeld seit dem 15. September 2006 (montags bis freitags zweimal und am Wochenende jeweils einmal täglich) und der Ferienverkehr der TUIfly beginnend mit dem Sommerflugplan 2007.

Zurzeit fliegen drei Fluggesellschaften TUIfly, Germanwings und Sky-Airlines regelmäßig von und nach Zweibrücken. Dies zeigt, dass der Flughafen Zweibrücken alle Voraussetzungen für internationalen Flugbetrieb auf wettbewerbsfähigem Niveau besitzt und es trotz der Nähe zum Saarbrücker Flughafen möglich ist, ausreichende Verkehrszahlen innerhalb des länderübergreifenden Einzugsgebiets zu generieren.

Ein Beleg dafür, dass sich gerade die Säule Flugbetrieb herausragend entwickelt hat, ist nicht zuletzt der Umstand, dass das nach einer wissenschaftlichen Studie des Zentrums für Recht und Wirtschaft des Luftverkehrs (ZFL / FH Trier) aus dem Jahr 2005 für das Jahr 2015 ermittelte Passagierpotential von 335.000 bereits 2009 überschritten wurde.

Voraussetzung für den Erfolg war die Aufrüstung der vorhandenen flugbetrieblichen Infrastruktur auf moderne und wettbewerbsfähige Standards. Die Start- und Landebahn verfügt über eine physische Länge von 3.250 m und eine Betriebsgenehmigung mit Nachtflugmöglichkeit. Sie ist mit Instrumentenanflug in beiden Richtungen ausgestattet und besitzt umfangreiche Vorfeld- und Abfertigungsflächen für den Passagier- und Frachtverkehr. Das Terminal ist 2007/2008 umgebaut worden und besitzt eine jährliche Kapazität von rund 500.000 Passagieren. Um eine schnelle und sichere Betriebsabwicklung nachhaltig zu gewährleisten, wurde 2009 die Start- und Landebahn umfassend saniert und eine Mittellinienbefehuerung sowie eine neue Anflugbefehuerung

eingebaut, um auch bei schlechten Witterungsverhältnissen Präzisionsanflüge zu ermöglichen.

Mit Datum vom 22. Januar 2010 wurde Flughafen Zweibrücken von der Luftfahrtbehörde zum Verkehrsflughafen heraufgestuft. Dieser Schritt war eine konsequente Anpassung an den zwischenzeitlich erreichten Status im Flugbetrieb.

Im Multi-Media-Internetpark (MIP) werden junge Unternehmen der Branche mit besonderen Förder-, Marketing- und Dienstleistungskonzepten beim Aufbau und bei der Entwicklung ihres Geschäfts aktiv begleitet. Die ehemals von den amerikanischen Streitkräften genutzte Schule und Sporthalle mit den vorhandenen Verbindungsbauten wurde hierfür umgebaut. Die ersten Firmen hatten sich bereits Anfang 1998 angesiedelt. Gegenwärtig ist das Zentrum mit mehr als 30 jungen Unternehmen und über 700 Arbeitsplätzen auf einer Fläche von nahezu 4.500 qm fast gänzlich ausgebucht.

The Style Outlets in Zweibrücken ist Deutschlands größtes Fabrikverkaufszentrum für Design-



Ehemaliger US-Flugplatz Zweibrücken, US-Flugzeug bei der Wartung



Ehemaliger US-Flugplatz Zweibrücken, Phantoms vor Shelter

nerware und das einzige Outlet Europas mit direktem Flughafenanschluss. Das Outlet ist inzwischen einer der größten Arbeitgeber in der Region. Die Zahl der Arbeitsplätze ist von 278 (Ende 2001) auf knapp 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestiegen.

Der neue Eigentümer, die spanische NEINVER-Gruppe konnte nicht nur die Besucherzahlen aus dem bisherigen Rekordjahr (2008) auf nunmehr 2,5 Mio. in 2009 steigern, sondern – gegen den Trend im Einzelhandel – auch den Umsatz in 2009 um 26 % erhöhen. Wegen der positiven Gesamtentwicklung ist es nur folgerichtig, dass 2010 die vierte Bauphase verwirklicht wird. Zu den bisher 100 Geschäften sollen zur Eröffnung im Oktober 30 neue hinzukommen und ca. 100 - 150 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Künftig werden somit knapp 1000 Menschen im Outlet beschäftigt sein.

Das Outlet hat sich aber nicht nur zu einem Beschäftigungs-, sondern auch zu einem Tourismusmagnet entwickelt und bringt Kaufkraft in die Region. Nach Untersuchungen kommen 60 % der Kunden nicht aus Rheinland-Pfalz und zwei von drei Kunden reisen aus mehr als 50 Kilometer Entfernung an. Um die beeindruckende Zahl der Outletbesucher auch für die Region noch stärker zu nutzen, wird über die eigens eingerichtete Tourist-Info im Zentrum des Outlets ver-

sucht, die Besucherinnen und Besucher auch für die Region und die Zweibrücker Innenstadt zu gewinnen.

Auch die eng mit dem Outlet verbundene Säule Freizeit/Tourismus entwickelt sich zunehmend besser. Ende Mai/Anfang Juni wird der Familien-Freizeit-Park WORLD OF FUN in der umgebauten Eissporthalle eröffnet. Dann werden eine Bowling-Anlage, ein Indoor-Kinderpark sowie ein Erlebnis-Minigolf eröffnet und die Gastronomie entsprechend erweitert. Die Gesamtinvestitionssumme beträgt ca. 6 Mio. Euro. Um das Besucheraufkommen am DOZ für eine touristische Wertschöpfung in der Region stärker zu nutzen, plant die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land, in das bereits bestehende INTERREG-Projekt „Rückenwind“ einzusteigen, mit dem Radrundwege mittels elektrisch unterstützten Fahrrädern auch für Ungeübte nutzbar gemacht werden sollen.

Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen

Der Zweckverband Entwicklungsgebiet Flugplatz Zweibrücken (ZEF) hat zwischenzeitlich auf dem „Areal Steitzhof und Umfeld“ in unmittelbarer Nähe zum Flugplatz Zweibrücken größere zusammenhängende Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen. 2010 siedelt sich mit der Verope AG das erste Unternehmen an; es errichtet und

betreibt ein Service-, Entwicklungs- und Logistikzentrum zur Konfektionierung von Krankkomponenten.

26.2 Kreuzberg-Kaserne

Teilbereich Kasernengelände/Sanierungsgebiet: Das frühere Kasernenareal mit ca. 30,8 ha, wurde 1997 von der Stadt erworben und 1999 als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Eine Erweiterung erfolgte im Jahr 2003 mit dem Erwerb restlicher Flächen des ehemaligen Kasernengeländes und des daran angrenzenden MOB-Stützpunktes der Bundeswehr. Getrennt durch die Amerikastraße werden zwei Teilgebiete entwickelt: Westlich der Amerikastraße sind hochwertige Gewerbeflächen in unmittelbarer Nähe zum Fachhochschulstandort Zweibrücken erschlossen. Neben der Vermarktung der individuell parzellierbaren Flächen und der Vermietung von Gewerbeflächen im ehemaligen MOB-Stützpunkt sind in diesem Gewerbebereich auch vier stadtbildprägende Kasernengebäude aus den 30er Jahren zu erhalten und umzubauen. Dieses Ziel ist im Wesentlichen erreicht, denn der Umbau des von der GeWoBau GmbH Zweibrücken erworbenen Gebäudes 4003 konnte Ende 2008 abgeschlossen werden. Ein Mieter, der früher im Gründerzentrum ergoZ eingemietet war, ist im Berichtszeitraum in das umgebaute Gebäude umgezogen. Der Auslastungsgrad des ergoZ belief sich vor diesem Hintergrund noch auf 75 %.

In dem Wohngebiet östlich der Amerikastraße vermarktet die Stadt seit Ende 2003 die insgesamt 58 voll erschlossenen Bauplätze. Davon konnten inzwischen 44 Grundstücke veräußert werden. Der als Mischgebiet ausgewiesene Teilbereich an der Amerikastraße (ca. 10 Bauplätze) wird ebenfalls von der Stadt vermarktet. In diesem Bereich konnten im Berichtszeitraum zwei weitere Parzellen für Wohnzwecke veräußert werden.

Im Bereich des Sanierungsgebiets sind bislang ca. 400 Arbeitsplätze entstanden.

26.3 Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Zweibrücken

Der Standort Zweibrücken der Fachhochschule Kaiserslautern wurde im Zuge der Konversion gänzlich neu geschaffen. Er beinhaltet die beiden Fachbereiche „Betriebswirtschaft“ und „Informatik und Mikrosystemtechnik“.

Der vom Land angekaufte Nord-West-Abschnitt der Kasernenanlage wird seit dem Wintersemester 1994/95 von der Fachhochschule Kaiserslautern genutzt. In einem ersten Bauabschnitt (Baukosten rd. 5,3 Mio. €) wurden 3.772 m² Hauptnutzfläche, in einem zweiten Bauabschnitt (Baukosten rd. 40,6 Mio. €) 8.924 m² Hauptnutzfläche hergerichtet. Auch die Ersteinrichtungsmaßnahme ist abgeschlossen; die Gesamtinvestitionen – bezogen auf die Baumaßnahme – belaufen sich auf 50,4 Mio. € incl. der Errichtung des Büchergrundstocks, der im Jahre 2005 vervollständigt wurde.

Einschließlich der Kosten des dort seit 1994 aufgenommenen Studienbetriebs (Personal-, Betriebskosten etc.) belaufen sich die Gesamtaufwendungen für dieses Projekt auf 127.087.600 €.

Im Wintersemester 2009/2010 waren 2.379 Studierende am Standort Zweibrücken eingeschrieben.

Das Studienangebot dieses Standortes umfasst sowohl Studiengänge des technisch-naturwissenschaftlichen Bereichs als auch solche der Betriebswirtschaft. Das Studienprogramm wurde zwischenzeitlich vollständig in die gestufte Studiengangsstruktur mit Bachelor- und Masterabschlüssen überführt. Derzeit werden am Standort Zweibrücken der Fachhochschule Kaiserslautern insgesamt 13 Bachelor- und neun Masterstudiengänge angeboten. Weitere Studiengänge sind in Planung.

Mit dem Aufbau des Standortes hat das Land Rheinland-Pfalz ein attraktives Studienangebot und –umfeld bereit gestellt, das von den Studierenden angenommen wird.

II BESCHÄFTIGUNGS- KONVERSION

Auch nach inzwischen fast 20 Jahren stellt die Beschäftigungskonversion im Rahmen der Konversionspolitik des Landes Rheinland-Pfalz einen wichtigen Handlungsschwerpunkt dar. Aufgrund der sich nach wie vor ändernden nationalen und auch internationalen Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren sind die Transformation der Bundeswehr und auch die Neuordnung der US-Streitkräfte in Europa noch immer nicht abgeschlossen.

Seit dem Beginn der Beschäftigungskonversion in Rheinland-Pfalz verloren weit über 30.000 Zivilbeschäftigte ihre Arbeitsplätze und nahmen das Angebot einer individuellen begleitenden Beratung und Unterstützung in Anspruch. Die Chancen eines Beschäftigtertransfers vom militärischen Sektor auf den zivilen Arbeitsmarkt werden durch dieses besondere Hilfspaket deutlich verbessert, weshalb die vielfältigen

Angebote seitens der Betroffenen eine große Wertschätzung erfahren.

Die bereits seit dem Jahr 2002 fortschreitende Transformation der Bundeswehr führt auch heute noch zu großer Verunsicherung. Der Personalbestand der Wehrbereichsverwaltung West, der die vier Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz beinhaltet, wurde seit 1990 von ehemals über 50.000 auf heute noch rund 23.500 mehr als halbiert. In Rheinland-Pfalz wird davon ausgegangen, dass die Zielgröße von etwa 3.300 verbleibenden Dienstposten für das Jahr 2010 erreicht wird. Dies würde bedeuten, dass seit Ende 2007 die Anzahl der zivilen Dienstposten insgesamt um etwa 6.000 reduziert worden wäre. Der Transformationsprozess der Bundeswehr ist jedoch noch immer nicht abgeschlossen. So sollen von den noch vorhandenen ca. 5.300 Dienstposten noch weitere 2.000



Qualifizierungsmaßnahme des MASGFF für Berufskraftfahrer

abgebaut bzw. nicht nachbesetzt werden, um die Zielstruktur „2010“ zu erreichen.

Große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Laufzeit des Tarifvertrages zur Umgestaltung der Bundeswehr (TV UmBw), der seit dem Jahr 2002 wirksam ist. Das offizielle Laufzeitende dieses Vertrages ist der 31.12.2010. Immer noch herrscht große Unsicherheit über eine mögliche Verlängerung und das weitere Vorgehen. Ob die festgelegte Zielstruktur mit der Zielgröße 75.000 Dienstposten bis zum Ablauf des TV UmBw überhaupt erfüllt werden kann, ist nach wie vor nicht sicher. Die Arbeitgeberseite besteht auf einem Erreichen der festgelegten Zielgröße, während Arbeitnehmervertreter diese Einschätzung nicht teilen.

Darüber hinaus konkretisieren sich bei der Bundeswehr auch andere Probleme. So ist häufig eine große Diskrepanz zwischen den zur Verfügung stehenden Stellen einerseits und den für eine letztendliche Besetzung der Stellen benötigten Qualifikationen andererseits festzustellen. Obwohl es viele Personen gibt, die sich im Überhang befinden, kann eine Vielzahl von offenen Positionen nicht besetzt werden. Grund dafür ist meistens die Tatsache, dass dem Überhangpersonal erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten fehlen. An dieser Stelle gibt es weiterhin Handlungsbedarf. Es gilt, das (Überhang-) Personal effektiver auf die vorhandenen Stellen hin zu qualifizieren.

Das vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen beauftragte Beratungsunternehmen strukturiert seine Unterstützungsleistungen für Zivilbeschäftigte der Bundeswehr über drei Regionalbüros mit Sitz in Germersheim (RLP Süd), Baumholder (RLP West) und Bad Neuenahr-Ahrweiler (RLP Nord). Diese Anlaufstellen sind inzwischen zu einem festen, akzeptierten und wichtigen Element im Transformationsprozess in Rheinland-Pfalz geworden.

Die Bundeswehr hat schon mehrfach Ausschreibungen für so genannte Personalserviceagenturen

in anderen Bundesländern veröffentlicht. In diesem Zusammenhang gewinnen die vorhandenen Unterstützungsleistungen des Landes also deutlich an Bedeutung. Ziel ist auch hier, den Wegfall von Dienstposten so zu begleiten, dass soziale Härten vermieden werden können und die Betroffenen unterstützt und begleitet werden.

Die US-Streitkräfte bedienen sich 2006 erstmals externer Transfergesellschaften – analog der bundeswehrspezifischen Einschaltung externer Personalserviceagenturen in besonders strukturbetroffenen Regionen – so zum Beispiel an den Standorten Würzburg und Gießen.

Im Vergleich zu den ursprünglichen Vorgaben verläuft der Umstrukturierungsprozess der US-Streitkräfte wesentlich langsamer und bislang auch glücklicherweise ohne große personelle Einschnitte. Auch in naher Zukunft könnte Rheinland-Pfalz von weiteren tiefgreifenden Veränderungen verschont bleiben. Allerdings ist in einigen Dienststellen festzustellen, dass viele Arbeitsplätze, die früher mit Local Nationals (Zivilbeschäftigten) besetzt wurden, inzwischen verstärkt ausschließlich an zivile amerikanische Staatsbürger vergeben werden. Des Weiteren deutet sich in einigen Einheiten – so zum Beispiel beim 21st Theater Sustainment Command TSC in Kaiserslautern – eine Reduktion in Force (RIF), also der gezielte Abbau von Stellen, an. Auch das mögliche Szenario, dass Pendler aus stärker abbaubetroffenen Nachbarbundesländern auf den hiesigen Arbeitsmarkt drängen und den Wettbewerb vor Ort verschärfen, könnte zu beschäftigungsrelevanten negativen Auswirkungen führen.

Nach wie vor sind über 8.300 Menschen als Zivilbeschäftigte in Rheinland-Pfalz beschäftigt, die Situation bei den US-Streitkräften in Rheinland-Pfalz hat sich also zunächst stabilisiert. Die im letzten Konversionsbericht erwartete Reduzierung ziviler Arbeitsplätze bei den US-Streitkräften hat bisher noch nicht stattgefunden und wird voraussichtlich erst auf einer Zeitleiste bis zum Jahr 2013 umgesetzt. Baumholder ist ebenfalls für die nächsten drei Jahre als Standort gesichert. Die



Qualifizierungsmaßnahme des MASGFF

Bedingung hierfür ist jedoch, dass zukünftig nur noch 90 % der bisherigen Personalkosten anfallen dürfen. Das bedeutet unter anderem, dass Dienstposten nicht mehr besetzt werden, wenn sie beispielsweise durch Verrentung des bisherigen Inhabers frei werden. Auch wenn Personal sich wegbewirbt, fallen diese Stellen weg und werden nicht mehr neu besetzt.

Am Standort Kaiserslautern mit Ramstein und Sembach fanden und finden immer noch umfangreiche Umstrukturierungen und in einzelnen Fällen auch Personalabbau statt. Es muss auch weiterhin bei verschiedenen Abteilungen mit einem Abbau von Dienstposten und mit Umstrukturierungsmaßnahmen gerechnet werden. In Kaiserslautern wird insbesondere das Theater Logistic Support Center Europe (TLSC-E) restrukturiert. Materialien und Fahrzeuge werden zukünftig in den Einsatzgebieten zurückgelassen, so dass nichts mehr zurück nach Kaiserslautern

transportiert wird und dort eingelagert, gewartet und repariert werden muss. Dennoch wurden 60 Personen, wenn auch befristet, neu eingestellt, um die Abwicklung durchzuführen. Auch beim 6966th Transportation Truck Terminal (6966th TTT) sind viele neue Fahrer eingestellt worden, wobei bei der Einstellung verstärkt auf eine gute Qualifizierung geachtet wurde. Dies ist generell eine neue Prämisse, die bei den US-Streitkräften herrscht. So werden bei Bewerbern inzwischen ähnlich hohe Ansprüche an Zeugnisse, Zertifikate und generelle Qualifizierungen gestellt, wie das auf dem deutschen Arbeitsmarkt schon lange der Fall ist.

In Ramstein hat im Sommer 2009 endlich das lange geplante Kaiserslautern Military Community Center (KMCC) seine Pforten geöffnet. Hier sind nun ein Hotel, zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten und Restaurants sowie ein Kino unter einem Dach vereint. Die ersten Arbeiten an

diesem Projekt begannen bereits im November 2003 und konnten nun nach fast sechs Jahren erfolgreich abgeschlossen werden. Die Hoffnungen bezüglich dort neu entstehender Arbeitsplätze für deutsche Zivilbeschäftigte haben sich leider nicht erfüllt. In erster Linie fanden amerikanische Staatsbürger dort eine Anstellung.

Im Jahr 2009 wurde außerdem die Schließung des Garnisonsstandortes Saarburg zum 30. Juni 2010 von den französischen Streitkräften bekannt gegeben. 1.200 Soldaten mit 800 Angehörigen werden nach Bitsch in Frankreich umziehen, der Truppenabzug betrifft also ungefähr ein Viertel der örtlichen Bevölkerung. Die von der Schließung betroffenen 45 Zivilbeschäftigten haben bereits ihre Kündigungen erhalten. Um den zu erwartenden Auswirkungen entgegenzuwirken, wurde schon frühzeitig mit den gewohnten Unterstützungsleistungen begonnen.

Auch in den Jahren 2008 und 2009 machte die Neustrukturierung bzw. Schließung militärischer Standorte in Rheinland-Pfalz also eine professionelle Unterstützung und Beratung der von Abbau betroffenen und bedrohten Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr sowie den amerikanischen und französischen Stationierungsstreitkräften erforderlich. So blieb die Zielsetzung des Dienstleistungspaketes in der Beschäftigungskonversion im Berichtszeitraum einschließlich aller begleitenden und organisatorischen Aufgaben mit direkt wie indirekt beteiligten Institutionen, Organisationen und Gremien unverändert:

1. Fortführung des bewährten Maßnahmenpaketes für von Kündigung betroffene oder bedrohte Zivilbeschäftigte

Die zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion besteht nach wie vor darin, die Chancen der unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der US-Streitkräfte, der französischen Streitkräfte sowie der Bundeswehr zur Eingliederung in den zivilen Arbeitsmarkt zu verbessern. Auch in den beiden Jahren 2008 und 2009 wurden die

- Sicherung bestehender ziviler Arbeitsplätze im militärischen Bereich,
- Eröffnung neuer beruflicher Perspektiven für die zivilen Beschäftigten der Streitkräfte,
- Ausbau und Nutzbarmachung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Zivilbeschäftigten für Tätigkeiten im nichtmilitärischen Sektor,
- Schaffung neuer vom Militär unabhängiger Arbeitsplätze.

Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Maßnahmen sind in folgende Aufgabenfelder gegliedert:

- Fortführung des bewährten Maßnahmenpaketes für von Kündigung betroffene oder bedrohte Zivilbeschäftigte,
- Qualifizierungsprogramme für Zivilbeschäftigte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt und der Effektivität der Arbeitsplätze,
- wirtschaftsnahe, zielgerichtete Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Konversionsregionen,
- Unterstützung der Beschäftigung von Zivilbeschäftigten und mittelbar Betroffenen bei Neuansiedlungen auf Konversionsliegenschaften.

ganz speziell für diesen Personenkreis entwickelten Konzepte durch das Beratungsunternehmen erfolgreich und bewährt umgesetzt.

Im Berichtszeitraum 2008/2009 nahmen 697 Beschäftigte das Angebot erstmals in Anspruch. Mehreren tausend Beschäftigten wurde das Angebot auf Personal- und Informationsveranstaltungen vorgestellt.

Des Weiteren fanden fünf Gruppenschulungen mit durchschnittlich 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu zielgruppenspezifischen Themen statt. Landesweit wurden über 9.000 Beratungen durchgeführt. Dies bedeutet erneut einen erheblichen Nachfrageanstieg im Vergleich zu den Jahren 2006/2007. Durch aktive Arbeitsvermittlung und probeweise Beschäftigung konnte mehreren Dutzend Beschäftigten eine neue berufliche Perspektive innerhalb des militärischen Arbeitgebers, auf dem

regionalen privaten Arbeitsmarkt oder im öffentlichen Dienst vermittelt werden.

Außerdem setzen immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz gezielt auf berufliche Weiterbildung und eine Aktualisierung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten und absolvieren unterschiedlichste Maßnahmen, um sich sowohl für bestehende als auch absehbare zukünftige Veränderungen innerhalb der Strukturen fit und attraktiv zu machen.

2. Qualifizierungsprogramme für Zivilbeschäftigte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt und der Effektivität der Arbeitsplätze

Im Konversionszusammenhang wirkt die zielgerichtete Qualifizierung von Zivilbeschäftigten (insbesondere der US-Streitkräfte) in mehrere Richtungen:

- Die möglichen Beschäftigungsfelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der US-Streitkräfte werden erweitert. Die Arbeitsplatzsicherheit wird durch die Flexibilisierung der Einsatzmöglichkeiten besonders bei den laufenden Umstrukturierungsprozessen gestärkt.
- Art und Umfang der zukünftigen Stationierung von US-Streitkräften lassen sich mittel- und langfristig kaum absehen und eine weitere Reduzierung der zivilen Belegschaften ist durchaus möglich. Durch die Qualifizierung von Zivilbeschäftigten werden deren berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten den Anforderungen des deutschen Systems angeglichen. Auf diese Weise wird die Wettbewerbsfähigkeit von Zivilbeschäftigten am Arbeitsmarkt gesteigert.
- Die Arbeitsqualität und Effektivität innerhalb der jeweiligen Aufgabenbereiche werden erhöht, was wiederum ein wichtiges Entscheidungskriterium darstellt, wenn es darum geht, ob durch eine Privatisierung von Arbeitsbereichen die jeweiligen Dienstleistungen nicht günstiger eingekauft werden können. Hierdurch

wären wiederum Teile der zivilen Belegschaft am Standort gefährdet. Durch eine Steigerung der Arbeitsqualität und -effizienz in Folge besserer Qualifizierung wird es wahrscheinlicher, dass die Entscheidungen letztlich zu Gunsten der internen Lösungen fallen und die bestehenden Arbeitsplätze erhalten werden können.

Aus der Einsicht heraus, welche wichtige Stellung Qualifizierung im Rahmen der Beschäftigungskonversion innehat, wurde schon Mitte 1997 das Bildungsmanagement zur Koordination von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit Hilfe des Beratungsunternehmens eingerichtet. Ziel ist hierbei die mittelfristige Arbeitsplatzsicherung und die Qualifizierung, um die Vermittlungschancen am deutschen Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Aufgabenbereich des Bildungsmanagements umfasst die Analyse des aktuellen Qualifizierungsniveaus, die Planung und Initiierung passgenauer Qualifizierungen, die Suche geeigneter Bildungsmaßnahmen und Bildungsträger sowie das Finanzierungsmanagement.

294 Beschäftigten wurde im Berichtszeitraum 2008/2009 der Erwerb von Zusatzqualifikationen und von Berufsabschlüssen ermöglicht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nahmen hierfür an über 336 teilweise eigens für diesen Personenkreis

initiierten Qualifizierungsmaßnahmen teil (einzelne Personen absolvierten hierbei teilweise mehrere modulare Maßnahmen). Die Qualifizierungsmaßnahmen wurden durch den jeweiligen militärischen Arbeitgeber, die Betroffenen selbst und durch Bezuschussung aus Landesmitteln finanziert.

Die Bedeutung oben genannter Zahlen wird noch deutlicher, wenn man sich klarmacht, dass diese ausschließlich bei den US-Streitkräften umgesetzt werden konnten, da der § 4 des TV UmBw eine Förderung aus Landesmitteln ausschließt.

Zu den vom Land Rheinland-Pfalz geförderten Unterstützungsleistungen der Beschäftigungskonversion gehörten natürlich auch in den Jahren 2008/2009 die Qualifizierungsangebote nach dem Bildungsfreistellungsgesetz, die von einem Projektträger koordiniert und durchgeführt werden. In diesen Projekten geht es vorrangig darum, die generelle Weiterbildungsbereitschaft zu stärken, Orientierungswissen bezogen auf Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt und Grundkenntnisse in wichtigen Bereichen (wie zum Beispiel in Bezug auf Informationstechnologien) zu vermitteln, um auf diese Weise die Arbeitsmarktchancen zu steigern und die Beschäftigungsfähigkeit der Zielgruppe zu verbessern. Um insbesondere auch Personalräte und Betriebsvertretungen zur Begleitung der massiven Veränderungsprozesse zu befähigen, werden diese professionell unterstützt, beraten und qualifiziert.

Auch 2008 und 2009 stellten EDV-Seminare, Sprachkurse sowie Schulungen im gewerblich-technischen Bereich (unter anderem Gabelstaplerkurse) die inhaltlichen Schwerpunkte der Kurse dar. Einer großen Zahl von Zivilbeschäftigten konnte auf diese Weise wichtige arbeitsmarktrelevante Grundkenntnisse vermittelt werden. Insbesondere die angebotenen EDV-Kurse haben durchaus positive Effekte auf die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer, da moderne Arbeitsplätze – sowohl bei Bundeswehr und US-Streitkräften als auch in der freien Wirtschaft – inzwischen nicht mehr ohne den Einsatz von

neuen Medien vorstellbar sind. Die durchgeführten Fachqualifizierungen steigern also die Chancen darauf, den eigenen Arbeitsplatz beim bisherigen Arbeitgeber zu erhalten bzw. einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Im Berichtszeitraum 2008/2009 ist die Nachfrage im Vergleich zu den beiden Vorjahren erneut leicht gestiegen. So konnten 2008/2009 insgesamt 161 Qualifizierungsseminare mit 2.044 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und 4.736 Unterrichtsstunden realisiert werden. Die strikte Orientierung an den Bedarfen der jeweiligen Zielgruppe, die arbeitsplatznahe Organisation der Veranstaltungen und die Anpassung der Unterrichtszeiten an die Bedürfnisse der Teilnehmenden waren wiederum erfolgreiche Strategien. Auch das Ziel, bildungsungewohnte Personen anzusprechen und für die vorhandenen Angebote zu interessieren, wurde erreicht.

Außerdem nahmen im Berichtszeitraum erneut Zivilbeschäftigte an einer aus Landesmitteln bezuschussten Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann teil. Die sieben Teilnehmer arbeiten bei der Feuerwehr der US-Streitkräfte und hatten bisher nicht die deutsche Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann, die für diese Tätigkeit jedoch unerlässlich ist. Im Falle einer Kündigung ermöglicht es ihnen die Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann, sich auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu bewerben, da derartige gut qualifizierte Fachkräfte bei den verschiedensten Institutionen deutschlandweit gesucht werden.

Insgesamt 230 Beschäftigte unterschiedlicher Einheiten vom Standort Kaiserslautern wurden im Bereich Ladungssicherung nach VDI 2700 a geschult.

Um die Umsetzung neuer EU-Regelungen zu garantieren und das Unfallrisiko zu verringern sollte es allen Kraftfahrern und Personen, die in diesem Bereich arbeiten, ermöglicht werden, sich bezüglich der korrekten Beladung von Fahrzeugen schulen zu lassen.

37 Zivilbeschäftigte verschiedener Standorte (Grünstadt, Kaiserslautern, Mannheim, Ramstein, Spangdahlem) absolvierten die Ausbildung zum Berufskraftfahrer. Der Unterricht fand an knapp zehn Terminen, jeweils samstags statt.

Beim Theater Logistic Support Center Europe/ TLSC-E (ehemals General Support Center Europe/GSC-E) wurden auch im Berichtszeitraum die Programme zur Förderung von zusätzlichen Plätzen für die berufliche Erstausbildung weitergeführt. Das TLSC-E ist eine Dienststelle der US-Army in Kaiserslautern mit etwa 1.500 Zivilbeschäftigten. So wurden in den Jahren 2008/2009 wieder 16 Ausbildungsplätze zu 50 % gefördert. Die Ausbildung erfolgte im Bereich der Kfz-Mechatronik und wurde nach den Richtlinien der Handwerkskammer der Pfalz durchgeführt und inhaltlich am Ausbildungsplan der Ausbildungsordnung orientiert. Durch den so

erreichten qualifizierten Berufsabschluss werden die Vermittlungschancen der Teilnehmer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt deutlich verbessert.

Im Berichtszeitraum 2008/2009 nahmen also insgesamt über 2.600 Personen die durch das Land Rheinland-Pfalz geförderten Qualifikationsmaßnahmen im Konversionskontext in Anspruch. Dies ist erneut ein deutlicher Beleg für die große Bedeutung von passgenauen Qualifizierungsmaßnahmen. Die Landesregierung schließt mit der Förderung und Finanzierung solcher Maßnahmen eine wichtige Lücke zwischen dem Qualifikationsprofil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den vorhandenen Ansprüchen von Arbeitgebern mit Personalbedarf. Insbesondere in strukturschwachen Regionen wird durch eine derart aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes ganz wesentlich zur Förderung von Beschäftigung beigetragen.

3. Wirtschaftsnah, zielgerichtete Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Konversionsregionen

Auch 2008/2009 ist eine wirtschaftsnah Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wichtig. Eine möglichst passgenaue und zeitnahe Qualifizierung von Beschäftigten auf die jeweiligen Bedingungen der einzelnen Teilarbeitsmärkte und speziell ausgerichtet auf die entsprechenden Betriebe ist aufgrund der stetig kürzer werdenden Verwertbarkeit von beruflichem Fachwissen nach wie vor unerlässlich.

Das Land hat im Berichtszeitraum vor dem Hintergrund der wirtschaftsnahen Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ebenso wie bereits in den Jahren zuvor, ein Beschäftigtentransferprojekt bei der Pfaff Industrie Maschinen AG in Kaiserslautern gefördert.

Fast 900 ehemalige „Pfaffianer“ nahmen seit 1999 an solchen Projekten teil und jedes Mal war auch das Land mit seiner Unterstützung Garant dafür, dass diese Projekte zustande kamen.

Im Februar und März traten in zwei Entlassungswellen insgesamt 363 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pfaff in die teta gmbh, Träger der Transfergesellschaft, ein. Die Laufzeit betrug jeweils sechs Monate und es wurde mit Unterstützung des Landes, der Agentur für Arbeit und der Pfaff AG nach bewährtem Muster beraten, qualifiziert und vermittelt.

Nach dem Ende der Laufzeit konnte die teta gmbh, bedingt durch die Übernahme vieler ehemaliger MitarbeiterInnen in das neue PFAFF-Werk, gute Erfolgszahlen vorlegen. Von den 363 ehemaligen Beschäftigten der PFAFF Industrie Maschinen AG wurden 215 Personen vermittelt. Davon wechselten 181 Personen zur PFAFF Industriesysteme und Maschinen AG. 31 Personen konnten erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden. Drei Personen traten in dieser Zeit die Selbstständigkeit an und eine Person beantragte die Rente.

Die Beratungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsarbeit in den oben genannten Projekten wurde von dem vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen beauftragten Beratungsunternehmen in Kooperation mit der teta gmbh durchgeführt. Die

Transfergesellschaft war also auch 2008/2009 ein äußerst erfolgreiches arbeitsmarktpolitisches Instrument in der Westpfalz. Dies lässt sich an den Vermittlungsquoten von über 50 % und einem Qualifizierungsanteil von über 40 % ablesen.

4. Unterstützung der Beschäftigung von Zivilbeschäftigten und mittelbar Betroffenen bei Neuansiedlungen auf Konversionsliegenschaften

Anfang des Jahres 2007 war der Funktionsbereich „Beschäftigungsentwicklung auf ehemaligen Konversionsliegenschaften“ als eigenständiger Bestandteil der Unterstützungsleistungen des Landes Rheinland-Pfalz im Rahmen der Beschäftigungskonversion eingeführt worden und wurde zusätzlich zu Outplacement- und Placement-Beratung sowie Bildungsmanagement angeboten.

Es sollte mit Hilfe dieses zusätzlichen Angebotes versucht werden, die Lücke zwischen dem Freiwerden der ehemals militärischen Liegenschaften und deren ziviler Anschlussnutzung zu schließen. Geplant war, ein Netzwerk unter anderem der Entwicklungsgesellschaften und etwaiger an Ansiedlung interessierter Unternehmen zu initiieren und zukünftig zu pflegen. Zusätzlich hierzu sollte Kontakt zu (früheren) Zivilbeschäftigten hergestellt werden. Außerdem sollte eine kostenfreie Beratung und qualifizierte Unterstützung von ansiedlungswilligen Unternehmen sowie die Vermittlung von (ehemaligen) Zivilbeschäftigten auf dort entstehende Arbeitsplätze stattfinden.

Im Rahmen einer groß angelegten Mailing-Aktion waren weit über 100 Wirtschaftsförderer und

Entwicklungsgesellschaften kontaktiert worden, die jedoch lediglich zu zwei Kontakten führte. Offensichtlich war der Bedarf einer Unterstützung an dieser Stelle tatsächlich nicht im erwarteten Maße vorhanden.

So ist bei militärischen Liegenschaften, die innerhalb von Ortschaften liegen, eine gut erhaltene Gebäudesubstanz besitzen und vor allem auch an die örtliche Infrastruktur angeschlossen sind, eine Vermarktung zumeist sehr einfach. Interessierte Unternehmen melden sich oftmals noch zu Zeiten militärischer Nutzung. Ehemalige militärische Liegenschaften, die weniger günstig und weit außerhalb von Ortschaften liegen, demzufolge nicht gut erreichbar sind und allgemein in Bezug auf Größe, vorhandene Gebäude usw. für potentielle Nachnutzer wenig Anreize bieten, sind generell schwer zu vermarkten.

Da das Dienstleistungsangebot der Beschäftigungsentwicklung auf ehemaligen Konversionsliegenschaften nicht in der erwarteten Weise angenommen wurde, wurde es zum Ende des Jahres 2008 eingestellt.

III. BESONDERE KONVERSIONSBEREICHE



1. Altlasten

Die Klärung der Altlastenfrage stellt im Zusammenhang mit der zügigen zivilen Anschlussnutzung von ehemaligen Militärliegenschaften, insbesondere bezogen auf die Anforderungen aus dem Baugesetzbuch, einen weiteren zentralen Aspekt dar. Die Landesregierung hat daher vorausschauend die erforderlichen Erfassungsarbeiten frühzeitig geplant und in der zweiten Jahreshälfte 1992 die flächendeckende Erhebung der Altlastverdachtsflächen auf ehemals militärisch genutzten Arealen – durch die Beauftragung eines Ingenieurkonsortiums – auf den Weg gebracht. Die bei den ehemaligen Bezirksregierungen, den heutigen Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD), zur Bewertung der erhobenen Daten sowie zur Festlegung des weiteren Vorgehens eingerichteten Konversionsarbeitsgruppen haben sich sehr gut bewährt. Diese Tätigkeit der Umweltbehörden in Verbindung mit dem erstellten Leitfaden „Altlasten auf Konversionsliegenschaften“ waren eine wesentliche Voraussetzung für die zügige Umsetzung des Konversionsprogramms und eine erhebliche Hilfestellung für die Träger der Bauleitplanung, die Baugenehmigungsbehörden sowie für die Städtebau- und Wirtschaftsförderung.

2. Wasserwirtschaft

Mit der Förderung der Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen wurden wie auch in den vorausgegangenen Jahren die Voraussetzungen für eine rasche Ansiedlung oder Erweiterung von Industrie und Gewerbe in den vom Truppenabbau betroffenen Gebieten geschaffen. Die Schaffung größerer Gruppenwasserversorgungsanlagen sichert in den jeweiligen Gebieten die Versorgung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Insbesondere die verstärkte Förderung der Abwasseranlagen – Neubau von Kläranlagen und örtlichen Kanalnetzen –

ermöglicht eine anderweitige Nutzung der bisherigen militärischen Liegenschaften. Dem heutigen technischen Stand entsprechende wasserwirtschaftliche Ver- und Entsorgungsanlagen sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ausweisung von Gewerbe- und Industriegebietsflächen sowie für den Ausbau der Fremdenverkehrsinfrastruktur und müssen daher auch in den kommenden Jahren fortentwickelt und weiter gefördert werden. Ein Schwerpunkt wird in den nächsten Jahren die Wasserversorgung im Raum Birkenfeld sein.

Die beauftragten Erfassungsmaßnahmen erforderten bisher ein Finanzvolumen von rd. 11,54 Mio. €, wovon in den Jahren 2008 und 2009 rd. 250.000 € verausgabt wurden. Aus der neuen Liste der Clearingstelle ergeben sich weitere Liegenschaften mit hoher Umweltrelevanz, die der eingehenden Untersuchung bedürfen. Auf der Grundlage bestehender Verträge mit einem Ingenieurkonsortium wurden von 615 beauftragten Liegenschaften bisher 604 erfasst. Um auch die neu gemeldeten und zukünftig gemeldeten Liegenschaften unverzüglich erfassen zu können, wurden bereits die notwendigen vertraglichen Regelungen getroffen. Hierdurch ist gewährleistet, dass durch die unverzichtbare Vorleistung der Erfassung zügig weitergehende Gefahrerforschungsmaßnahmen zur Ermittlung der Altlasten und teilweise Sanierungsmaßnahmen durch die Landesregierung aber auch durch den Bund vorbereitet und durchgeführt werden können. Die gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Land ermöglichte bereits in einer Vielzahl von Projekten eine erfolgreiche Überführung ehemals militärisch genutzter Flächen in die zivile Nutzung.

3. Wohnraumkonversion

Das Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ wurde 1992 als ein wichtiger Beitrag zur Minderung und Beseitigung der vielfältigen Folgen des Truppenabbaus und der Standortschließungen geschaffen und hat sich zu einem zentralen Instrument der rheinland-pfälzischen Wohnungspolitik entwickelt. Insbesondere vielen jungen Familien im Lande konnte so zu erschwinglichen Preisen zu einer Miet- bzw. Eigentumswohnung verholfen werden.

Das Finanzministerium stellt im Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ in den folgenden Teilprogrammen Fördermittel zur Verfügung:

a. Landeskonversionsprogramm „Miete“

Mit dieser Verwaltungsvorschrift hat das Ministerium der Finanzen ein Programm zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialmietwohnungen aufgelegt. Das Programm sieht bei der Umwandlung in Mietwohnungen Landeszuschüsse in Höhe von 154 Euro bzw. 256 Euro pro m² Wohnfläche vor, je nach Einkommen des künftigen Mieters.

Durch eine Ergänzung dieser Verwaltungsvorschrift wurde zusätzlich die Förderung von Wohnumfeldverbesserungen auf den im Eigentum des Antragstellers stehenden ehemals militärisch genutzten Wohnanlagen möglich gemacht.

b. Landeskonversionsprogramm „Eigentum“

Im Rahmen ihrer Konversionspolitik hat die Landesregierung mit der Verwaltungsvorschrift „Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Eigentumswohnungen“ ein weiteres Konversionsprogramm aufgelegt, mit dem vor allem Familien mit geringem Einkommen der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht werden soll. Das Programm sieht bei der Umwandlung in selbstgenutzte Eigentumswohnungen einkommensabhängige Landeszuschüsse in Höhe von 103 Euro bzw. 256 Euro pro m² Wohnfläche vor.

Die Fördermittel aus diesen beiden Programmen kamen bisher überwiegend jungen Haushalten mit Kindern zugute. Das heißt, die Konversionspolitik leistet hier einen wichtigen sozial- und familienpolitischen Beitrag.

Mit den rund 82,8 Millionen Euro, die seit 1992 geflossen sind, wurden insgesamt 3.573 Wohnungen sowie 44 Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes der ehemaligen Militärsiedlungen gefördert (Investitionsvolumen 375 Mio. Euro). Im Einzelnen entfallen auf das Programm

Miete = 56,1 Mio. Euro für 2.291 Wohnungen mit 179.522 m² Wohnfläche
davon 2008 = 0,6 Mio. Euro für 20 Wohnungen mit 1.886 m² Wohnfläche
davon 2009 = 0,1 Mio. Euro für 4 Wohnungen mit 361 m² Wohnfläche

zusammen: = 0,7 Mio. Euro für 24 Wohnungen mit 2.247 m² Wohnfläche

Eigentum = 26,7 Mio. Euro für 1.282 Wohnungen mit 119.873 m² Wohnfläche
davon 2008 = 0,7 Mio. Euro für 32 Wohnungen mit 3.087 m² Wohnfläche
davon 2009 = 0,4 Mio. Euro für 20 Wohnungen mit 1.917 m² Wohnfläche

zusammen: = 1,1 Mio. Euro für 52 Wohnungen mit 5.004 m² Wohnfläche

Entscheidend für den bisherigen Erfolg der Wohnungskonversion war die Schaffung eines unbürokratischen, flexiblen Förderprogramms und dass sich die Wohnungspolitik des Landes gezielt an den örtlichen Bedürfnissen orientierte. Die Fördermaßnahmen wurden in enger Abstimmung mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft durchgeführt, mit den gestaffelten Pauschalbeträgen konnten die Zielgruppen effektiv erreicht werden. An vielen Orten sind städtebaulich anspruchsvolle Siedlungen entstanden, die über die Region hinaus in Fachkreisen Beachtung gefunden haben.

Die meisten Wohnungskonversionsprojekte im Land konnten inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden, eine weitere Nachfrage wird aber aus den Standorten Worms, Bad Kreuznach und Zweibrücken erwartet.

Das Land wird daher den Prozess der Konversion in Rheinland-Pfalz weiterhin aktiv unterstützen.

IV. STATISTIK 2008

Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konversionsprogramms zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung im Jahr 2008 (Statistikteil)

Turnusgemäß wird für das Jahr 2008 der Statistikteil des Konversionsberichtes erstellt.

Im Berichtszeitraum standen für Konversionsmaßnahmen Landesmittel in Höhe von rd. 60 Mio. € zur Verfügung. Bis zum 31.12.2008 wurden 59,75 Mio. € neu bewilligt. Insgesamt 148 größere und kleinere Projekte bzw. Maßnahmen wurden im Jahr 2008 gefördert. Das mit den Bewilligungen geförderte Investitionsvolumen beträgt rd. 83 Mio. €.

Auf der Grundlage der von den Ressorts übermittelten Angaben gibt die beigelegte *Anlage 1* einen zusammenfassenden Überblick über die Maßnahmenschwerpunkte, die Haushaltsansätze, die Bewilligungen und das damit geförderte Investitionsvolumen bzw. die Gesamtkosten für das Jahr 2008. Die Übersicht – geordnet nach Regionen und Kreisen – ergibt sich aus der *Anlage 2* und – sortiert nach der Rangfolge der Bewilligungen – aus der *Anlage 3* sowie eine Aufteilung nach Regionen und Ressorts aus der *Anlage 4*.

Seit Konversionsbeginn im Jahr 1992 wurden fast **1,58 Mrd. €** für Konversionsprojekte bewilligt. Die genaue Entwicklung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Zeitraum	Bewilligungen (in Tsd. €)	Zeitraum	Bewilligungen (in Tsd. €)
1992/1993	166.681	2002	99.641
1994/1995	273.998	2003	82.955
1996	130.834	2004	51.950
1997	116.166	2005	49.820
1998	96.160	2006	56.900
1999	132.372	2007	54.400
2000	101.693	2008	59.750
2001	104.680	Insgesamt	1.578.000

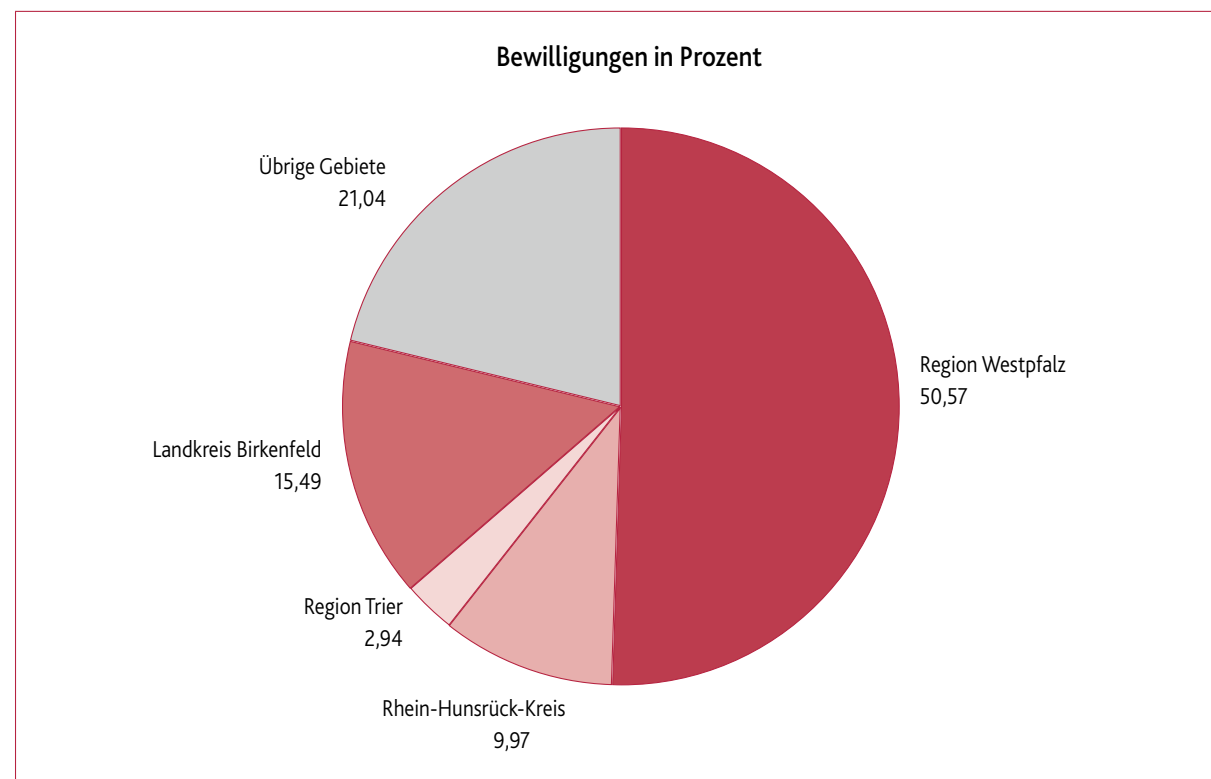
Darüber hinaus werden zu den Mitteln des Landeskonzessionsprogramms weitere Mittel aus anderen Programmen (z.B. städtebauliche Erneuerung, Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, einzelbetriebliche Förderung etc.) bereitgestellt, die teilweise auch in die betroffenen Konversionsgebiete fließen. In 2008 wurden 2 Mio. € für die Förderung von fünf Projekten aus Mitteln zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur bewilligt. Im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung wurden acht Neueinrichtungen bzw. Erweiterungen von Betriebsstätten mit einem Zuschussvolumen von rd. 4,2 Mio. € unterstützt. Unter Einbeziehung dieser Förderprogramme wurden in den Jahren 1992-2008 mehr als 1,90 Mrd. € bewilligt.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Fördermittel ergibt sich folgendes Ergebnis:

Zu den bundesweit von der Konversion besonders betroffenen Gebieten mit der höchsten Konzentration militärischer Einrichtungen gehören die Westpfalz, der Landkreis Birkenfeld, der Rhein-Hunsrück-Kreis sowie die Region Trier. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Fördermittel des Konversionsprogramms auf diese Gebiete:

Konversionsgebiete	Bewilligungen		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten	
	in Tsd. €	in Prozent	in Tsd. €	in Prozent
Region Westpfalz	30.215	50,57	34.053	41,10
Landkreis Birkenfeld	9.254	15,49	11.663	14,08
Rhein-Hunsrück-Kreis	5.955	9,97	7.674	9,26
Region Trier	1.754	2,94	3.535	4,27
übrige Gebiete	12.572	21,04	25.923	31,29
Gesamtsumme:	59.750	100,00	82.848	100,00

Rd. 79 % der bewilligten Mittel sind in die am stärksten betroffenen Konversionsgebiete geflossen. Die Region Westpfalz (insbesondere Zweibrücken) und der Landkreis Birkenfeld liegen dabei an erster bzw. zweiter Stelle (s. Anlage 3).

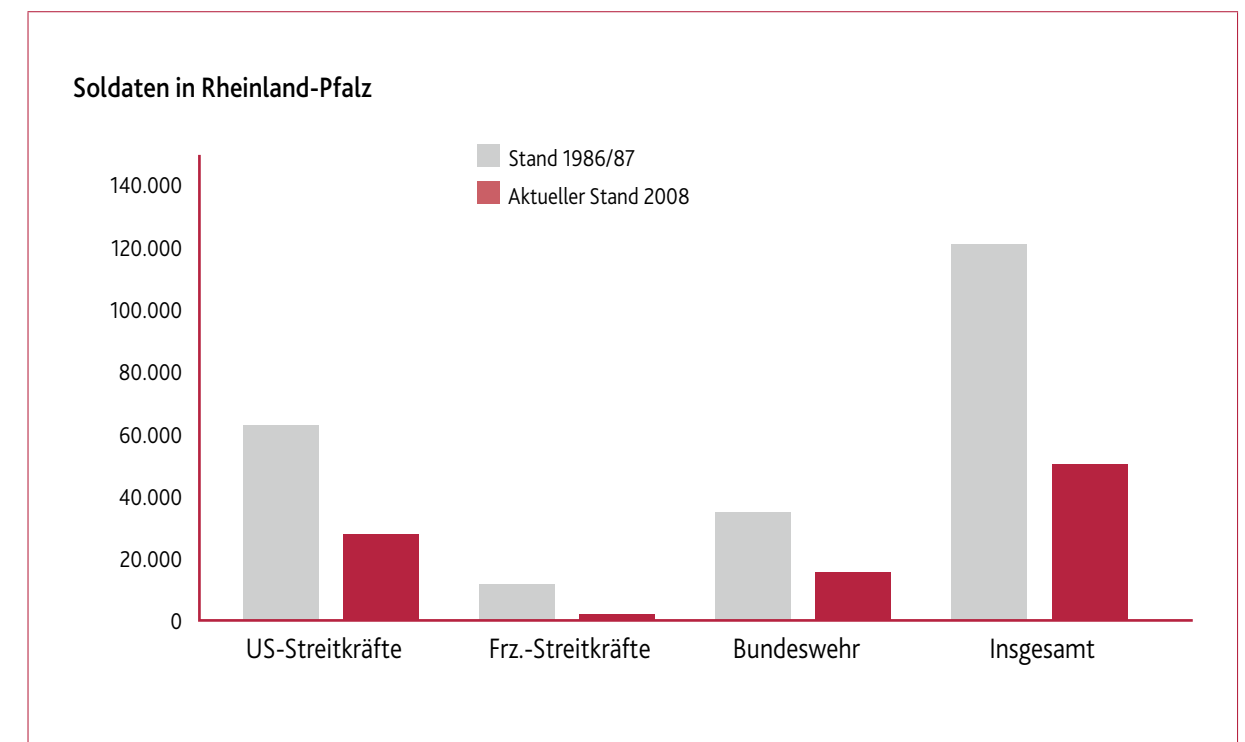


Mit dem Konversionsprogramm hat die rheinland-pfälzische Landesregierung frühzeitig eine weitreichende Kompensation des Truppenabbaus eingeleitet und die Struktur- und Arbeitsmarktpolitik tiefgreifend umgestaltet. Bestes Beispiel ist das erfolgreichste Konversionsprojekt in Deutschland, die Errichtung des Flughafens Frankfurt-Hahn als ersten internationalen Verkehrsflughafen von Rheinland-Pfalz.

Allein in den Projekten Flughafen Frankfurt-Hahn, Flughafen Zweibrücken, Flugplatz Bitburg, PRE-Park Kaiserslautern und Industriepark Region Trier sind 9.931 direkte Arbeitsplätze geschaffen worden, erheblich mehr, als die Stationierungskräfte an deutschen Zivilbeschäftigten an diesen Standorten beschäftigt hatten. Insgesamt sind in den Konversionsprojekten bisher mehr als 50.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze entstanden. Die aktuellen Zahlen über den Stellenabbau bei den Soldaten und den Zivilbeschäftigten ergeben sich aus den folgenden Tabellen und Diagrammen, wobei als Vergleichsgrundlage die Zahlen von 1986/87 herangezogen werden, dem Zeitraum der größten Truppenpräsenz in Rheinland-Pfalz:

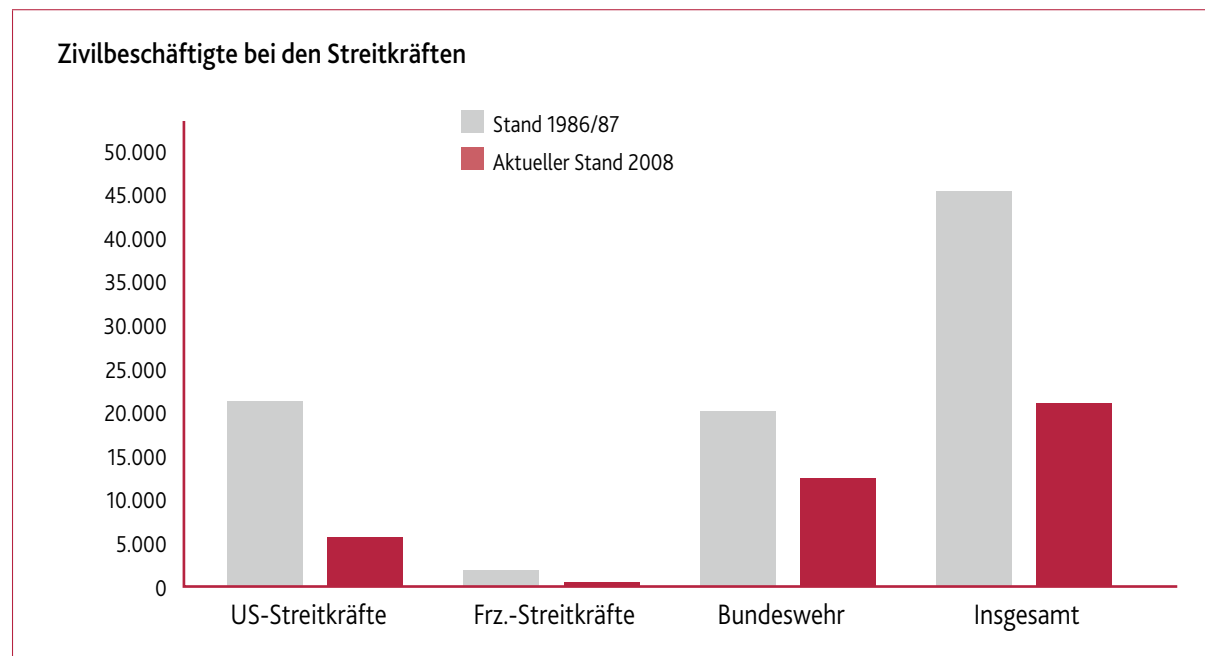
a) Soldaten:

Soldaten	Stand 1986/87	Stand 2008	Abbau gesamt	Abbau in Prozent
US-Streitkräfte	69.000	32.887	36.113	52,3
Frz. Streitkräfte	17.300	1.190	16.110	93,1
Bundeswehr	40.500	20.288	20.212	49,9
Insgesamt:	126.800	54.365	72.435	57,1



b) Zivilbeschäftigte:

Zivilbeschäftigte	Stand 1986/87	Stand 2008	Abbau gesamt	Abbau in Prozent
US-Streitkräfte	24.000	8.263	15.737	65,6
Frz. Streitkräfte	1.800	45	1.755	97,5
Bundeswehr	23.000	14.958	8.042	35,0
Insgesamt:	48.800	23.266	25.534	52,3



Seit 1986/87 wurden demnach

- **72.435 Soldaten** der Stationierungstreitkräfte und der Bundeswehr und
- **25.534 zivile Arbeitsplätze** abgebaut.

Insgesamt hat Rheinland-Pfalz durch den Truppenabbau einen unmittelbaren Verlust von rund 100.000 militärischen und zivilen Stellen zu verkraften. Hinzu kommen noch mindestens 50.000 mittelbar betroffene Arbeitnehmer aus anderen Wirtschaftsbereichen. Die Entwicklung des Truppen- und Stellenabbaus über die einzelnen Jahre ergibt sich aus der *Anlage 5*.

Bis Ende 2008 wurden in Rheinland-Pfalz 626 militärische Liegenschaften mit insgesamt 12.816 ha von der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften freigegeben bzw. zur Freigabe angekündigt. Die Freigabeentwicklung im Einzelnen ergibt sich aus der *Anlage 6*.

Die *Anlage 7* gibt einen Überblick über die regionale Gliederung der Konversionsflächen in Rheinland-Pfalz.

Landesprogramm Konversion 2008
Auswertung nach Einzelplänen

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2008 (in Tsd. €)	bewilligt 2008 (in Tsd. €) *	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau*	08 75	526 02	Kosten für Sachverständige, Gutachten und dgl.	140	534	668	5
	08 75	682 71	Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes der Mittel- und Osteuropazentrum Rheinland-Pfalz GmbH	824	971	1.214	1
	08 75	683 01	Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes	1.000	1.047	1.309	2
	08 75	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	1.470	2.280	2.850	4
	08 75	831 01	Erwerb von Beteiligungen	2.358	2.357	2.946	1
	08 75	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	1.175	6.283	7.854	4
				Zwischensumme:	6.967	13.472	16.841

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2008 (in Tsd. €)	bewilligt 2008 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten	Anzahl der Projekte
Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur	09 62	HGr. 4-8	Betrieb des Fachhochschulstandortes Zweibrücken	13.527	13.527	13.527	1
	09 66	HGr. 4-8	Betrieb des Fachhochschulstandortes Birkenfeld	7.301	7.301	7.301	1
	09 62	HGr. 4-8	Betrieb des Fachhochschulstandortes Pirmasens	3.955	3.955	3.955	1
	09 67	HG 5	Betriebskosten der Gebäude der DeLa Policekaserne durch die Fachhochschule Worms	76	76	76	1
	12 75	812 13	Fachhochschule Worms, DeLa Police Kaserne	1.240	476	5.243	1
			Zwischensumme:	26.099	25.335	30.102	5

Gesamtsumme	60.226	59.747	82.920	148
--------------------	---------------	---------------	---------------	------------

* Weitere 2.030 TEUR aus Mitteln zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur wurden für die Förderung von 5 Konversionsprojekten bewilligt, das Investitionsvolumen beläuft sich auf 6.221 T€. Im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung wurden 8 Neueinrichtungen bzw. Erweiterungen von Betriebsstätten mit einem Zuschussvolumen von 4.189 T€ unterstützt.

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2008 (in Tsd. €)	bewilligt 2008 (in Tsd. €) **	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium des Innern und für Sport	03 75	547 16	Sachaufwand für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Konversion	313	313	400	6
	20 75	883 08	Investitionsstock	4.297	3.412	4.597	5
	20 75	883 15	Städtebau	14.194	10.782	14.194	22
			Zwischensumme:	18.804	14.507	19.191	33

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2008 (in Tsd. €)	bewilligt 2008 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen	0675	684 22	Zuschüsse zu Maßnahmen zur Bewältigung der Beschäftigungsfolgen des Truppenabbaus	2.911	2.911	3.725	15
			Zwischensumme:	2.911	2.911	3.725	15

*Für Unterstützungsleistungen in der Beschäftigungskonversion wurden 116.620 € aus Kapitel 06 02 Titel 684 019 ausgezahlt.

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2008 (in Tsd. €)	bewilligt 2008 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)*	Anzahl der Projekte
Ministerium der Finanzen	12 75	893 01	Zuschüsse zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialwohnungen und selbstgenutzte Eigentumswohnungen sowie für Wohnumfeldverbesserungen	3.000	1.180	4.859	Wohneinheiten
							48
			Zwischensumme:	3.000	1.180	4.859	48

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2008 (in Tsd. €)	bewilligt 2008 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz	14 75	541 01	Kosten für Landespflegemaßnahmen	45	49	49	17
	14 75	883 51	Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.400	2.293	8.153	13
			Zwischensumme:	2.445	2.342	8.202	30

Auswertung nach Regionen/Kreisen 2008

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2008		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Region Mittelrhein-Westerw.					
Stadt Koblenz	1.500	2,51	1.958	2,36	2
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
LK Altenkirchen	150	0,25	540	0,65	2
LK Cochem-Zell	190	0,32	211	0,25	1
LK Mayen Koblenz	621	1,04	836	1,01	3
LK Neuwied	252	0,42	1.175	1,42	2
Rhein-Hunsrück-Kreis	5.955	9,97	7.674	9,26	4
Rhein-Lahn-Kreis	274	0,46	874	1,05	2
Westerwaldkreis	1.258	2,11	3.615	4,36	7
Zwischensumme:	10.200	17,07	16.883	20,38	23
Region Trier					
Stadt Trier	46	0,08	563	0,68	3
LK Berncastel-Wittlich	428	0,72	728	0,88	2
LK Bitburg-Prüm	835	1,40	1.569	1,89	22
LK Daun	0	0,00	0	0,00	0
LK Trier-Saarburg	445	0,74	675	0,81	2
Zwischensumme:	1.754	2,94	3.535	4,27	29
Region Rheinhessen-Nahe					
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Worms	1.212	2,03	6.501	7,85	6
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Kreuznach	2.354	3,94	4.480	5,41	12
LK Birkenfeld	9.254	15,49	11.663	14,08	19
LK Mainz-Bingen	18	0,03	18	0,02	5
Zwischensumme:	12.838	21,49	22.662	27,35	42
Region Rheinpfalz					
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Landau	705	1,18	880	1,06	4
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	1.500	2,51	2.000	2,41	1
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	140	0,23	175	0,21	1
LK Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
Zwischensumme:	2.345	3,92	3.055	3,69	6
Region Westpfalz					
Stadt Kaiserslautern	845	1,41	1.166	1,41	7
Stadt Pirmasens	9.407	15,74	11.065	13,36	6
Stadt Zweibrücken	19.509	32,65	21.200	25,59	4
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Kaiserslautern	173	0,29	173	0,21	5
LK Kusel	150	0,25	150	0,18	1
LK Südwestpfalz	131	0,22	299	0,36	8
Zwischensumme:	30.215	50,57	34.053	41,10	31
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	2.397	4,01	2.660	3,21	17
Gesamtbetrag:	59.749	100,00	82.848	100,00	148

Auswertung nach Kreisen 2008 (Rangfolge nach Bewilligungen)

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2008		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Stadt Zweibrücken	19.509	32,65	21.200	25,59	4
Stadt Pirmasens	9.407	15,74	11.065	13,36	6
LK Birkenfeld	9.254	15,49	11.663	14,08	19
Rhein-Hunsrück-Kreis	5.955	9,97	7.674	9,26	4
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	2.397	4,01	2.660	3,21	17
LK Bad Kreuznach	2.354	3,94	4.480	5,41	12
Stadt Neustadt	1.500	2,51	2.000	2,41	1
Stadt Koblenz	1.500	2,51	1.958	2,36	2
Westerwaldkreis	1.258	2,11	3.615	4,36	7
Stadt Worms	1.212	2,03	6.501	7,85	6
Stadt Kaiserslautern	845	1,41	1.166	1,41	7
LK Bitburg-Prüm	835	1,40	1.569	1,89	22
Stadt Landau	705	1,18	880	1,06	4
LK Mayen Koblenz	621	1,04	836	1,01	3
LK Trier-Saarburg	445	0,74	675	0,81	2
LK Berncastel-Wittlich	428	0,72	728	0,88	2
Rhein-Lahn-Kreis	274	0,46	874	1,05	2
LK Neuwied	252	0,42	1.175	1,42	2
LK Cochem-Zell	190	0,32	211	0,25	1
LK Kaiserslautern	173	0,29	173	0,21	5
LK Kusel	150	0,25	150	0,18	1
LK Altenkirchen	150	0,25	540	0,65	2
LK Germersheim	140	0,23	175	0,21	1
LK Südwestpfalz	131	0,22	299	0,36	8
Stadt Trier	46	0,08	563	0,68	3
LK Mainz-Bingen	18	0,03	18	0,02	5
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
LK Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
LK Daun	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
Gesamtbetrag	59.749	100	82.848	100	148

Bewilligungen 2008 (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWVLW	ISM	MBWJK	MASGFF	FM	MUFV	Gesamtbetrag
Region Mittelrhein-Westerr.							
Stadt Koblenz	500	1.000					1.500
LK Ahrweiler							0
LK Altenkirchen						150	150
LK Cochem-Zell		190					190
LK Mayen Koblenz	21	600					621
LK Neuwied						252	252
Rhein-Hunsrück-Kreis	5.237	108		610			5.955
Rhein-Lahn-Kreis						274	274
Westerwaldkreis	41					1.217	1.258
Zwischensumme:	5.799	1.898	0	610	0	1.893	10.200
Region Trier							
Stadt Trier					46		46
LK Berncastel-Wittlich	170	258					428
LK Bitburg-Prüm	318	53			464		835
LK Daun							0
LK Trier-Saarburg		445					445
Zwischensumme:	488	756	0	0	510	0	1.754
Region Rheinhessen-Nahe							
Stadt Mainz							0
Stadt Worms		600	552		60		1.212
LK Alzey-Worms							0
LK Bad Kreuznach		2.000			354		2.354
LK Birkenfeld	135	1.162	7.301		256	400	9.254
LK Mainz-Bingen						18	18
Zwischensumme:	135	3.762	7.853	0	670	418	12.838
Region Rheinpfalz							
Stadt Frankenthal							0
Stadt Landau		700				5	705
Stadt Ludwigshafen							0
Stadt Neustadt		1.500					1.500
Stadt Speyer							0
LK Bad Dürkheim							0
LK Germersheim		140					140
LK Ludwigshafen							0
LK Südliche Weinstraße							0
Zwischensumme:	0	2.340	0	0	0	5	2.345
Region Westpfalz							
Stadt Kaiserslautern	626			219			845
Stadt Pirmasens	1.314	4.138	3.955				9.407
Stadt Zweibrücken	4.982	1.000	13.527				19.509
Donnersbergkreis							0
LK Kaiserslautern		150				23	173
LK Kusel		150					150
LK Südwestpfalz	50			78		3	131
Zwischensumme:	6.972	5.438	17.482	297	0	26	30.215
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	80	313		2.004			2.397
Gesamtbetrag:	13.474	14.507	25.335	2.911	1.180	2.342	59.749

damit gefördertes Investitionsvolumen/Gesamtkosten (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWVLW	ISM	MBWJK	MASGFF	FM	MUFV	Gesamtbetrag
Region Mittelrhein-Westerr.							
Stadt Koblenz	625	1.333					1.958
LK Ahrweiler							0
LK Altenkirchen						540	540
LK Cochem-Zell		211					211
LK Mayen Koblenz	26	810					836
LK Neuwied						1.175	1.175
Rhein-Hunsrück-Kreis	6.546	180		948			7.674
Rhein-Lahn-Kreis						874	874
Westerwaldkreis	51					3.564	3.615
Zwischensumme:	7.248	2.534	0	948	0	6.153	16.883
Region Trier							
Stadt Trier					563		563
LK Berncastel-Wittlich	213	515					728
LK Bitburg-Prüm	398	76			1.095		1.569
LK Daun							0
LK Trier-Saarburg		675					675
Zwischensumme:	611	1.266	0	0	1.658	0	3.535
Region Rheinhessen-Nahe							
Stadt Mainz							0
Stadt Worms		750	5.244		507		6.501
LK Alzey-Worms							0
LK Bad Kreuznach		2.667			1.813		4.480
LK Birkenfeld	169	1.312	7.301		881	2.000	11.663
LK Mainz-Bingen						18	18
Zwischensumme:	169	4.729	12.545	0	3.201	2.018	22.662
Region Rheinpfalz							
Stadt Frankenthal							0
Stadt Landau		875				5	880
Stadt Ludwigshafen							0
Stadt Neustadt		2.000					2.000
Stadt Speyer							0
LK Bad Dürkheim							0
LK Germersheim		175					175
LK Ludwigshafen							0
LK Südliche Weinstraße							0
Zwischensumme:	0	3.050	0	0	0	5	3.055
Region Westpfalz							
Stadt Kaiserslautern	783			383			1.166
Stadt Pirmasens	1.643	5.467	3.955				11.065
Stadt Zweibrücken	6.228	1.445	13.527				21.200
Donnersbergkreis							0
LK Kaiserslautern		150				23	173
LK Kusel		150					150
LK Südwestpfalz	62			234		3	299
Zwischensumme:	8.716	7.212	17.482	617	0	26	34.053
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	100	400		2.160			2.660
Gesamtbetrag:	16.844	19.191	30.027	3.725	4.859	8.202	82.848

Anzahl der Projekte

Regionen/Kreise	MWVLW	ISM	MBWJK	MASGFF	FM	MUFV	Summe
Region Mittelrhein-Westerv.							
Stadt Koblenz	1	1					2
LK Ahrweiler							0
LK Altenkirchen						2	2
LK Cochem-Zell		1					1
LK Mayen Koblenz	1	2					3
LK Neuwied						2	2
Rhein-Hunsrück-Kreis	2	1		1			4
Rhein-Lahn-Kreis						2	2
Westerwaldkreis	1					6	7
	5	5	0	1	0	12	23
Region Trier							
Stadt Trier					3		3
LK Berncastel-Wittlich	1	1					2
LK Bittburg-Prüm	1	1			20		22
LK Daun							0
LK Trier-Saarburg		2					2
	2	4	0	0	23	0	29
Region Rheinhessen-Nahe							
Stadt Mainz							0
Stadt Worms		1	2		3		6
LK Alzey-Worms							0
LK Bad Kreuznach		1			11		12
LK Birkenfeld	1	5	1		11	1	19
LK Mainz-Bingen						5	5
	1	7	3	0	25	6	42
Region Rheinpfalz							
Stadt Frankenthal							0
Stadt Landau		1				3	4
Stadt Ludwigshafen							0
Stadt Neustadt		1					1
Stadt Speyer							0
LK Bad Dürkheim							0
LK Germersheim		1					1
LK Ludwigshafen							0
LK Südliche Weinstraße							0
	0	3	0	0	0	3	6
Region Westpfalz							
Stadt Kaiserslautern	1			6			7
Stadt Pirmasens	1	4	1				6
Stadt Zweibrücken	1	2	1				4
Donnersbergkreis							0
LK Kaiserslautern		1				4	5
LK Kusel		1					1
LK Südwestpfalz	1			2		5	8
	4	8	2	8	0	9	31
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	5	6		6			17
	17	33	5	15	48	30	148

**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Truppen- und Stellenabbau**

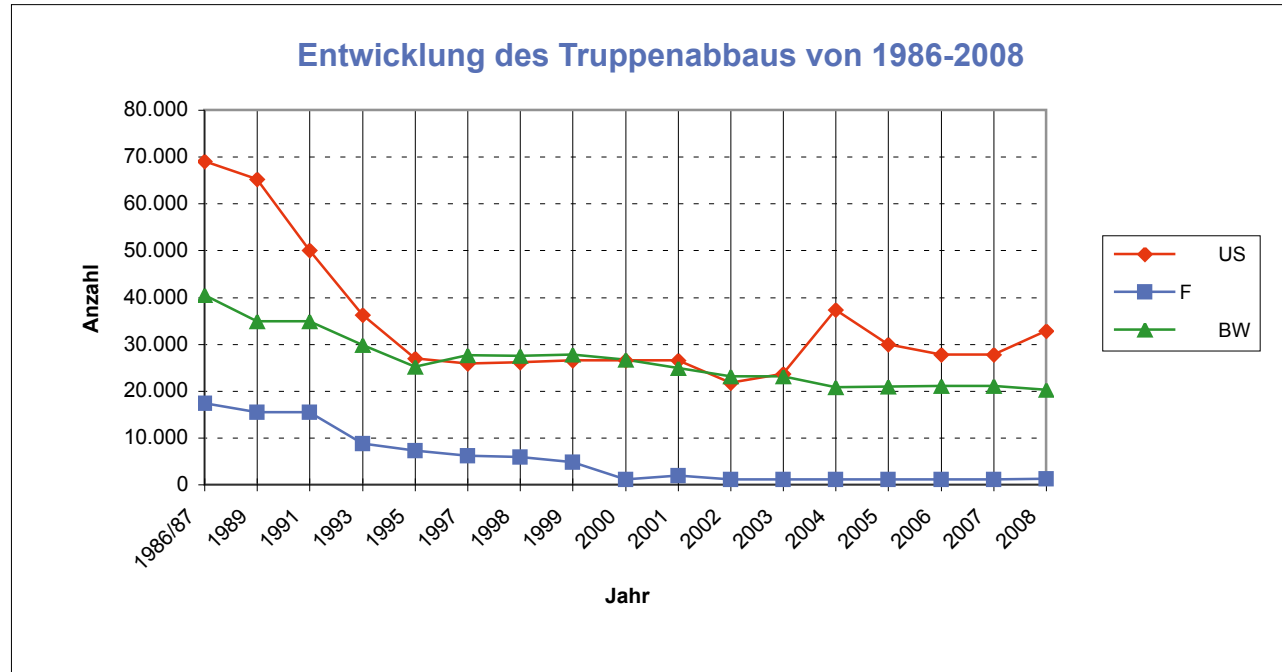
Jahr	Truppenstärke			Gesamt
	US	F	BW	
1986/87	69.000	17.300	40.500	126.800
1989	65.250	15.500	34.900	115.650
1991	50.000	15.500	34.900	100.400
1993	36.200	8.800	29.850	74.850
1995	27.000	7.200	25.100	59.300
1997	25.800	6.200	27.600	59.600
1998	26.100	5.900	27.500	59.500
1999	26.500	4.800	27.800	59.100
2000	26.580	1.150	26.600	54.330
2001	26.580	1.890	24.880	53.350
2002	21.710	1.120	23.070	45.900
2003	23.660	1.120	23.070	47.850
2004	37.290	1.140	20.760	59.190
2005	29.941	1.140	20.925	52.006
2006	27.808	1.161	21.023	49.992
2007	27.808	1.161	21.023	49.992
2008	32.887	1.190	20.288	54.365

Abbau seit 1986 **-36.113** **-16.110** **-20.212** **-72.435**
 Abbau seit 1991 **-17.113** **-14.310** **-14.612** **-46.035**

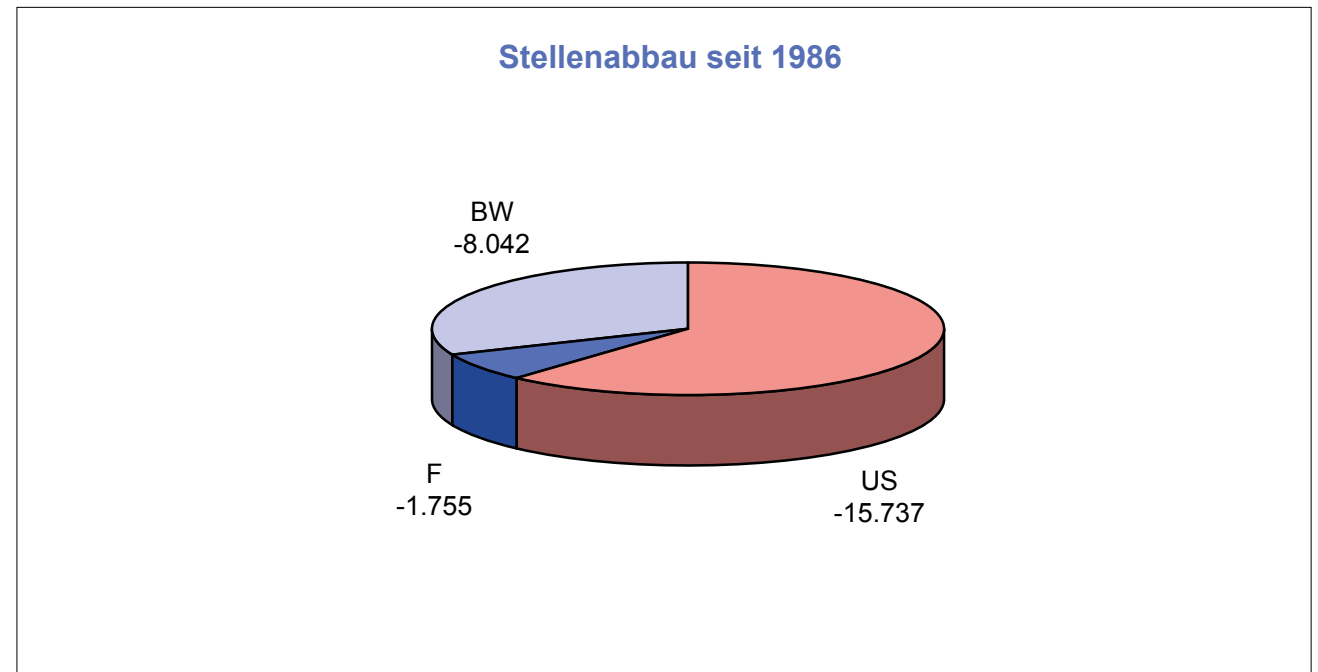
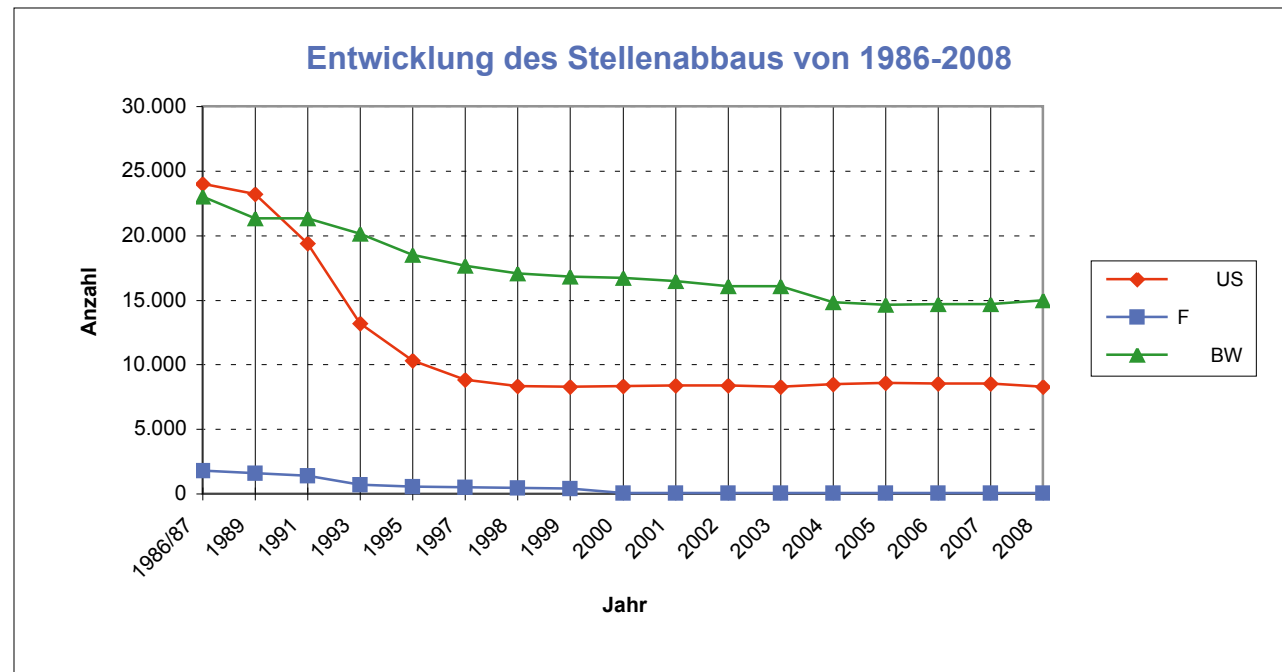
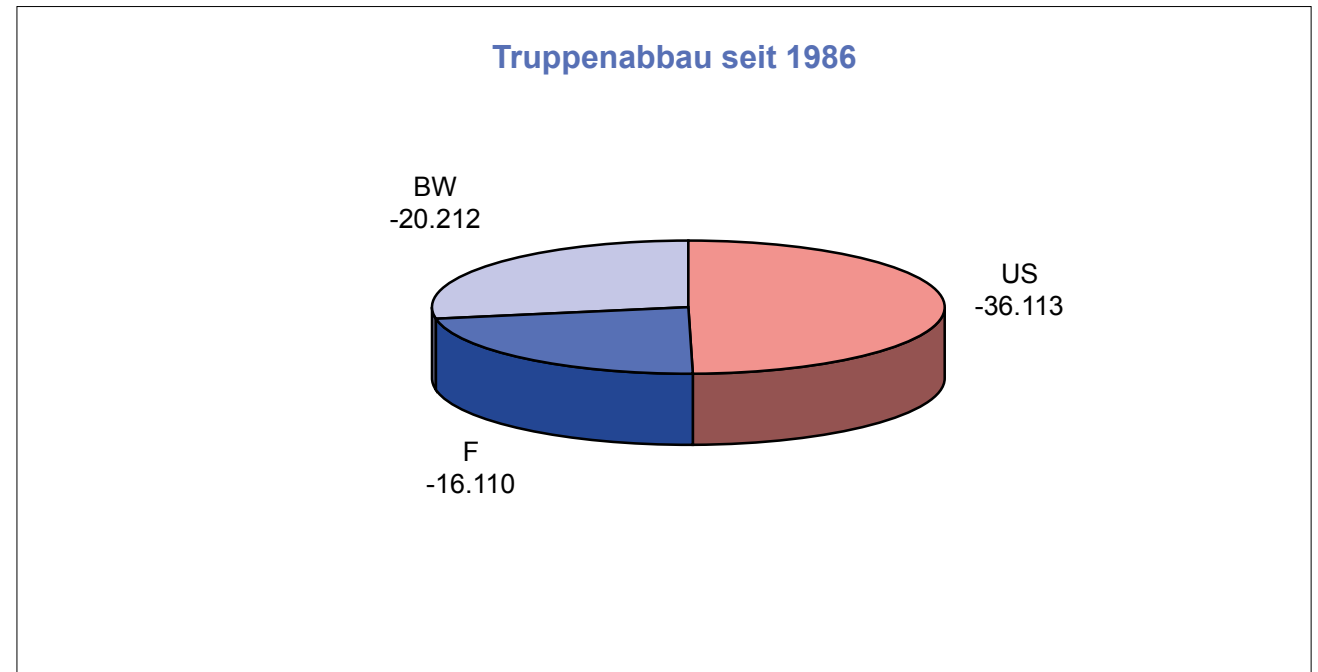
Jahr	Anzahl der Zivilstellen			Gesamt
	US	F	BW	
1986/87	24.000	1.800	23.000	48.800
1989	23.200	1.600	21.300	46.100
1991	19.400	1.400	21.300	42.100
1993	13.200	700	20.150	34.050
1995	10.300	550	18.500	29.350
1997	8.850	500	17.650	27.000
1998	8.350	440	17.050	25.840
1999	8.300	410	16.800	25.510
2000	8.350	30	16.700	25.080
2001	8.370	40	16.460	24.870
2002	8.370	40	16.070	24.480
2003	8.260	50	16.070	24.380
2004	8.490	50	14.850	23.390
2005	8.561	41	14.645	23.247
2006	8.505	42	14.685	23.232
2007	8.505	42	14.685	23.232
2008	8.263	45	14.958	23.266

Abbau seit 1986 **-15.737** **-1.755** **-8.042** **-25.534**
 Abbau seit 1991 **-11.137** **-1.355** **-6.342** **-18.834**

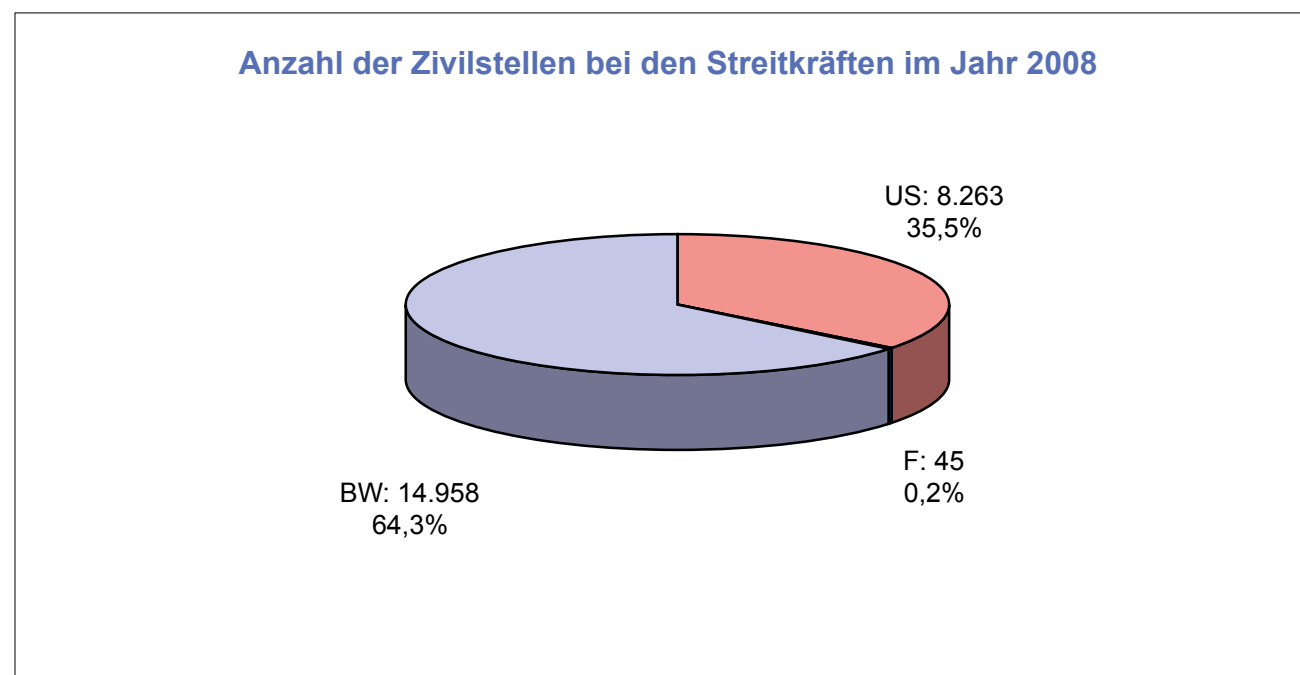
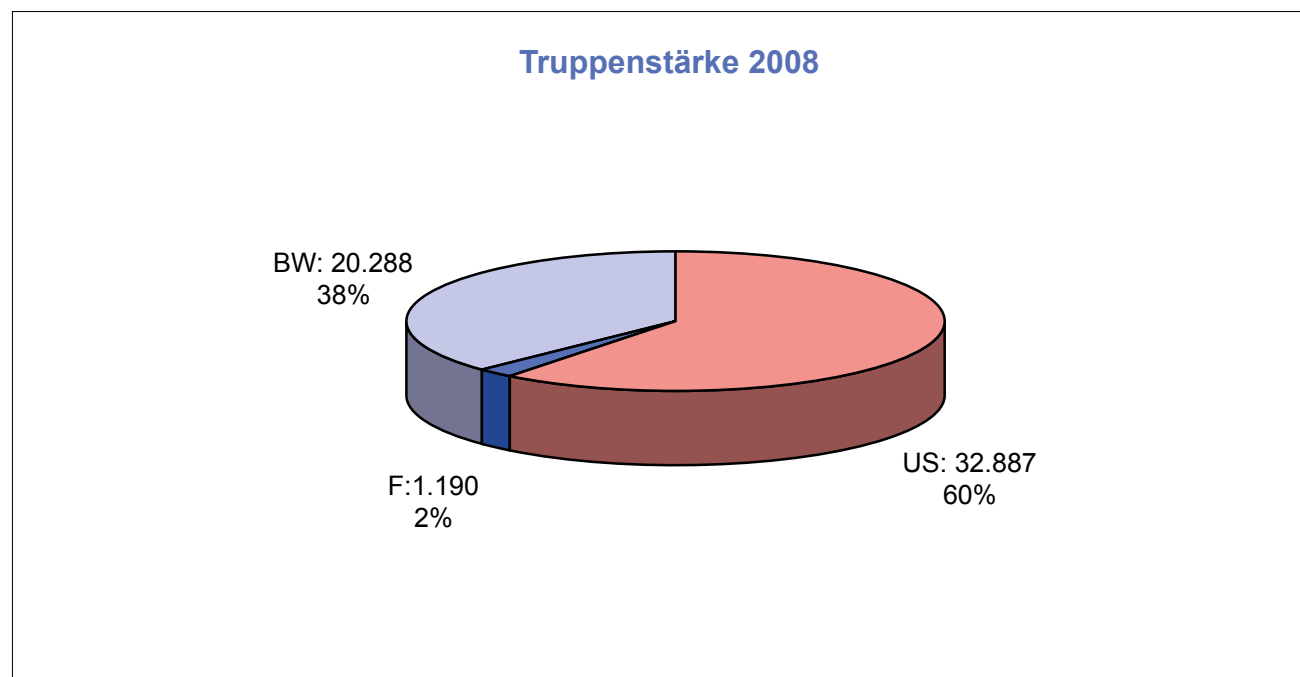
**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Truppen- und Stellenabbau**



**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Truppen- und Stellenabbau**



**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Truppenstärke und Anzahl der Zivilstellen bei den Streitkräften**

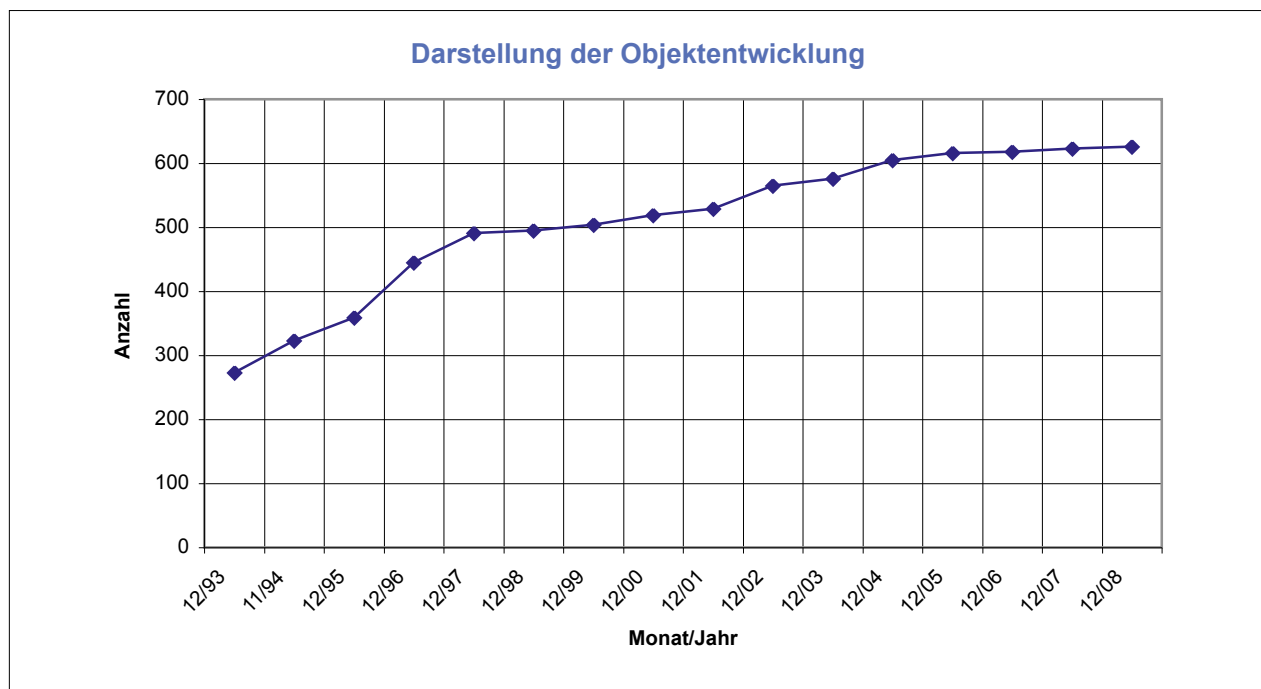
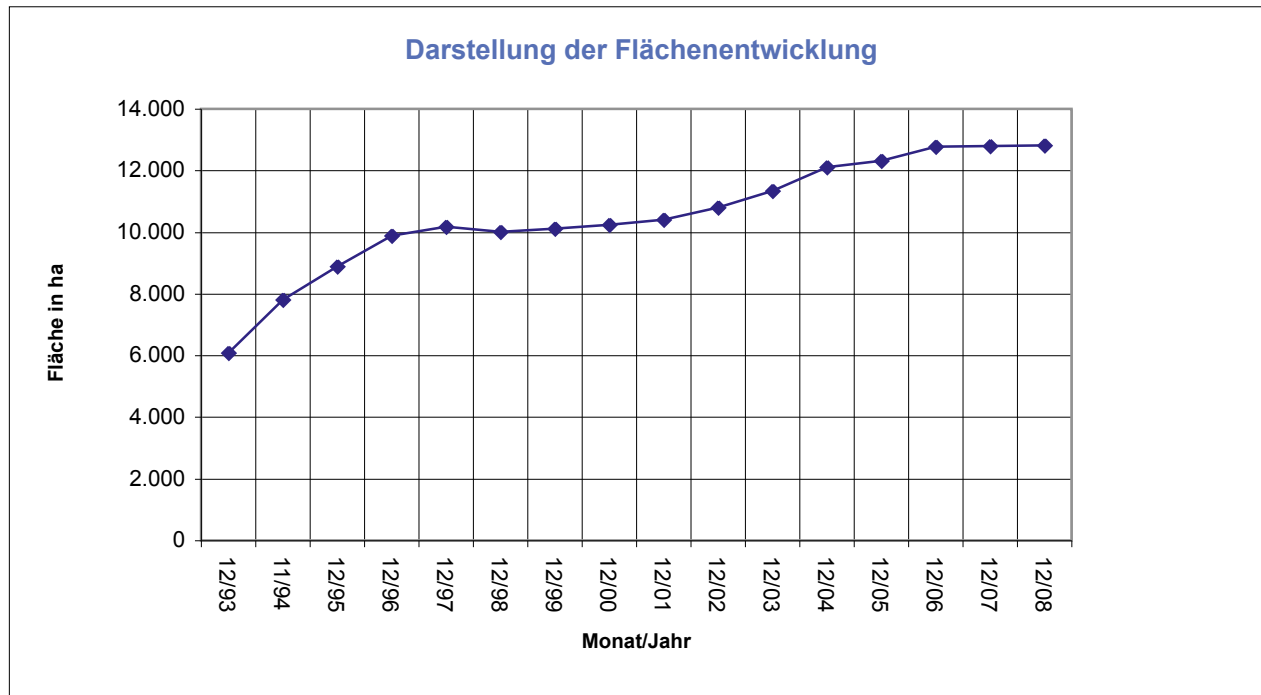


**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Freigabeentwicklung**

Monat/Jahr*)	Gesamt	Anstieg Anzahl	Fläche ha	Anstieg Fläche ha	Anstieg %
04/92	118		3.088		
01/93	186	68	4.330	1.242	40,2%
12/93	273	87	6.090	1.760	40,6%
11/94	323	50	7.800	1.710	28,1%
12/95	359	36	8.883	1.083	13,9%
12/96	445	86	9.894	1.011	11,4%
12/97	491	46	10.168	274	2,8%
12/98	495	4	10.012		
12/99	504	9	10.126		
12/00	519	15	10.244	76	0,7%
12/01	529	10	10.406	162	1,6%
12/02	565	36	10.795	389	3,7%
12/03	576	11	11.334	539	5,0%
12/04	605	29	12.115	781	6,9%
12/05	616	11	12.317	202	1,7%
12/06	618	2	12.765	448	3,6%
12/07	623	5	12.805	40	0,3%
12/08	626	3	12.816	11	0,1%

*) Zeitraum der Ankündigung, die militärische Nutzung der Liegenschaft aufzugeben

**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Freigabeentwicklung**

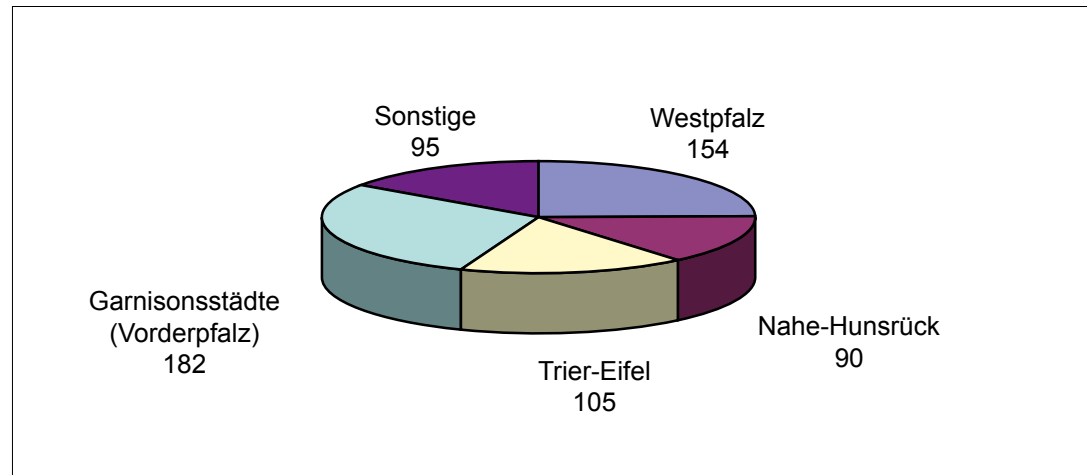


**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Konversionsregionen**

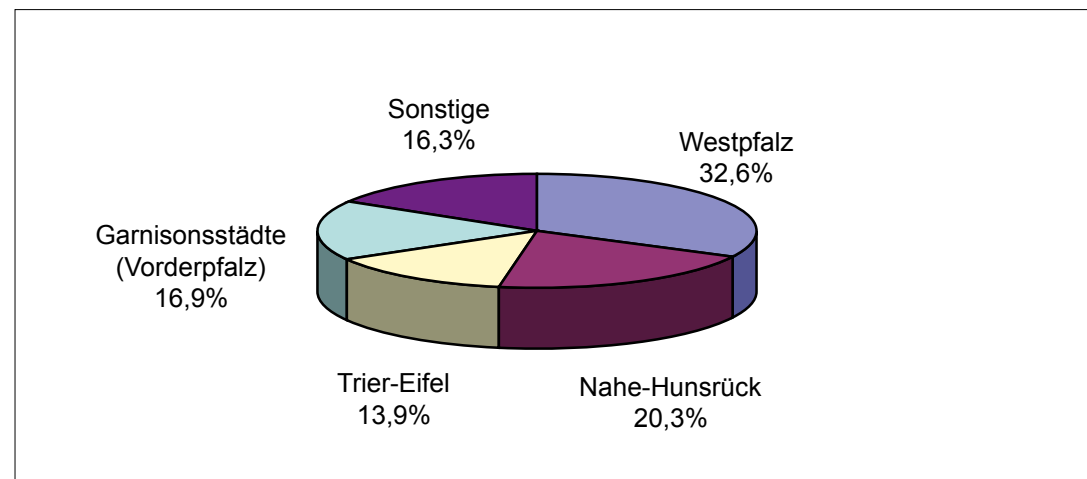
Regionen	Anzahl	Anteil %	Fläche ha	Anteil %
Westpfalz	154	24,6%	4.179	32,6%
Nahe-Hunsrück	90	14,4%	2.597	20,3%
Trier-Eifel	105	16,8%	1.780	13,9%
Garnisonsstädte (Vorderpfalz)	182	29,1%	2.168	16,9%
Sonstige	95	15,2%	2.092	16,3%
Gesamt	626	100,0%	12.816	100,0%

**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Konversionsregionen**

Regionale Aufteilung der Konversionsflächen



Anteil der Konversionsflächen in den Regionen



V. STATISTIK 2009

Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konversionsprogramms zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung im Jahr 2009 (Statistikteil)

Plangemäß erfolgt die Vorlage des Statistikteils für den Konversionsbericht 2009.

Im Berichtszeitraum standen für Konversionsmaßnahmen Landesmittel in Höhe von rd. 68 Mio. € zur Verfügung. Bis zum 31.12.2009 wurden nahezu 73 Mio. € neu bewilligt. Insgesamt 89 größere und kleinere Projekte bzw. Maßnahmen wurden im Jahr 2009 gefördert. Das mit den Bewilligungen geförderte Investitionsvolumen beträgt rd. 96 Mio. €.

Auf der Grundlage der von den Ressorts übermittelten Angaben gibt die beigefügte *Anlage 1* einen zusammenfassenden Überblick über die Maßnahmenschwerpunkte, die Haushaltsansätze, die Bewilligungen und das damit geförderte Investitionsvolumen bzw. die Gesamtkosten für das Jahr 2009. Die Übersicht – geordnet nach Regionen und Kreisen – ergibt sich aus der *Anlage 2* und – sortiert nach der Rangfolge der Bewilligungen – aus der *Anlage 3* sowie eine Aufteilung nach Regionen und Ressorts aus der *Anlage 4*.

Seit Konversionsbeginn im Jahr 1992 wurden gut **1,65 Mrd. €** für Konversionsprojekte bewilligt. Die genaue Entwicklung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Zeitraum	Bewilligungen (in Tsd. €)	Zeitraum	Bewilligungen (in Tsd. €)
1992/1993	166.681	2002	99.641
1994/1995	273.998	2003	82.955
1996	130.834	2004	51.950
1997	116.166	2005	49.820
1998	96.160	2006	56.900
1999	132.372	2007	54.400
2000	101.693	2008	59.750
2001	104.680	2009	72.940
		Insgesamt	1.650.940

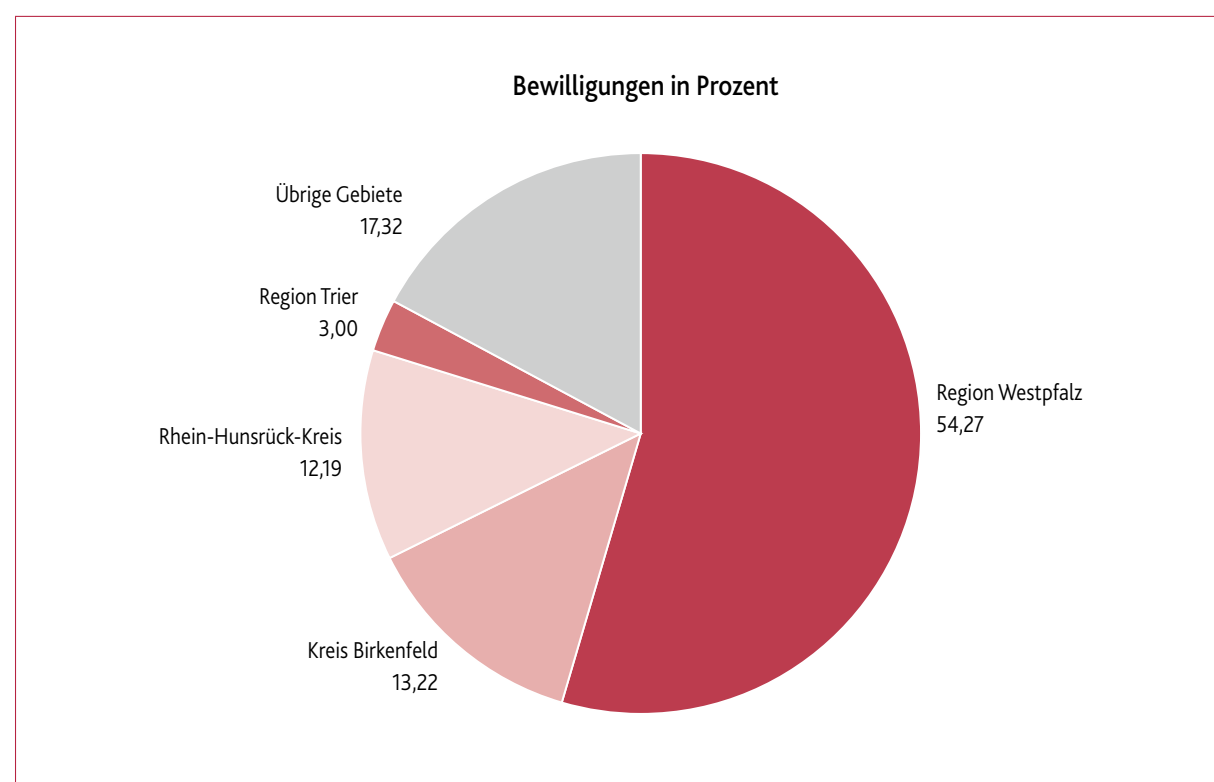
Ferner werden zu den Mitteln des Landeskonversionsprogramms weitere Mittel aus anderen Programmen (z.B. städtebauliche Erneuerung, Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, einzelbetriebliche Förderung etc.) bereitgestellt, die teilweise auch in die betroffenen Konversionsgebiete fließen. In 2009 wurden 0,675 Mio. € für die Förderung von zwei Projekten aus Mitteln zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur bewilligt. Im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung wurden sieben Neueinrichtungen bzw. Erweiterungen von Betriebsstätten mit einem Zuschussvolumen von rd. 3,72 Mio. € unterstützt. Unter Einbeziehung dieser Förderprogramme wurden in den Jahren 1992-2009 rund 2,0 Mrd. € bewilligt.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Fördermittel ergibt sich folgendes Ergebnis:

Zu den bundesweit von der Konversion besonders betroffenen Gebieten mit der höchsten Konzentration militärischer Einrichtungen gehören die Westpfalz, der Landkreis Birkenfeld, der Rhein-Hunsrück-Kreis sowie die Region Trier. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Fördermittel des Konversionsprogramms auf diese Gebiete.

Konversionsgebiete	Bewilligungen		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten	
	in Tsd. €	in Prozent	in Tsd. €	in Prozent
Region Westpfalz	39.583	54,27	44.649	46,51
Landkreis Birkenfeld	9.642	13,22	12.854	13,39
Rhein-Hunsrück-Kreis	8.895	12,19	11.269	11,74
Region Trier	2.188	3,00	3.128	3,26
übrige Gebiete	12.632	17,32	24.095	25,10
Gesamtsumme:	72.940	100,00	95.995	100,00

Rd. 83 % der bewilligten Mittel sind in die am stärksten betroffenen Konversionsgebiete geflossen. Die Region Westpfalz (insbesondere Zweibrücken) und der Landkreis Birkenfeld liegen dabei an erster bzw. zweiter Stelle (s. Anlage 3).

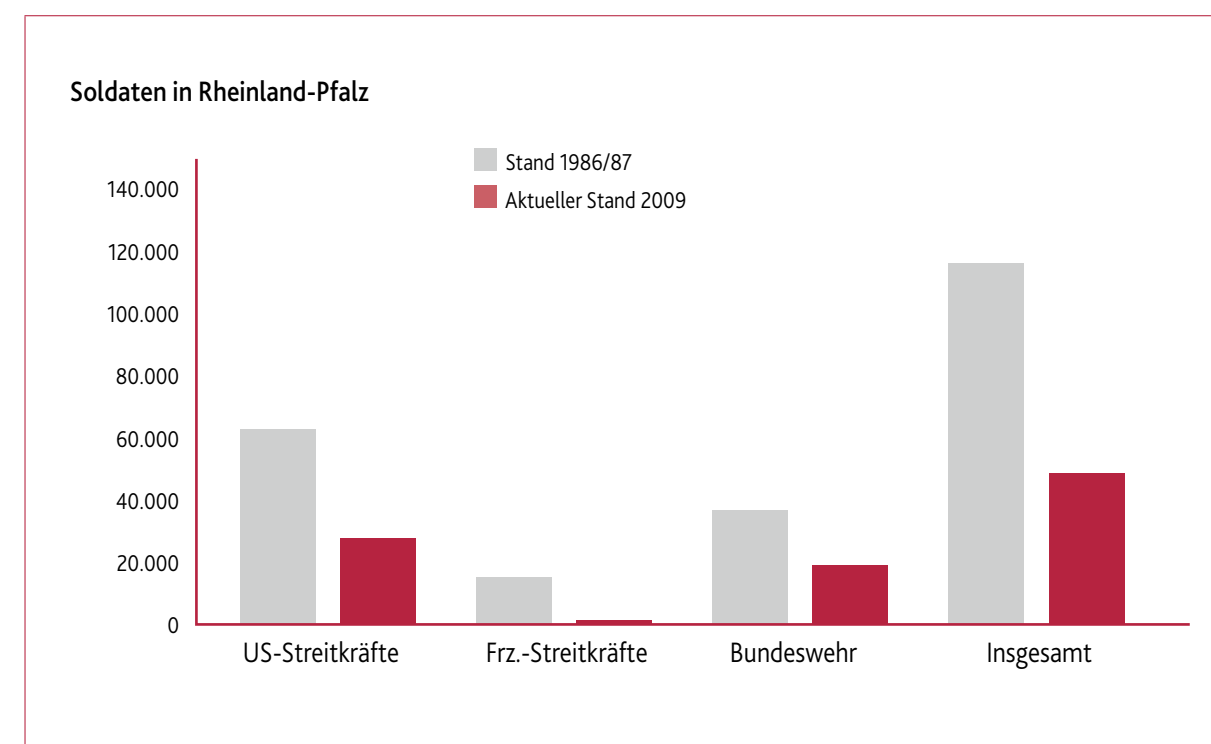


Mit dem Konversionsprogramm hat die rheinland-pfälzische Landesregierung frühzeitig eine weitreichende Kompensation des Truppenabbaus eingeleitet und die Struktur- und Arbeitsmarktpolitik tiefgreifend umgestaltet. Bestes Beispiel ist das erfolgreichste Konversionsprojekt in Deutschland, die Errichtung des Flughafens Frankfurt-Hahn als ersten internationalen Verkehrsflughafen von Rheinland-Pfalz.

Allein in den Projekten Flughafen Frankfurt-Hahn, Flughafen Zweibrücken, Flugplatz Bitburg, PRE-Park Kaiserslautern und Industriepark Region Trier sind mehr als 10.000 direkte Arbeitsplätze geschaffen worden, erheblich mehr, als die Stationierungskräfte an deutschen Zivilbeschäftigten an diesen Standorten beschäftigt hatten. Insgesamt sind in den Konversionsprojekten bisher mindestens 50.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze entstanden. Die aktuellen Zahlen über den Stellenabbau bei den Soldaten und den Zivilbeschäftigten ergeben sich aus den folgenden Tabellen und Diagrammen, wobei als Vergleichsgrundlage die Zahlen von 1986/87 herangezogen werden, dem Zeitraum der größten Truppenpräsenz in Rheinland-Pfalz:

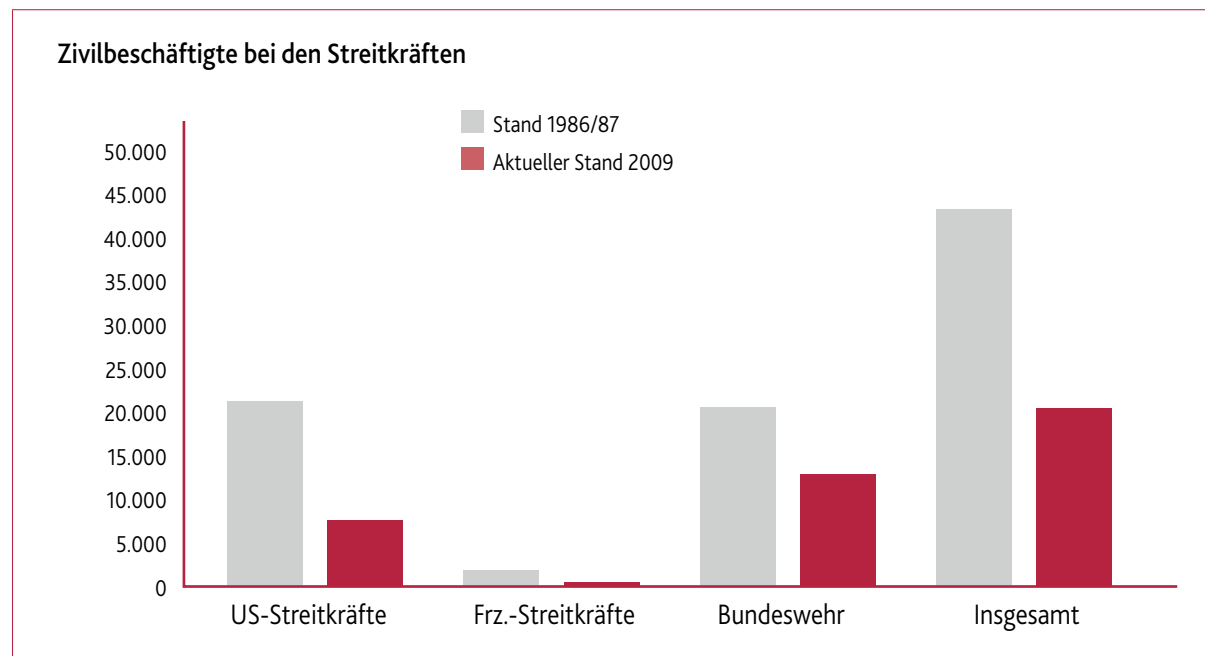
a) Soldaten:

Soldaten	Stand 1986/87	Stand 2009	Abbau gesamt	Abbau in Prozent
US-Streitkräfte	69.000	31.077	37.923	54,96
Frz. Streitkräfte	17.300	1.080	16.220	93,76
Bundeswehr	40.500	20.658	19.842	48,99
Insgesamt:	126.800	52.815	73.985	58,35



b) Zivilbeschäftigte:

Zivilbeschäftigte	Stand 1986/87	Stand 2009	Abbau gesamt	Abbau in Prozent
US-Streitkräfte	24.000	8.303	15.697	65,40
Frz. Streitkräfte	1.800	34	1.766	98,11
Bundeswehr	23.000	14.267	8.733	37,96
Insgesamt:	48.800	22.604	26.196	53,68



Seit 1986/87 wurden demnach

- **73.985 Soldaten** der Stationierungsstreitkräfte und der Bundeswehr sowie
- **26.196 zivile Arbeitsplätze** abgebaut.

Insgesamt hat Rheinland-Pfalz durch den Truppenabbau einen unmittelbaren Verlust von mehr als 100.000 militärischen und zivilen Stellen zu verkraften. Hinzu kommen noch wenigstens 50.000 mittelbar betroffene Arbeitnehmer aus anderen Wirtschaftsbereichen. Die Entwicklung des Truppen- und Stellenabbaus über die einzelnen Jahre ergibt sich aus der *Anlage 5*.

Bis Ende 2009 wurden in Rheinland-Pfalz 640 militärische Liegenschaften mit insgesamt 12.947 ha von der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften freigegeben bzw. zur Freigabe angekündigt. Die Freigabeentwicklung im Einzelnen ergibt sich aus der *Anlage 6*.

Die *Anlage 7* gibt einen Überblick über die regionale Gliederung der Konversionsflächen in Rheinland-Pfalz.

Landesprogramm Konversion 2009
Auswertung nach Einzelplänen

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2009 (in Tsd. €)	bewilligt 2009 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	08 75	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	245	779	953	4
	08 75	683 01	Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes	1.486	2.934	3.668	2
	08 75	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	1.603	986	1.233	6
	08 75	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	1.900	416	520	3
	08 11	892 03	Um- und Ausbau von Landeplätzen	1.000	9.745	12.181	1
	08 77	686 02	Förderung von Projekten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation	1.600	2.272	2.840	2
	08 75	831 01	Erwerb und Erhöhung von Beteiligungen	7.358	7.272	9.090	2
			Summe:	15.192	24.404	30.484	20

Für die Förderung von 2 Konversionsprojekten wurden weitere Mittel zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur i. H. v. 675 TEURO bewilligt. Daneben wurde im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung die Erweiterung bzw. Neuerrichtung von 7 Betrieben mit einem Betrag von 3.717 TEURO unterstützt.

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2009 (in Tsd. €)	bewilligt 2009 (in Tsd. €) **	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium des Innern und für Sport	03 75	547 16	Sachaufwand für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Konversion	315	281	360	6
	20 75	883 08	Investitionsstock	0	0	0	0
	20 75	883 15	Städtebau	17.630	13.691	17.630	22
		Summe:	17.945	13.972	17.990	28	

Aus dem Investitionsstock wurden in 2009 keine Konversionsprojekte mehr gefördert. Diese sind nun unter Kapitel 20 75, Titel 883 15 zu ersehen.

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2009 (in Tsd. €)	bewilligt 2009 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen	06 75	684 22	Zuschüsse zu Maßnahmen zur Bewältigung der Beschäftigungsfolgen des Truppenabbaus	3.745	3.745	4.044	8
			Summe:	3.745	3.745	4.044	8

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2009 (in Tsd. €)	bewilligt 2009 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium der Finanzen	12 75	893 01	Zuschüsse zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialwohnungen und selbstgenutzte Eigentumswohnungen sowie für Wohnumfeldverbesserungen	1.000	527	2.362	24
			Summe:	1.000	527	2.362	24

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2009 (in Tsd. €)	bewilligt 2009 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz	14 75	883 51	Zuweisungen zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.544	2.544	8.170	4
			Summe:	2.544	2.544	8.170	4

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2009 (in Tsd. €)	bewilligt 2009 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten	Anzahl der Projekte
Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur	09 62	HG 4 - HG 8	Betrieb des Fachhochschulstandortes Zweibrücken	15.525	15.525	15.525	1
	09 66	HG 4 - HG 8	Betrieb des Fachhochschulstandortes Birkenfeld	7.525	7.525	7.525	1
	09 62	HG 4 - HG 8	Betrieb des Fachhochschulstandortes Pirmasens	4.340	4.340	4.340	1

	09 67	HG 5	Betriebskosten der Gebäude der De La Police- Kaserne durch die Fachhochschule Worms	113	113	113	1
	12 75	812 13	FH Worms, DeLa Police Kaserne	250	244	5.487	1
			Summe:	27.752	27.746	32.989	5

Gesamtsumme	68.178	72.938	96.039	89
--------------------	---------------	---------------	---------------	-----------

Auswertung nach Regionen/Kreisen 2009

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2009		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Region Mittelrhein-Westerw.					
Stadt Koblenz	1.000	1,37	1.333	1,39	1
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
LK Altenkirchen	0	0,00	0	0,00	0
LK Cochem-Zell	50	0,07	56	0,06	1
LK Mayen Koblenz	814	1,12	1.085	1,13	2
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Hunsrück-Kreis	8.895	12,19	11.269	11,74	7
Rhein-Lahn-Kreis	675	0,93	1.846	1,92	3
Westerwaldkreis	599	0,82	2.724	2,84	2
Zwischensumme:	12.033	16,50	18.313	19,08	16
Region Trier					
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Bernkastel-Wittlich	323	0,44	404	0,42	2
LK Bitburg-Prüm	251	0,34	670	0,70	9
LK Daun	1.087	1,49	1.278	1,33	1
LK Trier-Saarburg	527	0,72	776	0,81	3
Zwischensumme:	2.188	3,00	3.128	3,26	15
Region Rheinhessen-Nahe					
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Worms	857	1,17	6.225	6,48	3
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Kreuznach	3.850	5,28	5.608	5,84	6
LK Birkenfeld	9.642	13,22	12.854	13,39	16
LK Mainz-Bingen	0	0,00	0	0,00	0
Zwischensumme:	14.349	19,67	24.687	25,72	25
Region Rheinpfalz					
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Landau	1.200	1,65	1.500	1,56	1
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
Zwischensumme:	1.200	1,65	1.500	1,56	1
Region Westpfalz					
Stadt Kaiserslautern	441	0,60	623	0,65	4
Stadt Pirmasens	5.540	7,60	5.673	5,91	3
Stadt Zweibrücken	33.413	45,81	38.085	39,67	14
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Kaiserslautern	182	0,25	260	0,27	1
LK Kusel	0	0,00	0	0,00	0
LK Südwestpfalz	7	0,01	8	0,01	1
Zwischensumme:	39.583	54,27	44.649	46,51	23
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	3.587	4,92	3.718	3,87	9
Gesamtbetrag:	72.940	100,00	95.995	100,00	89

Auswertung nach Kreisen 2009 (Rangfolge nach Bewilligungen)

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2009		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Stadt Zweibrücken	33.413	45,81	38.085	39,67	14
LK Birkenfeld	9.642	13,22	12.854	13,39	16
Rhein-Hunsrück-Kreis	8.895	12,19	11.269	11,74	7
Stadt Pirmasens	5.540	7,60	5.673	5,91	3
LK Bad Kreuznach	3.850	5,28	5.608	5,84	6
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	3.587	4,92	3.718	3,87	9
Stadt Landau	1.200	1,65	1.500	1,56	1
LK Daun	1.087	1,49	1.278	1,33	1
Stadt Koblenz	1.000	1,37	1.333	1,39	1
Stadt Worms	857	1,17	6.225	6,48	3
LK Mayen Koblenz	814	1,12	1.085	1,13	2
Rhein-Lahn-Kreis	675	0,93	1.846	1,92	3
Westerwaldkreis	599	0,82	2.724	2,84	2
LK Trier-Saarburg	527	0,72	776	0,81	3
Stadt Kaiserslautern	441	0,60	623	0,65	4
LK Bernkastel-Wittlich	323	0,44	404	0,42	2
LK Bitburg-Prüm	251	0,34	670	0,70	9
LK Kaiserslautern	182	0,25	260	0,27	1
LK Cochem-Zell	50	0,07	56	0,06	1
LK Südwestpfalz	7	0,01	8	0,01	1
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
LK Kusel	0	0,00	0	0,00	0
LK Altenkirchen	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Mainz-Bingen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
LK Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
Gesamtbetrag	72.940	100	95.995	100	89

Bewilligungen 2009 (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWVLW	ISM	MBWJK	MASGFF	FM	MUFV	Gesamtbetrag
Region Mittelrhein-Westerr.							
Stadt Koblenz		1.000					1.000
LK Ahrweiler							0
LK Altenkirchen							0
LK Cochem-Zell		50					50
LK Mayen Koblenz	14	800					814
LK Neuwied							0
Rhein-Hunsrück-Kreis	8.695					200	8.895
Rhein-Lahn-Kreis		411				264	675
Westerwaldkreis	19					580	599
Zwischensumme:	8.728	2.261	0	0	0	1.044	12.033
Region Trier							
Stadt Trier							0
LK Berncastel-Wittlich	243	80					323
LK Bitburg-Prüm	61				190		251
LK Daun		1.087					1.087
LK Trier-Saarburg		527					527
Zwischensumme:	304	1.694	0	0	190	0	2.188
Region Rheinhessen-Nahe							
Stadt Mainz							0
Stadt Worms		500	357				857
LK Alzey-Worms							0
LK Bad Kreuznach		3.800			50		3.850
LK Birkenfeld	120	235	7.525		262	1.500	9.642
LK Mainz-Bingen							0
Zwischensumme:	120	4.535	7.882	0	312	1.500	14.349
Region Rheinpfalz							
Stadt Frankenthal							0
Stadt Landau		1.200					1.200
Stadt Ludwigshafen							0
Stadt Neustadt							0
Stadt Speyer							0
LK Bad Dürkheim							0
LK Germersheim							0
LK Ludwigshafen							0
LK Südliche Weinstraße							0
Zwischensumme:	0	1.200	0	0	0	0	1.200
Region Westpfalz							
Stadt Kaiserslautern				441			441
Stadt Pirmasens		1.200	4.340				5.540
Stadt Zweibrücken	15.161	2.620	15.525	82	25		33.413
Donnersbergkreis							0
LK Kaiserslautern		182					182
LK Kusel							0
LK Südwestpfalz	7						7
Zwischensumme:	15.168	4.002	19.865	523	25	0	39.583
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	84	281		3.222			3.587
Gesamtbetrag:	24.404	13.973	27.747	3.745	527	2.544	72.940

Damit gefördertes Investitionsvolumen/Gesamtkosten (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWVLW	ISM	MBWJK	MASGFF	FM	MUFV	Gesamtbetrag
Region Mittelrhein-Westerr.							
Stadt Koblenz		1.333					1.333
LK Ahrweiler							0
LK Altenkirchen							0
LK Cochem-Zell		56					56
LK Mayen Koblenz	18	1.067					1.085
LK Neuwied							0
Rhein-Hunsrück-Kreis	10.869					400	11.269
Rhein-Lahn-Kreis		526				1.320	1.846
Westerwaldkreis	24					2.700	2.724
Zwischensumme:	10.911	2.982	0	0	0	4.420	18.313
Region Trier							
Stadt Trier							0
LK Berncastel-Wittlich	304	100					404
LK Bitburg-Prüm	76				594		670
LK Daun		1.278					1.278
LK Trier-Saarburg		776					776
Zwischensumme:	380	2.154	0	0	594	0	3.128
Region Rheinhessen-Nahe							
Stadt Mainz							0
Stadt Worms		625	5.600				6.225
LK Alzey-Worms							0
LK Bad Kreuznach		5.067			541		5.608
LK Birkenfeld	150	320	7.525		1.109	3.750	12.854
LK Mainz-Bingen							0
Zwischensumme:	150	6.012	13.125	0	1.650	3.750	24.687
Region Rheinpfalz							
Stadt Frankenthal							0
Stadt Landau		1.500					1.500
Stadt Ludwigshafen							0
Stadt Neustadt							0
Stadt Speyer							0
LK Bad Dürkheim							0
LK Germersheim							0
LK Ludwigshafen							0
LK Südliche Weinstraße							0
Zwischensumme:	0	1.500	0	0	0	0	1.500
Region Westpfalz							
Stadt Kaiserslautern				623			623
Stadt Pirmasens		1.333	4.340				5.673
Stadt Zweibrücken	18.951	3.389	15.525	102	118		38.085
Donnersbergkreis							0
LK Kaiserslautern		260					260
LK Kusel							0
LK Südwestpfalz	8						8
Zwischensumme:	18.959	4.982	19.865	725	118	0	44.649
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	84	315		3.319			3.718
Gesamtbetrag:	30.484	17.945	32.990	4.044	2.362	8.170	95.995

Anzahl der Projekte

Regionen/Kreise	MWVLW	ISM	MBWJK	MASGFF	FM	MUFV	Summe
on Mittelrhein-Westerw.							
: Koblenz		1					1
hrweiler							0
Ittenkirchen							0
ochem-Zell		1					1
layen Koblenz	1	1					2
euwied							0
1-Hunsrück-Kreis	6					1	7
1-Lahn-Kreis		2				1	3
erwaldkreis	1					1	2
	8	5	0	0	0	3	16
on Trier							
: Trier							0
ernkastel-Wittlich	1	1					2
itburg-Prüm	1				8		9
aun		1					1
ier-Saarburg		3					3
	2	5	0	0	8	0	15
on Rheinhessen-Nahe							
: Mainz							0
: Worms		1	2				3
izey-Worms							0
ad Kreuznach		2			4		6
irkenfeld	1	2	1		11	1	16
ainz-Bingen							0
	1	5	3	0	15	1	25
on Rheinpfalz							
: Frankenthal							0
: Landau		1					1
: Ludwigshafen							0
: Neustadt							0
: Speyer							0
ad Dürkheim							0
ermersheim							0
udwigshafen							0
üdliche Weinstraße							0
	0	1	0	0	0	0	1
on Westpfalz							
: Kaiserslautern				4			4
: Pirmasens		2	1				3
: Zweibrücken	8	3	1	1	1		14
ersbergkreis							0
aiserslautern		1					1
usel							0
udwestpfalz	1						1
	9	6	2	5	1	0	23
lige, regional nicht ordnende Ausgaben		6		3			9
	20	28	5	8	24	4	89

KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Truppen- und Stellenabbau

Truppenabbau

Jahr	US	FFA	BW	Gesamt
1986/87	69.000	17.300	40.500	126.800
1989	65.250	15.500	34.900	115.650
1991	50.000	15.500	34.900	100.400
1993	36.200	8.800	29.850	74.850
1995	27.000	7.200	25.100	59.300
1997	25.800	6.200	27.600	59.600
1998	26.100	5.900	27.500	59.500
1999	26.500	4.800	27.800	59.100
2000	26.580	1.150	26.600	54.330
2001	26.580	1.890	24.880	53.350
2002	21.710	1.120	23.070	45.900
2003	23.660	1.120	23.070	47.850
2004	37.290	1.140	20.760	59.190
2005	29.941	1.140	20.925	52.006
*2006/07	27.808	1.161	21.023	49.992
2008	32.887	1.190	20.288	54.365
*2009	31.077	1.080	20.658	52.815

Abbau seit 1986 **-37.923** **-16.220** **-19.842** **-73.985**

Abbau seit 1991 **-18.923** **-14.420** **-14.242** **-47.585**

Stellenabbau

Jahr	US	FFA	BW	Gesamt
1986/87	24000	1800	23000	48800
1989	23.200	1.600	21.300	46.100
1991	19.400	1.400	21.300	42.100
1993	13.200	700	20.150	34.050
1995	10.300	550	18.500	29.350
1997	8.850	500	17.650	27.000
1998	8.350	440	17.050	25.840
1999	8.300	410	16.800	25.510
2000	8.350	30	16.700	25.080
2001	8.370	40	16.460	24.870
2002	8.370	40	16.070	24.480
2003	8.260	50	16.070	24.380
2004	8.490	50	14.850	23.390
2005	8.561	41	14.645	23.247
*2006/07	8.505	42	14.685	23.232
2008	8.263	45	14.958	23.266
*2009	8.303	34	14.267	22.604

Abbau seit 1986 **-15.697** **-1.766** **-8.733** **-26.196**

Abbau seit 1991 **-11.097** **-1.366** **-7.033** **-19.496**

Hinweis:

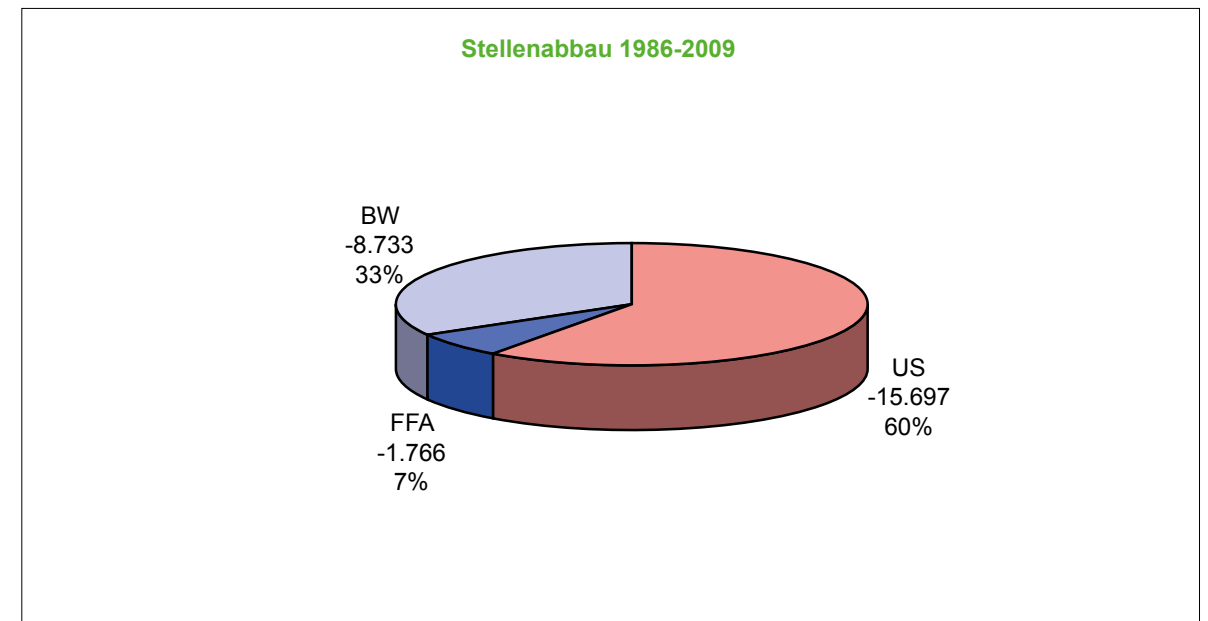
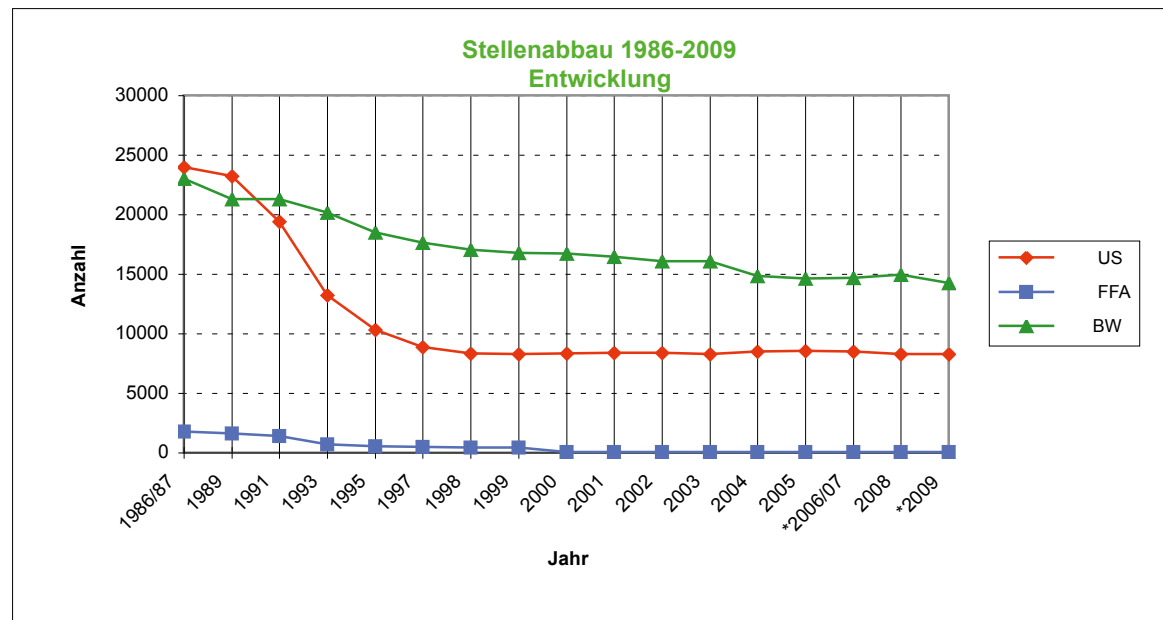
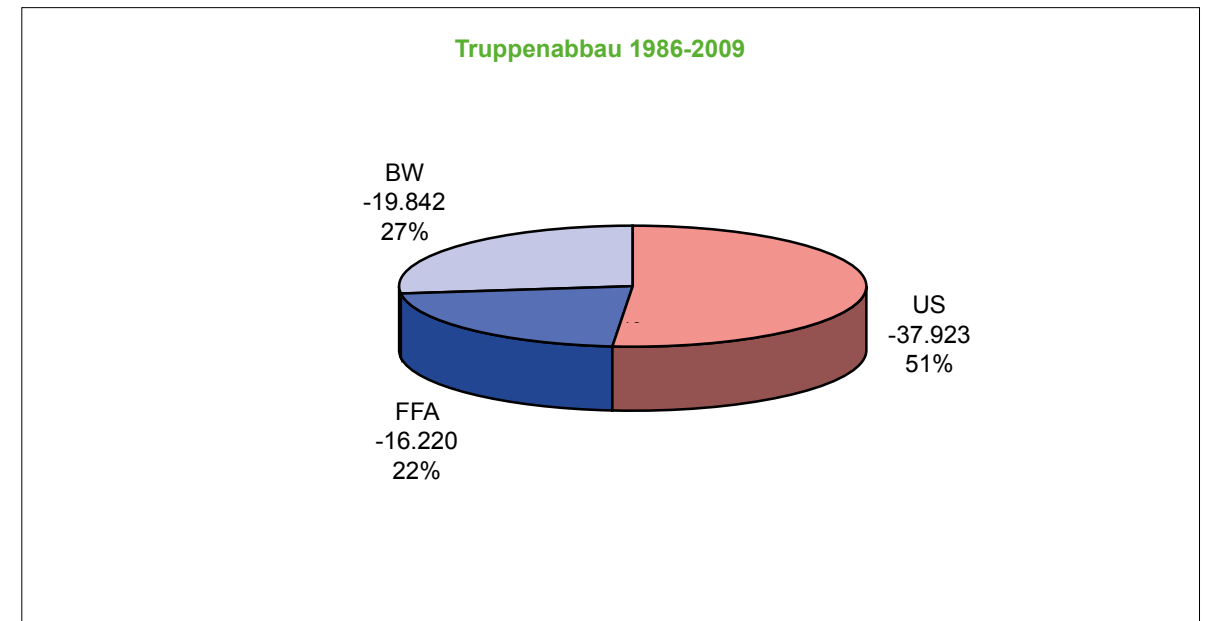
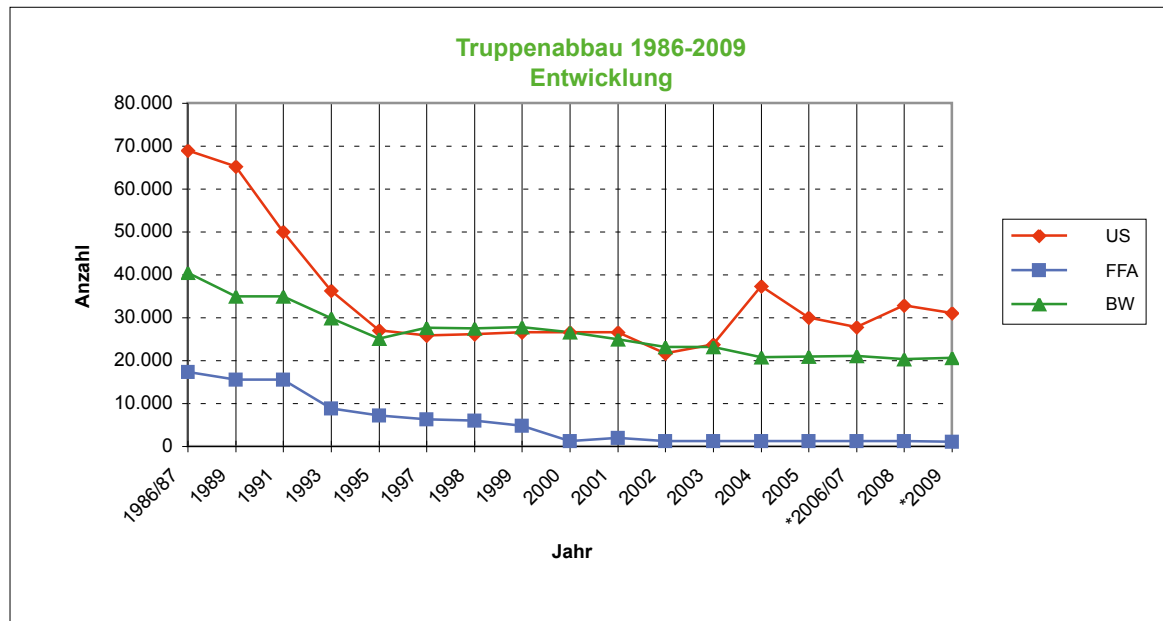
* Die Zahlen für das Jahr 2007/08 lagen dem ISM bei Berichtserstellung noch nicht vor.

Stellenabbau

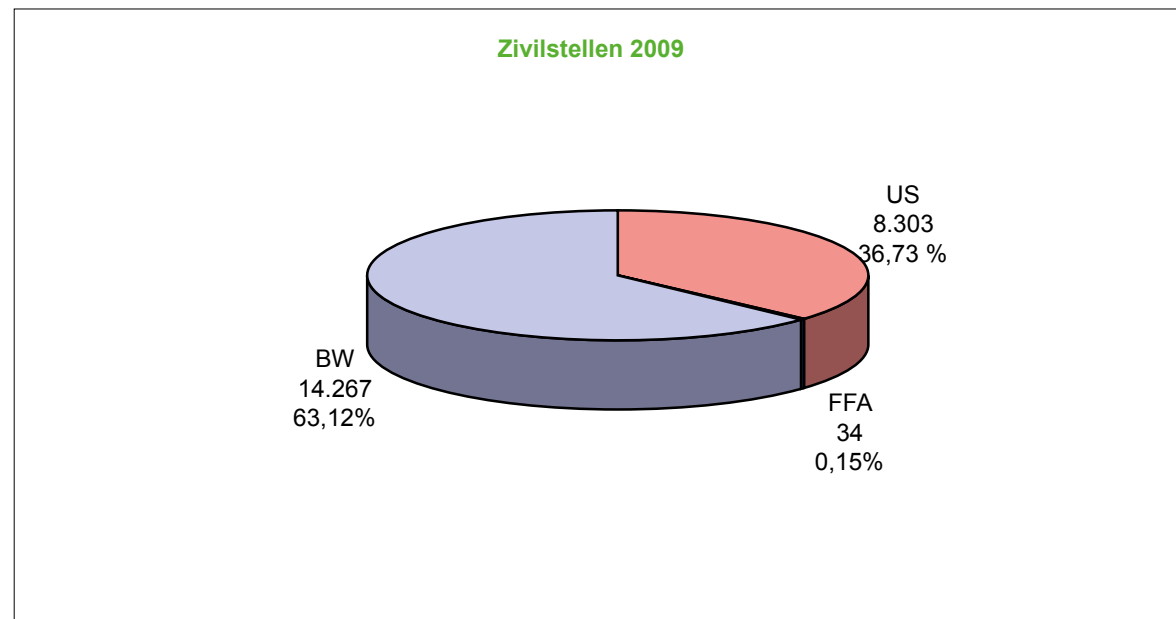
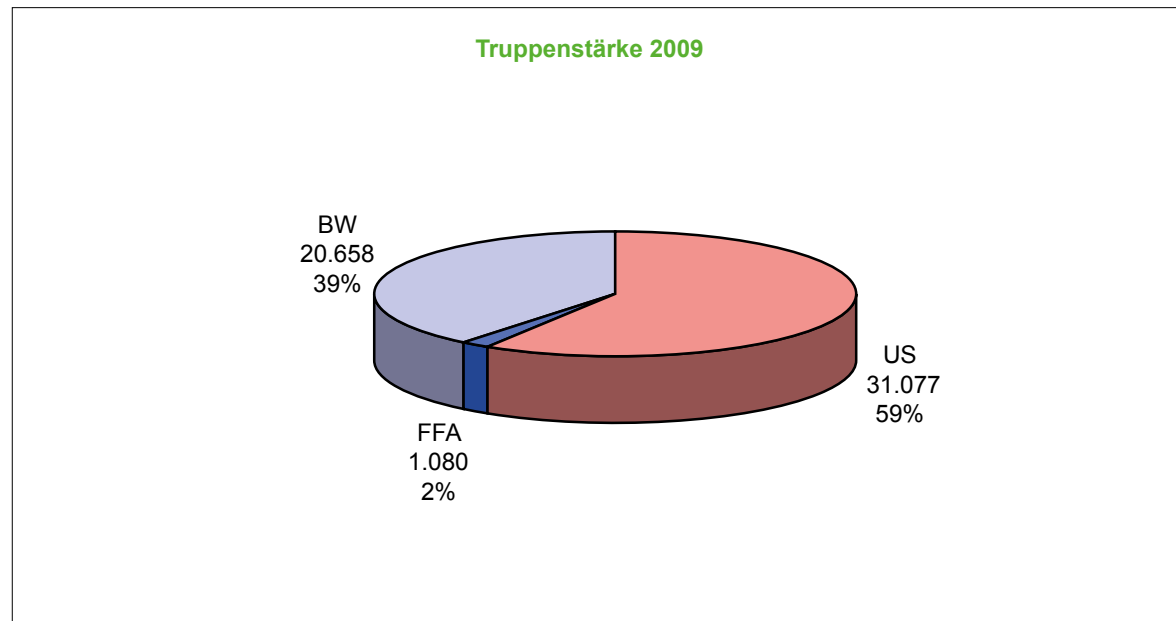
Rüstungsindustrie: **-6.200**

* Daten BW/US Stand 05/09

**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Truppen- und Stellenabbau**



**KONVERSION
IN RHEINLAND-PFALZ
Truppen- und Stellenabbau**

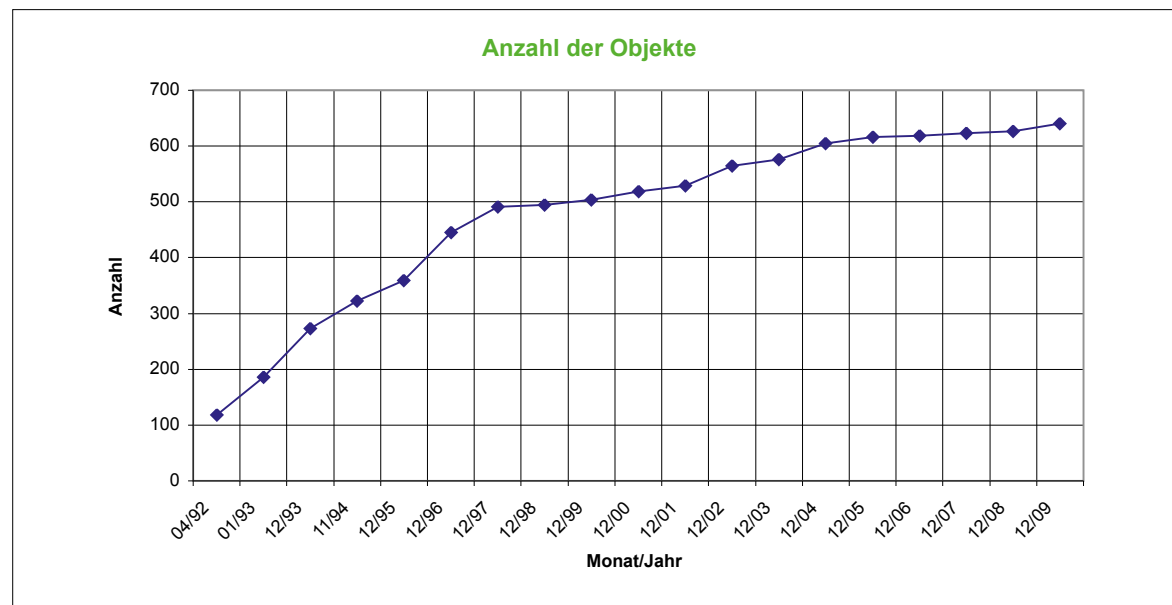
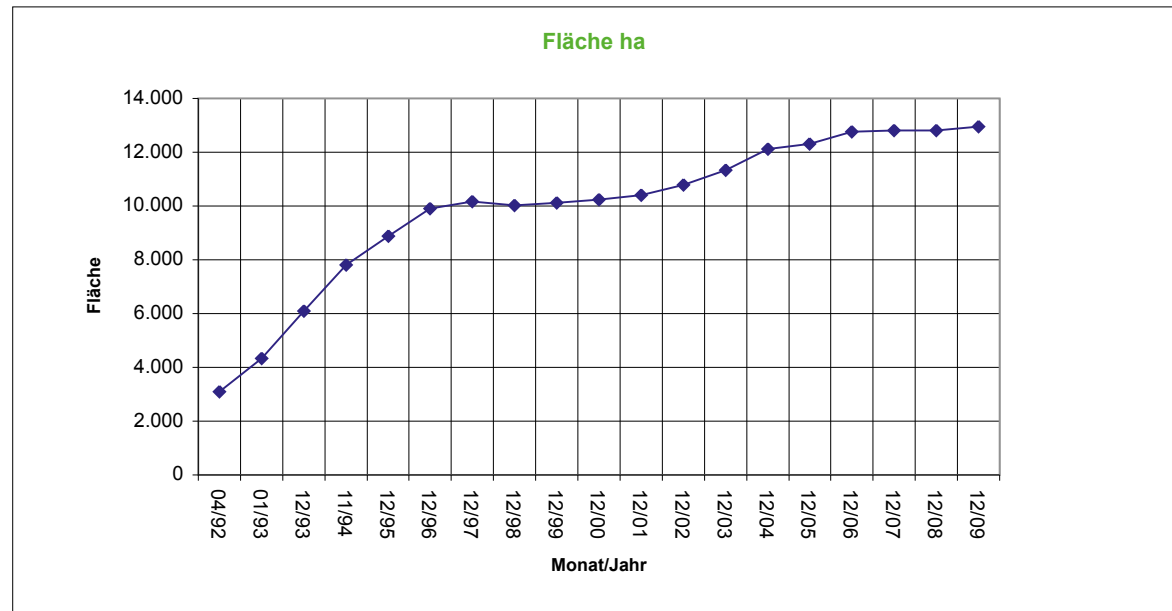


**KONVERSIONSLIEGENSCHAFTEN UND -OBJEKTE
RHEINLAND-PFALZ
Freigabeentwicklung**

Monat/Jahr	Anzahl	Anstieg Anzahl	Fläche ha	Anstieg Fläche ha	Anstieg %
*)					
04/92	118		3.088		
01/93	186	68	4.330	1.242	40,2%
12/93	273	87	6.090	1.760	40,6%
11/94	323	50	7.800	1.710	28,1%
12/95	359	36	8.883	1.083	13,9%
12/96	445	86	9.894	1.011	11,4%
12/97	491	46	10.168	274	2,8%
12/98	495	4	10.012		
12/99	504	9	10.126		
12/00	519	15	10.244	76	0,7%
12/01	529	10	10.406	162	1,6%
12/02	565	36	10.795	389	3,7%
12/03	576	11	11.334	539	5,0%
12/04	605	29	12.115	781	6,9%
12/05	616	11	12.317	202	1,7%
12/06	618	2	12.765	448	3,6%
12/07	623	5	12.805	40	0,3%
12/08	626	3	12.816	11	0,1%
12/09	640	14	12.947	131	1,0%

*) Zeitraum der Ankündigung, die militärische Nutzung der Liegenschaft aufzugeben

**KONVERSIONSLIEGENSCHAFTEN UND -OBJEKTE
RHEINLAND-PFALZ
Freigabeentwicklung**

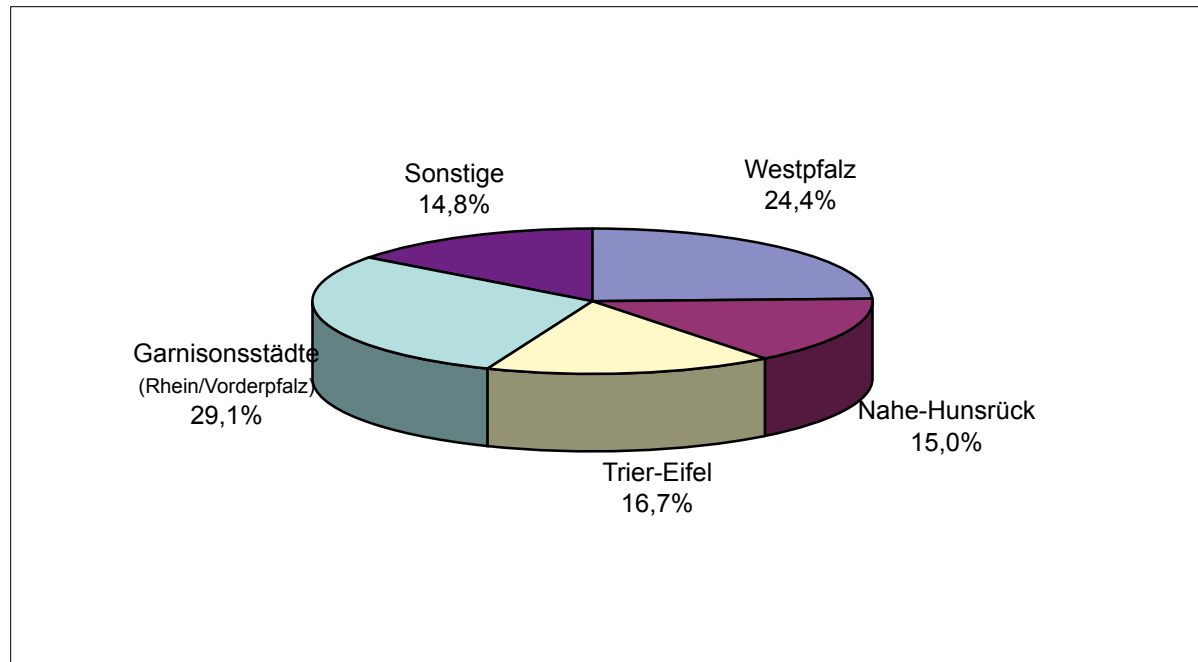


**KONVERSIONSLIEGENSCHAFTEN UND -OBJEKTE
RHEINLAND-PFALZ
Regionale Gliederung - Konversionsregionen**

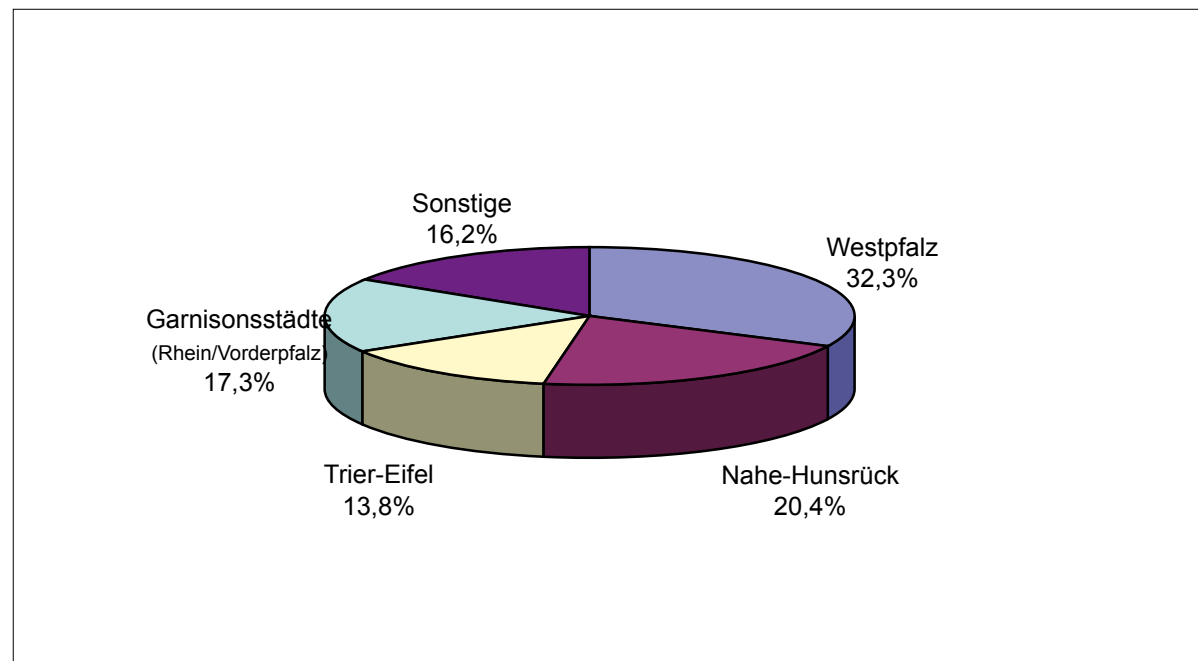
Konversionsregionen	Anzahl	Anteil %	Fläche ha	Anteil %
Westpfalz	156	24,4%	4.185	32,3%
Nahe-Hunsrück	96	15,0%	2.640	20,4%
Trier-Eifel	107	16,7%	1.784	13,8%
Garnisonsstädte (Rhein/Vorderpfalz)	186	29,1%	2.246	17,3%
Sonstige	95	14,8%	2.092	16,2%
Gesamt	640	100,0%	12.947	100,0%

**KONVERSIONSLIEGENSCHAFTEN UND -OBJEKTE
RHEINLAND-PFALZ
Regionale Gliederung - Konversionsregionen**

Regionale Aufteilung der Konversionsflächen



Anteil der Konversionsflächen in den Regionen



Herausgeber:

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, Referat Konversion, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz

In Zusammenarbeit mit:

- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen Rheinland-Pfalz
- Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz

Gestaltung: Lutz Stolz, satztechnik.de

Mainz, im Juni 2010

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT UND
WEINBAU

Stiftstraße 9
55116 Mainz

Poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de